

Mittwoch, 10. Dezember 2014 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Duri Campell
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 117 Mitglieder entschuldigt: Albertin, Blumenthal, Mathis
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden (Botschaften Heft Nr. 5/2014-2015, S. 259) (Fortsetzung)

Detailberatung (Fortsetzung)

Standespräsident Campell: Wir beginnen mit Punkt vier, Landwirtschaft. Ich wünsche mir eine weitere sportliche Behandlung des Wirtschaftsförderungsberichts. Gestern haben wir das souverän und schnell gemacht. Wenn wir so weitermachen, hoffe ich, dass wir heute um 18.00 Uhr aufhören können. Ich habe schon so viele Fragen bekommen, machen wir, machen wir nicht eine Abendsitzung. Ich schaue es bei der Pause an und nach der Pause werde ich mich mal äussern. Aber mehr sage ich jetzt noch nicht. Bleiben wir sportlich und dann wisst ihr selber, wie die Antwort lauten wird. Wir machen weiter mit Punkt vier, Landwirtschaft. Herr Kommissionspräsident.

Stossrichtung Landwirtschaft (Kapitel VII.4.)

- **Gesteigerte Wertschöpfung vor Ort durch Entwicklung, Produktion und Vermarktung hochwertiger, regionaler Produkte unter dem Label graubünden.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Erste Stossrichtungen, keine Bemerkungen. Aber es gibt einen Antrag.

Standespräsident Campell: Wenn Sie das Wort wollen, bitte drücken Sie auf den Knopf, weil da vorne, bis man das Ringli findet, geht's ein bisschen schwieriger. Wenn Sie den Knopf drücken, dann geht es für uns hier vorne viel einfacher. Besten Dank.

Marti; Kommissionspräsident: Gilt das auch für mich? *Heiterkeit.*

Standespräsident Campell: Herr Grossrat Marti, ich mache eine Ausnahme für die Kommissionspräsidenten. Herr Grossrat Niggli, Sie haben das Wort.

Niggli (Samedan): Jetzt muss ich mich nicht mehr so sehr beeilen wie gestern Abend, und darum habe ich auch Zeit, einen Dank auszusprechen. Es freut mich, dass die Bündner Landwirtschaft im Bericht Wirtschaftsentwicklung gebührend erwähnt und auch angepasst eine Würdigung erhalten hat. Und bei dieser Gelegenheit, Regierungsrat Trachsel, möchte ich mich auch namens der Bündner Landwirtschaft bei Ihnen bedanken. Sie haben die Landwirtschaft nachhaltig geprägt in Ihrer Amtszeit, Sie haben die Leitplanken frühzeitig gesetzt und Sie haben auch ständig den Fokus auf Innovation und Produkte gesetzt. In Ihrer Amtszeit hat sich die Bündner Landwirtschaft erfreulich und erfolgreich entwickelt, dafür danken wir Ihnen.

Und nun komme ich zu den Stossrichtungen. Und in den Stossrichtungen ganz im Allgemeinen wird über Produkte geredet, also Wertschöpfung, Entwicklung, Vermarktung von Produkten. Und, die Landwirtschaft hat mehr als Produkte anzubieten. Unter Produkten versteht man immer Nahrungsmittel und meine Frage zielt dahin: Verstehen Sie unter Produkte auch Produkte, die über die Nahrungsmittel hinausgehen, ich denke dabei an Viehwirtschaft, ich denke an Zuchtvieh und Weiteres? Ich möchte einfach den Begriff Produkte etwas ausdehnen, und deshalb frage ich Sie, wie sehen Sie das Umfeld Produkte?

Regierungsrat Trachsel: Natürlich ist auch Viehwirtschaft, ein Zuchtprodukt, ein Produkt oder, weil natürlich produziert wird. Also wir kommen von der Produktion her, was der Landwirt produziert. Und die erste Stufe ist natürlich der Zuchtbetrieb. Und die Bündner Landwirtschaft hatte gerade im Zuchtbereich früher vielleicht noch eine stärkere Stellung gehabt als heute, aber selbstverständlich verstehen wir das auch darunter.

Niggli-Mathis (Grüsch): Beim Punkt 1 wird die Qualität der Produkte hervorgehoben, wird auch die Unterstützung oder die Produktion und Vermarktung hervorgehoben und das unter dem Label graubünden unter der Marke graubünden. Ich frage mich, ob es richtig ist, die

Marke Graubünden schon hier auf dieser Flughöhe zu erwähnen. Ich spreche hier nicht unbedingt als Bauer aus dem Prättigau, sondern vielmehr als Präsident der Sortenorganisation Bündner Bergkäse, die ich anführen darf. Wir produzieren etwa 500 Tonnen Käse. Davon wird ein Teil exportiert. Das Label Graubünden kann hier helfen. Wir laufen aber zurzeit noch im Export mit anderen Marken, mit anderen Labels, z.B. auch mit Bio und ich möchte hier einfach nicht, dass es in Stein gemeisselt wird, dass es auch Graubünden sein soll. Auch unsere Organisation ist bestrebt, zu gegebener Zeit auf dieses Label und auf diese Marke umzuschwenken. Aber es braucht alles seine Zeit und man kann das nicht von heute auf morgen machen. Ich werde keinen Antrag stellen. Ich möchte Sie aber einfach darauf aufmerksam machen, dass wenn das in einer späteren Gesetzgebung dann einmal als in Stein gehauen daherkommt, das man sagen kann, man habe wenigstens darüber gesprochen.

Regierungsrat Trachsel: Ja, ich kann Grossrat Niggli versichern, dass wir natürlich auch, wir haben Sie auch unterstützt ohne die Marke, wir haben einfach gesagt, mit der Marke gibt es mehr Geld. Wieso diese Haltung bis jetzt von uns, und ich weiss nicht, was dann Jon Domenig Parolini damit macht? Die Marke Graubünden, ich weiss, die wird primär als Tourismusmarke wahrgenommen. Es war natürlich auch der Tourismus, der als erster die Chance gesehen hat, ausserhalb vielleicht von zwei, drei anderen bekannten Regionen unter der Marke Graubünden gemeinsam stärker auftreten zu können. Und darum war das der Leader. Aber wir haben heute natürlich viele andere Produkte, auch Landwirtschaftsprodukte, unter Alpinavera. Auch Käse, haben wir gern darunter. Am liebsten hätte ich auch die Calanda Bräu, die sagt mir aber zu recht, dass sie den Steinbock gehabt hatte, bevor wir den Steinbock hatten. Muss ich auch akzeptieren. Und sie sagt mir auch noch, dass sie im Kanton Wallis ein Problem hätte, wenn Graubünden auf der Etikette steht. Das habe ich auch zu akzeptieren, weil man natürlich auch von auswärts das als eine Produktmarke Graubündens sieht. Aber die Idee ist natürlich schon, auf möglichst vielen Produkten diese Bildmarke Graubünden zu haben, damit eben Ideen transportiert werden, wie gesund, qualitativ usw. Was ja eben für den Tourismus, wie für unsere Produkte gilt, damit die Konsumentinnen und Konsumenten insbesondere, ich würde jetzt mal sagen, in der Deutschschweiz, mehr und mehr auch im Süddeutschen Raum, darunter eben einen Mehrwert sehen. Weil sie über diese Marke erkennen können, woher das Produkt kommt. Ich kenne aber das Problem natürlich des Käses. Das Problem des Käses müsste man anders lösen, weil die wenigsten kaufen einen ganzen Käse. Und sehen auch hier Markenzeichen eigentlich auf dem geschnittenen Käse nicht mehr, oder? Das ist das Problem, das wir haben, dass auf dem geschnittenen Käseprodukt die Herkunft viel schwieriger zu identifizieren ist. Ich benütze einfach das, um hier zu sagen, oder? Ich habe es hier schon mal gesagt in diesem Rat. Wenn Sie den Fol Epi nehmen, Fol Epi macht ab und zu Reklame auch im Schweizer Fernsehen. Das ist für mich als Laie ein junger Emmentaler. Also eigentlich ein billigeres Produkt als ein gereifter Emmentaler. Aber

er erzielt einen höheren Preis, weil er von der Form her erkennbar ist, auch wenn der grösste Teil geschnitten aus ganz anderen Formen kommt. Aber Sie haben es fertig gebracht, und genau das gleiche gilt für den Tête de Moines, eine erkennbare Marke auch im Käsebereich zu machen. Und da sind wir froh, wenn in Zukunft auch gemeinsam mit euch Lösungen gefunden werden, um eben euer hochwertiges Produkt möglichst dem Kunden so rüber zu bringen, dass es unverwechselbar ist.

Standespräsident Campell: Wir kommen zu Punkt 4.2. Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder des Grossen Rates?

Angenommen

• **Konzentration auf eine hochstehende Qualität und eine stärkere Zusammenarbeit vor Ort und mit den Vermarktenden.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti, Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Standespräsident Campell: Wir machen weiter mit Punkt 4.3. Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder des Grossen Rates?

Angenommen

• **Grundleistungen hinsichtlich der Landschaftspflege gewährleisten, als Basis für eine touristische Nutzung des ländlichen Raumes.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti, Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Standespräsident Campell: Wir kommen zu Punkt 4.4 Neue Stossrichtung. Kommissionspräsident.

Angenommen

• **Neue Stossrichtung:**

Antrag Kommission
Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Aufnahme einer zusätzlichen Stossrichtung wie folgt:
Die Rolle des LBBZ Plantahofs gemäss vorangegangenen Stossrichtungen definieren.

Marti, Kommissionspräsident: Ich habe vorweg keine Bemerkungen, aber es steht ein Antrag im Raume.

Casanova (Ilanz): Ich hatte in den letzten zehn, zwölf Jahren relativ engen Kontakt mit dem Plantahof und

auch mit der Bündner Landwirtschaft, so dass ich meine, dass ich dazu etwas sagen darf. Ich habe an sich nichts gegen die neue Stossrichtung, die da definiert wurde, obwohl ich der Überzeugung bin, dass der Plantahof das heute schon macht. Also es ist nicht etwas Neues. Dies ist selbstverständlich, dass der Plantahof in seiner Ausbildung die Produktentwicklung, Qualitätsansprüche, Vermarktung und all diese Fragen abhandelt, auch in ihrem Weiterbildungsangebot. Ich bin aber der Meinung, wenn man eine Stossrichtung definiert, neu definiert, dann sollte sie relativ klar sein und so wie sie jetzt definiert ist, ist sie für mich etwas schwammig. Der Plantahof, der Begriff LBBZ wird meines Wissens nicht mehr gebraucht, sondern man spricht nur noch vom Plantahof, hat eigentlich vier Bereiche. Das sind die Bildung, die Beratung, der Gutsbetrieb und das Tagungszentrum. Und es ist meiner Meinung etwas schwammig, wenn man jetzt einfach sagt, die Rolle des Plantahofs, gemäss der vorangegangenen Stossrichtung, definieren. Ich könnte auf einen Antrag verzichten, wenn der Herr Regierungsrat bestätigen kann, dass eine neue Stossrichtung hauptsächlich die Bildung und Beratung betrifft und nicht den Plantahof als gesamtes Unternehmen.

Regierungsrat Trachsel: Grossrat Casanova hat die Frage an mich gerichtet. Die Regierung hat diese Stossrichtung nicht gehabt. Wir haben sie in der Kommission besprochen. Aber es müsste dann vielleicht noch jemand von der Kommission sprechen, weil ich kann mit dem leben, ich hab der Kommission das Gleiche gesagt, was Sie gesagt haben. Ich bin der Meinung der Plantahof hat diese Aufgabe, nur diese Aufgabe und zwar umfassend mit dem Gutsbetrieb. Der Gutsbetrieb hat die Aufgabe der Bildung und der Beratung zu dienen. Wir führen am Plantahof in Landquart, wie jetzt neu in Chur am Waldhaus, keinen Gutsbetrieb, weil wir einen Gutsbetrieb betreiben wollen. Weil wir Bauern sein wollen. Sondern wir führen ihn, weil wir einen Auftrag haben für die Landwirtschaft in Graubünden, insbesondere im Berggebiet führend zu sein und zwar nicht nur für die Bündner, wir haben ja Gottseidank auch die Glarner bei uns und vielleicht möglicherweise in Zukunft noch weitere Bergkantone, dass wir dort führend sind und zwar in der Bildung, in der Beratung und die beiden Gutsbetriebe sollen dazu dienen, eben diese beiden Hauptzwecke zu erfüllen. Und das ist der Grund, wieso wir natürlich diversifiziert haben, wir haben verschiedene Braunviehherden, solche die primär für Milchleistung da sind, solche die eben in der Fütterung anders gefüttert werden, weniger auf Leistung dafür eher kostenbewusster. Wir haben heute Schafe, wir haben heute Ziegen, wir haben Mutterkühe und Sie sehen, das bildet in etwa auch das ab, was die Bündner Landwirtschaft macht. Wir haben Bienen bei uns, auch das bieten wir an. Auch ganz wichtig für die Landwirtschaft, ohne Bienen würde es vieles nicht geben, usw. Also das ist ganz klar, wir führen die Betriebe, die wir am Plantahof in Landquart, in Parpan aber auch in Chur heute haben, so dass sie für die Bildung und Beratung unserer Landwirtschaft da sind.

Marti; Kommissionspräsident: Auf den Hinweis von Regierungsrat Trachsel hin. Die Kommission hat sich dahingehend Gedanken gemacht, dass was die Landwirtschaft benötigt, was die Landwirtschaft ausführt, soll auch im Schulbetrieb letzten Endes Vorbereitung finden. Und deshalb ist diese Stossrichtung entstanden. Sie hat natürlich nicht zum Ziel, dass sich der Plantahof nur auf diese Stossrichtungen konzentrieren soll, das war nicht die Meinung der Kommission, sondern in Ergänzung, dass diese Stossrichtung jetzt besteht, soll sich auch der Plantahof danach richten. Ratskollege Casanova empfindet den Hinweis als schwammig. Man könnte natürlich auch sagen, dass der Zusatz im Rahmen der Möglichkeiten auch schwammig ist, weil im Rahmen der Möglichkeiten ist immer undefiniert, ist er finanziell zu verstehen, beispielsweise im Rahmen der Möglichkeiten oder ist er in Bezug auf die Gesamtsituierung in der Schule zu verstehen im Rahmen der Möglichkeiten. Ich persönlich kenne den Plantahof zu wenig, ich weiss nicht einmal ob man das LBBZ vorweg anfügt oder nicht. Ich glaube aber, das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, ob Sie als Spezialist in dieser Materie, sagen wir fahren einfach besser mit der im Rahmen der Möglichkeiten. Es ist also nicht die Idee der Kommission, hier irgendwie eine absolute Religion hier aus diesen Stossrichtungen für den Plantahof zu machen. Und wenn das im Rahmen der Möglichkeiten besser erfolgen kann, hätte ich als Kommissionspräsident nichts dagegen. Vielleicht sind wir in einer Nuancierung. Ich habe erhofft, dass der Regierungsrat das vielleicht beantworten könnte, diese Nuancierung im Rahmen der Möglichkeiten oder nicht im Rahmen der Möglichkeiten. Ratskollege Casanova hat selber gesagt, mit der Stossrichtung als solche könnte er sich im Grundsatz einverstanden erklären.

Casanova (Ilanz): Nur ganz kurz. Also, ich werde keinen Antrag stellen. Die Frage im Rahmen der Möglichkeiten, das ist daher gekommen, weil der Direktor des Planthofs sagt, ihre Vorgaben betreffend Bildung sind klar. Sie können nicht beliebig einfach die Lehrpläne abändern. Und im Rahmen der Möglichkeiten in diesem sogenannten Graubereich, wo sie Freiheiten haben, bauen sie das ein. Das war die Meinung, aber ich habe absichtlich jetzt den Antrag so nicht gestellt. Ich kann mit der Stossrichtung leben, sie ist einfach nicht sehr klar.

Marti; Kommissionpräsident: Ja, dann schlage ich vor, wenn man damit leben kann, dass wir ihn so belassen.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter und kommen zu Punkt 5 Gesundheit. Punkt 5.1. Kommissionspräsident?

Angenommen

Stossrichtung Gesundheit (Kapitel VII.5.)

- **Der Anteil an Bündnern, welche sich ohne medizinische Gründe in einem ausserkantonalen Listenspital behandeln lassen, soll minimiert werden.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Sonst Diskussion? Keine.

Angenommen

• Der Anteil ausserkantonalen Patienten ist mindestens zu halten, idealerweise zu steigern.

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Casanova-Maron (Domat/Ems): Die Stossrichtung lautet, der Anteil ausserkantonalen Patienten ist mindestens zu halten, idealerweise zu steigern. Dabei habe ich mir Gedanken gemacht, um die Finanzierung der Spitäler, wie sie neu eingerichtet ist seit dem Jahr 2012, als die Baserate eingeführt wurde. Und im Anschluss hat man sich dann auch grössere Gedanken gemacht über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Was sind gemeinwirtschaftliche Leistungen? Wie hoch sollen sie sein? Und nach welchen Kriterien im Detail werden sie bemessen? Seit dem Budget 2013 gibt es unterschiedliche Varianten, wie diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen oder eben GWLs, berechnet werden. Unter anderem ist die Auslastung eines Spitals massgebend, aber auch der Anteil an ausserkantonalen Patienten ist massgebend bei der Berechnung. Und ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch wenn ich die Stossrichtung grundsätzlich unterstützen kann, ich möchte die Gelegenheit nutzen, Regierungsrat Rathgeb zu fragen, ob er bestätigen kann, dass ein Ausbau der Leistungen für ausserkantonale Patienten keine Steigerungen an gemeinwirtschaftlichen Leistungen bedeuten würde, also keine Mehrkosten für Kanton und Gemeinden. Diese Bestätigung wäre mir wichtig. Danke.

Regierungsrat Rathgeb: Es ist eine berechtigte Frage, welche hier Grossrätin Casanova stellt und ich muss sagen, dass wir, natürlich innerhalb des Rahmens des Gesetzes, bei der Festlegung und Verteilung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen in den letzten Jahren noch etwas, man kann das mechanisch sagen, herumgeschraubt haben respektive, dass wir einen Weg gesucht haben, innerhalb der zum Teil auch offenen Bestimmungen des Art. 18e Abs. 2 des Krankenpflegegesetzes, die Leistungen korrekt auf die verschiedenen Spitäler zu verteilen. Und ich kann sagen, auf Grund der heute angewendeten Methode, wären keine entsprechenden Mehrausgaben für Kanton und Gemeinden oder würden keine solchen resultieren. Und ich sage auch, dass wir nicht gedenken, wenn ich jetzt sage auf Grund der heutigen Berechnungsmethode, dass wir heute die Absicht haben, diese Berechnungsmethode in diesem Punkt abzuändern. Ich kann allerdings nicht sagen, ob wir vielleicht einmal aus irgendeinem, sagen wir sachlich

berechtigten Grund, auch eine Mitberücksichtigung, hier der Ausserkantonalen, einfliessen lassen würden. Aber heute besteht diese Absicht nicht.

Standespräsident Campell: Grossrätin Casanova. Sie haben zum zweiten Mal das Wort.

Casanova-Maron (Domat/Ems): Und damit begnüge ich mich dann auch Herr Standespräsident. Danke für die Antwort Herr Regierungsrat. Es beunruhigt mich natürlich, die zweite Bemerkung etwas, weil Sie da doch ein kleines Tor öffnen und sich nicht ganz sicher festlegen, ob dann das in Zukunft vielleicht doch einmal Auswirkungen hätte. Es ist für mich kein Grund, diese Stossrichtung jetzt zu bekämpfen, aber ich werde die Berechnung der GWLs im Auge behalten.

Standespräsident Campell: Wir kommen zu Punkt 5.3 Neue Stossrichtung. Kommissionspräsident?

Angenommen

• Neue Stossrichtung:

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Aufnahme einer zusätzlichen Stossrichtung wie folgt:

Angebote im Bereich des Gesundheitstourismus sind in Kooperation mit den touristischen Leistungserbringern zu fördern.

Marti; Kommissionspräsident: Gerade gestern und auch dann in den Medien nachzulesen, war der Hinweis aus dem Rate, dass der Tourismus zu stark berücksichtigt werde. Die Kommission hat deshalb nicht von ungefähr eigentlich gesagt, im Gesundheitsbereich sieht man grosse Potenziale und der Gesundheitsbereich ist an der Nahtstelle zum Tourismus eigentlich dort, wo die Selbstzahler sind, wo Leute, die vielleicht Haarimplantate machen, die vielleicht Zahnkorrekturen vornehmen, die über mehrere Wochen, über mehrere Tage dann immer wieder Eingriffe haben. Ich rede übrigens nicht von mir selbst, so wie Sie jetzt lachen oder. *Heiterkeit* Ratskollege Peyer, aber er hat mich so angeschaut. Na gut, vielleicht muss man lernen damit zu leben. Wie auch immer, wir sehen dort die Möglichkeit, dass man dann immer wieder die einzelnen Eingriffe in der Region dann auch bleibt, dass man die Natur und die Umwelt und das gute Klima in Graubünden nutzt, um dann zwei Wochen später als völlig neuer Mensch dann eben auch wieder vor die Leute zu treten. Und wir meinen, dass dort eben auch Potenzial besteht. Deshalb haben wir diese Stossrichtung ganz bewusst aufgenommen. Man kann nicht richtig vom Tourismus reden, man kann nicht richtig von Gesundheit reden. Es ist ein Mittelding dazwischen, wo verschiedene Dienstleistungen vielleicht aus verschiedenen Branchen erbracht werden, was aber Gäste nach Graubünden bringen könnte und nach gewissen Qualitätskriterien eben auch grundsätzlich dazu beitragen könnte, dass Graubünden sich gut vermarkten kann. Ich beantrage Ihnen, diese Stossrichtung aufzunehmen. In

der Detailweiterverfolgung dieser Stossrichtung muss sich dann die Regierung natürlich genau überlegen, welche Rolle sie dort in Form vom Staat sieht. Also was hat der Staat dort für eine Rolle, wie kann er flankieren, ohne dass er in die Verantwortung wächst. Das ist eigentlich ein privatrechtliches Angebot dann.

Gunzinger: Ich kann diese neue Stossrichtung mit grosser Überzeugung mittragen und ich denke, dass wir diese Stossrichtung grundsätzlich in drei Bereiche gliedern können. Das ist auf der einen Seite die Prävention, dann die Intervention und drittens die Rehabilitation. Und im Gesundheitswesen in unserem Kanton, das ist ebenfalls gilt auch für die Regionen, dezentral findet das statt, werden vielfältige Dienstleistungen angeboten, welche binnerorientiert sind. Die haben Versorgungscharakter, aber eben auch exportorientiert. Und in diese Dienstleistungen geben sich sowohl öffentliche Spitäler, als auch Privatkliniken ein, die bieten Angebote heute und Dienstleistungen in beiden Bereichen an. Wenn wir den Fokus der Gesundheitsdienstleistungen auf den Exportcharakter legen, so dürften wir feststellen, dass in der Schweiz ein grosser Wettbewerb besteht, ein wachsender Wettbewerb, der laufend zunimmt seit der 2012 gültigen KVG. Mit diesem Wettbewerb sind alle unsere Leistungsträger im Kanton konfrontiert und müssen sich in diesem Wettbewerb behaupten. Es ist davon auszugehen, dass diese exportorientierten Dienstleistungen innerhalb des Gesundheitswesens nicht nur in unserem Kanton, sondern schweizweit auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden und wir stellen auch fest, dass das Gesundheitswesen generell weltweit am wachsen ist und der globale Gesundheitsmarkt auch in den kommenden Jahren sehr hohe Zuwachsraten ausweisen wird. Diese Entwicklung eröffnet unseren Leistungsträgern im Kanton und in den Regionen neue Chancen und auch neue Potenziale, welche wir erkennen müssen, welche wir fördern müssen, welche wir aufnehmen dürfen. Wir haben eine hohe Qualität zu bieten im Angebot und das ist eine Stärke, das ist ein Trumpf, den wir selbstbewusst auch ausspielen dürfen. Für das exportorientierte Gesundheitswesen im Kanton Graubünden eignen sich Wahleingriffe im akutsomatischen Bereich. Das kann in der Chirurgie sein, das kann in der Behandlung von medizinischen Erkrankungen sein, welche natürlich nicht im Zusammenhang mit Notfallbehandlungen anstehen, sind aber auch Angebote und Dienstleistungen denkbar im Bereich der Prävention im Bereich von Medical Check ups und auch im Bereich der Rehabilitation, allenfalls auch in Ergänzung mit den Angeboten der Heilbäder im Kanton. Und drittens ist auch der Bereich der psychiatrischen Betreuung zu erwähnen. Es geht darum diese Potenziale sehr sorgfältig zu analysieren und zielgerichtet und im Kanton möglichst koordiniert zu nutzen. Ratskollege Marti hat vorher darauf hingewiesen, ja welche Rolle soll der Kanton hierbei spielen. Das könnte ein Ansatzpunkt sein, dass eine Koordination auch auf Stufe des Kantons stattfinden kann und möglichst die vorhandenen Ressourcen effektiv einzusetzen und damit die Marktpositionen der Anbieter und der Leistungsträger im Kanton zu stärken. Wenn wir diesen Weg beschreiten, dann könnte es uns gelingen, dass wir einer-

seits verlorengegangene Marktanteile zurückgewinnen. Ich denke da an den Klinikstandort Davos und dass es uns aber auch gelingt, uns neue Marktanteile zu erarbeiten. Es sei auf das Angebot der Clinica Holistica im Unterengadin in Susch hingewiesen. Im Bericht ist geschrieben von 42 Arbeitsplätzen, effektiv sind es seit der Inbetriebnahme der Dependance rund 60 Arbeitsplätze, die da geschaffen wurden. Für das Unterengadin, ist dieses Angebot von grosser Bedeutung und ergänzt das Gesamtangebot im Gesundheitswesen der Region, der Gesundheitsregion Engiadina Bassa auf sehr wertvolle Art und Weise. Wir haben in einigen Regionen in unserem Kanton bereits sehr gute Voraussetzungen an diesem Markt in Zukunft partizipieren zu können. Ich habe das Unterengadin erwähnt, aber auch im Oberengadin im Raum Davos und in anderen Regionen sind ebenfalls gute Voraussetzungen vorhanden und diese sollten genutzt werden. Ein Wort zum Rehabereich: Wir stellen fest, dass gerade im Rehabereich ein grosses Potenzial besteht und in unserem Kanton auch in den Regionen genutzt werden kann. Das ist ein Bereich, welcher die grössten Wachstumssteigerungen ausweist. Das hat mit den zunehmenden Unfällen im sportlichen Bereich zu tun. Das hat mit der ganzen Thematik Übergewicht zu tun. Es hat mit der demografischen Alterung zu tun. Erkrankungen des Bewegungsapparates nehmen zu und auch festzustellen ist, dass die Aufenthalte in den Spitälern, die Aufenthaltsdauer in den Spitälern nimmt ab und somit tritt der Übergang in eine Reha viel früher ein, sei das ambulant oder stationär. Also so früh wie möglich beginnen die Betreuungen im Rehbereich. Also da liegt sicher ein wichtiges Potenzial. Entsprechende Angebote können ideal und bedürfnisorientiert in den Talschaften und darum ist der Inhalt dieser Stossrichtung von so grosser Bedeutung, können innerhalb der Talschaften in idealer Weise kombiniert und ergänzt werden mit den touristischen Angeboten und auch natürlich mit der intakten Natur- und Kulturlandschaften. Die Abstimmung kann gelingen. Im Unterengadin gehen wir seit drei Jahren mit zunehmendem Erfolg konkret diesen Weg. Ich habe auch die Betreuung von psychiatrischen Krankheiten erwähnt, welche insbesondere und schwerwichtig in unserem Kanton durch die psychiatrischen Dienste Graubünden erbracht werden. Es ist schweizweit eine deutliche Zunahme dieser Erkrankungen festzustellen. Das ist nicht erfreulich, aber auf der anderen Seite bietet das auch ein Potenzial und dank unserer hohen Kompetenz, welche wir anbieten, können Menschen bei uns gut betreut werden. Diese Stärken dürfen wir einsetzen und ich denke, dass das was in letzten Jahren auch im Kanton Graubünden geschaffen wurde, ich denke da haben die Privatklinik MENTALVA in Cazis oder eben die Clinica Holistica in Susch, welche sehr erfolgreich unterwegs sind, zeigt, dass bei intelligenter Nutzung der Chancen, da effektiv eine Wirtschaftsentwicklungsmöglichkeit drin liegt. Ich möchte ganz kurz auch die Bedeutung der Entwicklung der Gesundheitszentren erwähnen. Das ist eine Strategie, welche die Regierung verfolgt, welche auch vom Gesundheitsamt massiv gefördert wird und ich denke, dass diese Entwicklung, der Aufwand dieser Gesundheitszentrum auf der einen Seite zu Synergien im Betrieb und bei den Investitionen führt, dass

aber auch für den Patienten, für den Klienten, für den Gast, für den bedürftigen Menschen, dass Dienstleistungsketten angeboten werden können, welche aufeinander abgestimmt und koordiniert sind, welche Sinn machen, welche eine optimale Betreuung gewährleisten und für die Unternehmen und Organisationen eben auch zusätzliche Deckungsbeiträge generieren können. Das in Kombination mit Gesundheitsdienstleistungen, welche auch touristisch vermarktet werden, kann dazu führen, dass die bestehenden Kapazitäten, welche in den Regionen aufgrund des Versorgungsauftrages so oder so zur Verfügung stehen, dass diese Kapazitäten besser ausgelastet werden können, auch gerade in der Zwischensaison als Beispiel und dass dadurch die Finanzierbarkeit und Finanzierung dieser Angebote verbessert werden kann und damit längerfristig die Tragbarkeit dieser Angebote in den Regionen gewährleistet werden kann. Meines Erachtens muss das Gesundheitswesen im Kanton und in den Regionen aufgrund der hohen Qualitäten der Kompetenz, die wir haben, aufgrund der grossen künftigen Potenziale neben der Grund- und Notfallversorgung für die einheimische Bevölkerung in das Portefeuille der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten aufgenommen werden und als strategische Erfolgsposition erkannt, gefördert und, ich sage nochmal, kantonal geschickt koordiniert werden. Und das gerade auch in enger Kombination mit den Angeboten im Tourismus. Dies ist, ich hatte es gestern dargelegt, von der hohen, ich habe von der hohen Abhängigkeit der Tourismuswirtschaft oder respektive der Talschaften von der Tourismuswirtschaft gesprochen, dies ist eine Ergänzung, eine Diversifikation in den Regionen, die abgestützt und in Abstimmung mit den bestehenden Stärken der Region eine echte Chance für unseren Kanton und die Talschaften darstellen.

Jeker: Ich bin sehr erfreut über die Ergänzung, über diese neue Stossrichtung, die weiter geprüft werden soll. Ich äussere mich generell zu dieser Idee. Im Nachgang an den Kollegen Gunzinger, der ein Top-Fachmann ist eben in diesem Bereich. Die Ergänzung scheint mir enorm wichtig, richtig. Sie ist ein nicht unwesentlicher Teil für unsere Gesellschaft mit Bezug auf die Prophylaxe und Prophylaxe ist immer gut und je länger je wichtiger. Es eröffnet sich hier ein völlig neues Vernetzungspotenzial mit Wertschöpfungsmöglichkeiten ganz neuer Art und zwar über zwölf Monate. Und das ist ein ganz wesentlicher Punkt, den wir hier nun weiter verfolgen sollten. Kooperationen sind möglich und vergessen wir eines nicht, andere Alpenländer haben in dieser Richtung bereits vorgespurt. Es lohnt sich diese Idee also vertieft weiter zu verfolgen, neue Perspektiven für etliche Orte im Kanton Graubünden eröffnen sich dadurch, also die Synergien, die Fachkompetenzen Tourismus und Gesundheit eben näher zu bringen. Ich meine, es ist eine Innovation.

Dudli: Wir suchen neue Märkte. Im Gesundheitswesen steigen die Kosten massiv. Auf der anderen Seite im Tourismus, in der Hotellerie haben wir es zu tun mit sinkenden Übernachtungszahlen. Wo sind Märkte, die schlussendlich hier ein Auffangbecken bilden können?

Ich kann ihnen heute sagen, im Gesundheitstourismus, der geht weiter vielleicht im privaten Bereich auch bis hin zur Schönheitschirurgie und Wellnesskuren etc. Das ist heute auf dem Markt europäisch, ein neuer Markt. Hier werden Milliarden eingesetzt. Jetzt können wir dabei sein und nicht dabei sein. Was bringt das? Solche Kooperationen zwischen Spitälern oder Gesundheitsorganisationen und Tourismus, das bringt dazu, dass einerseits grundsätzlich hier Selbstzahler kommen, also ins Gesundheitswesen fliesst Geld, wo nicht der Kanton oder die öffentliche Hand hineinstecken muss. Das sind Nebeneinkünfte, Nebengeschäfte für Spitäler etc., was ihnen die Handlungsfreiheit gibt mit Geld wieder etwas zu unternehmen, Geld das Ihnen zur Verfügung steht, freies Geld. Das ist heute immer wichtiger bei öffentlich rechtlichen Unternehmen, dass sie auch Handlungsspielraum bekommen. Und den bekommen sie nur, wenn sie über Geld verfügen können, wo sie frei sind. Und hier über Selbstzahler bekommen sie grundsätzlich so Mittel. Und der Tourismus, die Hotellerie kann etwas anbieten schlussendlich neben unserer schönen Landschaft, unserer guten Luft, etwas für die Gesundheit, das heute der Mensch sucht in einer Umgebung, wo wir früher grossen Erfolg gehabt haben. Schauen Sie nach Davos oder die Kurbäder, das war vor 100 Jahren. Das kommt wieder. Hier gibt es einen Riesenmarkt. Und der steht grundsätzlich innovativen Regionen, Hotellerie, Gesundheitsinstituten zur Verfügung. Und das kostet den Staat nichts, im Gegenteil. Hier sind Private, wo grundsätzlich vielleicht mit Spitälern Kooperationen machen, und hier fliesst Geld hinein, wo es Handlungsspielraum gibt. Und das ist eine Stossrichtung, die wirtschaftlich einen Freiheitsgrad gibt. Wohin soll es steuern? Hier muss der Kanton nicht viel machen, sondern nur dazu schauen, als Rahmenbedingungen vorhanden sind, dass solche Modelle zielführend sein können in diesem Markt. Danke.

Stiffler (Chur): Ich möchte gerade noch ans Votum von Herrn Dudli etwas anhängen und zwar aus Sicht Marketing und Kommunikation. Gemäss gewissen Studien wird der Gesundheitstourismus sogar als Megatrend prognostiziert. Also die Vorredner haben von Potenzial gesprochen, ich möchte jetzt mal von einem Megatrend sprechen und zwar aus vier Treiben heraus: Es wurde auch zum Teil schon gesagt, es ist das gesteigerte Gesundheitsbewusstsein, es ist der demografische Wandel, der stattfindet, es ist aber auch die Öffnung der bisherigen Strukturen im Gesundheitswesen und dann auch noch die Innovationen im Zusammenspiel der Medizin und der Kommunikation. Und es wurde gesagt, der Schweiz würde ein sehr hohes Potential eingeräumt durch ihre langjährige oder jahrhundertjährige Kurtradition. Wer geht denn schon gerne im Nebel im Unterland, im Nebel kuren? Und der heutige Gast sucht eine Ablenkung zu seiner Krankheit. Er möchte in einer wohlthuenden Umgebung genesen können. Er möchte an Aktivitäten teilhaben können und er möchte halt auch beim Kuren eine Art Ferien verbringen. Er wird dann darüber reden und im besten Fall sogar noch Werbung für uns machen. Aber das Gesundheitswesen schafft das nicht alleine und deshalb ist diese Vernetzung mit dem Tourismus extrem wichtig, denn der Tourismus hat eines

geschafft heute: Er kann einen riesigen Multiplikator-Effekt erzeugen durch seine Kommunikationskanäle. Ich weiss nicht, wenn ich zum Beispiel an den Newsletter vom Unterengadin denke, wie viele tausend Newsletter-Abonnenten er hat, oder auf Facebook und und und. Aber die Ausstrahlung, die solche touristischen Organisationen haben in der Kommunikation weltweit, ist es sehr wichtig. Und jetzt rein aus diesem Aspekt rede ich jetzt. Alles andere wurde glaub gesagt, unterstütze ich absolut diese Stossrichtung und räume dem sehr hohe Chancen ein.

Noi-Togni: Danke. Ja, ich möchte mich auch anknüpfen an Voten, an Votum von Kollege Gunzinger. Und zwar, ich muss ihm auch ein grosses Kompliment machen. Ich stehe auch immer noch unter dem Eindruck, wenn ich habe im Gesundheitszentrum, bei einem Besuch im Gesundheitszentrum gesehen, die Palliativpflegestation, die wunderbar eingerichtet ist und wirklich ist etwas ganz, ganz gut gemacht. Und darum, ich glaube ich unterstütze sein Votum, weil ich glaube an der Potenzialität von solchen Projekten oder von solchen Entwicklungen. Und ich meine, statt dass wir uns immer beklagen, weil die Leute werden immer älter und man hat so grosse Plethora von alten Menschen und man weiss nicht wie, ob man soll sie umbringen oder was. So komm ich entgegen, wenn ich höre immer dieses Lamento wegen diese Leute, die immer alt werden. Sie tragen übrigens keine Schuld daran, Schuld trägt die Medizin, die gute Medizin. Okay, ich, dann, das könnte man viel mehr, viel besser ausnutzen indem man etwas auch in diese Richtung macht. Das ist sicher, kann man das mehr entwickeln. Also ich glaube auch, dass das möglich ist in allen Regionen praktisch. In meiner Region wird es wohl ein wenig schwierig sein, wir verfügen nicht über ein Spital bei uns, ein eigenes Spital. Aber wir sehen zum Beispiel Spitexdienst bei uns, ist der grosse Arbeitgeber des Misoxes praktisch. Also es bedeutet, es hat, es sind Möglichkeiten da in diese Richtung. Jetzt wegen Gewinn, wegen Profit. Das ist natürlich eine andere Diskussion. Ideal wäre, wenn man könnte im Einklang bringen, was wirtschaftlich ist und was Allgemeinwohl ist und was Qualität ist natürlich. Das wäre ideal. Und vielleicht könnte man auch in diese Richtung arbeiten. Und so würden wir auch ein moralisches Kriterium berücksichtigen. Also ich hoffe, man geht in diese Richtung und darum unterstütze ich das was Kollege Gunzinger vorher gesagt hat.

Thöny: Das was wir jetzt hier diskutieren ist ein Zurück zu den Anfängen. Also Tourismus passiert in unserem Kanton nicht zuletzt deswegen, weil Leute aus gesundheitlichen Gründen den Weg nach Graubünden gesucht haben. Es ist sozusagen Revival dieser Bedürfnisse und es hat auch eine Entwicklung gegeben in diesen über 100 Jahren, auch in der Medizin. Ich glaube aber, man darf dann nicht nur ökonomisch allein sehen. Die Leute kommen ja nicht nur nach Graubünden, weils dann hier irgendwie noch eine Gelegenheit gibt ein bisschen Wellness, ein bisschen Gesundheitskuren zu machen. Sondern sie kommen auch hierher, weil vor allem die Luft in

der Höhe entsprechend gesundheitsfördernd ist, weil ansonsten könnten sie es auch in ihren Grossstädten irgendwo in Europa machen. Und hier gilt es diesem Aspekt auch Sorge zu tragen. Also es geht natürlich genauso wie im Tourismus an und für sich, auch im Gesundheitstourismus nicht nur die Massen herzuziehen und dabei aber gleichzeitig dann die Landschaft zu verpflastern, oder wenn wir auch die Problematik sehen im Zusammenhang mit Feinstaubbelastungen. In Davos war das eine Zahl, die mal herumgereicht wurde, wo also auch Davos reagiert hat, die Feinstaubbelastung zu reduzieren. Die Leute kommen nicht, wenn sie nicht wissen, dass auch die Umwelt entsprechen die Möglichkeit gibt hier gesund zu werden oder zu kuren. Und ich möchte einfach zu bedenken geben, dass man es dann wirklich breit anschaut und die anderen Aspekte, die auch eine Rolle spielen, warum man nach Graubünden kommt, berücksichtigt.

Regierungsrat Rathgeb: Sie rennen mit dieser Stossrichtung bei der Regierung natürlich offene Türen ein und wir identifizieren uns voll und ganz damit. Und ich glaube auch, dass die Strategie der Regierung in diesem Bereiche in den letzten Jahren auch Erfolge gezeigt hat. Sie wurden erwähnt. Im Unterengadin, mit dem Bogn Engiadina in Scuol, mit der Clinica Holistica Engiadina, wo wir jetzt darum kämpfen dass wir sie auf unserer Spitalliste behalten können in einem gerichtlichen Verfahren, oder mit der Klinik Mentalva und weiteren Beispielen. Das Wirtschaftsforum Graubünden hat im letzten Jahr die Broschüre „Dienstleistungen aus Graubünden, Analyse der Potentiale und Ansatzpunkte für künftiges Wachstum“ präsentiert und hat sich hier im Rahmen dieser über hundertseitigen Arbeit auch intensiv mit dem Gesundheitswesen beschäftigt und hat hier in vier verschiedenen Bereichen Potential geortet. Bei den Wahleingriffen im akut-somatischen Bereich, dann auch im Rehabilitationsbereich, das wurde erwähnt, dann bei den psychiatrischen Erkrankungen und auch bei der Betreuung der älteren Menschen. Hier wurde vorsichtig prognostiziert, dass wir ein Potential hätten von rund 400 bis 800 Arbeitsplätzen. Wir sehen das eigentlich gleich, wir haben in etwa auch die Projekte, die hier dargestellt wurden, uns zum Teil präsentieren lassen. Wir glauben auch, dass Potential in diesem Bereich besteht. Bereits der Kommissionspräsident, dann aber auch verschiedene Votanten, insbesondere auch Grossrat Dudli, haben dann die Frage gestellt, was ist dann die Rolle der Regierung oder respektive des Kantons? Oder was ist die Aufgabe in diesem Bereich des Staates? Grossrat Dudli hat gesagt, ich habe notiert: Es ist nicht viel zu machen seitens des Staates, aber es ist dafür zu sorgen, dass wir gute Rahmenbedingungen haben. Und wir möchten alles tun, damit eben, und das sind schlussendlich die Investoren, die hier ein entsprechendes Projekt zum Erfolg führen müssen, das bei uns tun können. Und da gibt es durchaus ganz verschiedene Punkte zu tun. Ich glaube, dass im Wesentlichen unsere Aufgabe in einer Koordinationsaufgabe besteht. Es gibt verschiedene Ideen im Kanton, es gibt verschiedene Projekte, es gibt Abklärungen. Wir müssen versuchen, dies so zu koordinieren, dass nicht die gleichen Ideen gleichzeitig an verschiedenen Orten

versucht werden und wir dann scheitern, sondern dass wir uns im Gesundheitsplatz Graubünden auf die erfolgversprechendsten Projekte einigen können und im Sinne der Konzentration der Kräfte diesen auch zum Erfolg verhelfen können. In der Studie, glaube ich, sind sie im Wesentlichen bereits heute aufgeführt. Und dann ist natürlich unser Planungsinstrument schlussendlich die Spitalliste. Auch die wird hier eine Rolle spielen. Sie spielte ja eine Rolle auch bei der Rettung der Hochgebirgsklinik, auch in anderen Fällen, auch bei der Clinica Holistica Engiadina. Hier sind wir bereit, das Maximum der uns gegebenen und hoffentlich auch in Zukunft bestehenden Flexibilität zu Gunsten dieser Projekte einzusetzen, und umso mehr dass wir das können, ist auch die Koordination der Projekte erforderlich. Es gibt aber, so glaube ich, noch eine weitere Voraussetzung, die gegeben sein muss, wenn Sie diese Projekte, wie erwähnt, an bestehende Gesundheitszentren in den Regionen anhängen wollen. Es wurde gesagt, ich glaube von Grossrat Gunzinger, glaube auch die nachfolgenden Votantinnen und Votanten haben darauf hingewiesen, dass die Strukturen in den Regionen bereit sein müssen. Also es kann nicht sein, dass wir dann in einer Region zehn fünfzehn Leistungsträger haben, sondern idealerweise haben wir einen Leistungsträger, ein Gesundheitszentrum, ein starkes Gesundheitszentrum, als Partner für einen potenziellen Investor, der dort seine Idee realisieren möchte. Und es wurde glaube ich von Grossrat Jeker auf die Vernetzung hingewiesen und von anderen Rednern auch auf die Auslastungsmöglichkeit über die zwölf Monate, haben Sie gesagt Grossrat Jeker. Das bedingt, glaube ich, dass wir eine Grundaustattung gut organisiert in Form eines Gesundheitszentrums in der Region haben, die dann eben von diesen Auslastungsmöglichkeiten eines zusätzlichen Angebots, wo man Wahleingriffe macht, wie der Kommissionspräsident eben Beispiel erwähnt hat, profitieren kann. Also hier kann ich nur sagen, der eingeschlagene Weg in fast oder ich sage in allen Regionen, wir sind unterschiedlich weit. Es gibt Regionen, die noch erheblichen Handlungsbedarf zu diesen Gesundheitszentren im Sinne des Leitbildes und der Strategie der Regierung haben. Aber das ist natürlich die notwendige Voraussetzung, um dann auch erfolgreich ein Projekt lancieren zu können. Also ich kann Ihnen sagen ich glaube, unsere Rolle, die werden wir näher klären. Selbstverständlich denke ich, wird es auch darum gehen, jenachdem was für Beschlüsse Sie noch fassen, dann im Rahmen des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes allfällige Möglichkeiten zu schaffen, um solchen Projekten zum Durchbruch zu verhelfen. Aber wir arbeiten sehr engagiert daran, unsere Handlungsspielräume und unsere Instrumente zu Gunsten von solchen Projekten einzusetzen. Erlauben Sie mir aber doch noch zum Schluss, eigentlich zum ersten der drei Stossrichtungen auch wenn man es gehört hat, trotzdem zusammen eine Bemerkung. Wir haben jetzt darüber gesprochen, dass wir Touristinnen und Touristen in unseren Kanton bringen wollen, die hier natürlich unsere einmalig schöne Landschaft nutzen, dann aber gleichzeitig auch von unserem Gesundheitswesen einen Eingriff beziehen wollen. Es ist aber auch wichtig, dass sich die Bündnerinnen und Bündner in unserem Kanton behandeln lassen. Das ist

für uns eine genau gleich grosse Problematik. Wir verlieren jährlich 50 Millionen Franken, weil die Bündnerinnen und Bündner selbstverständlich von ihrer Wahlfreiheit der Spitalwahl, sie ist frei, Gebrauch machen und sich ausserkantonale in einer Privatklinik oder in einem öffentlichen oder in einem Universitätsspital behandeln lassen. Wir möchten natürlich auch die Bündnerinnen und Bündner in unseren Spitälern sehen, damit wir diese 50 Millionen Franken nicht abfliessen lassen und nicht in etwa, weil heute die Investitionspauschale für die Spitäler, also der Investitionsbeitrag in der Baserate, also in der Fallpauschale integriert ist, nicht dauernd pro Fall, pro stationärer Fall, 1000 Franken in einen anderen Kanton an die Spitalinfrastruktur schicken. Weil der Bündner, der hier wohnt, sich in Bern behandeln lässt, schicken wir wegen des Wohnortprinzips 1000 Franken an die Spitalinfrastruktur des Kantons Bern oder des Kantons Zürich oder des Kantons Basel. Darum ist das Leistungsangebot, das natürlich in unserem Kanton höchste Qualität haben muss, eben auch wichtig, dass es genutzt wird durch unsere einheimische Bevölkerung. Und das ist dann wiederum wahrscheinlich auch die beste Werbung dafür, dass die Touristinnen und Touristen sich auch hier behandeln lassen. Also bitte stimmen Sie dieser Stossrichtung hier der Kommission zu. Wir sind sehr froh, dass wir hier auch die Rückendeckung des Parlaments haben.

Standespräsident Campell: Ich sehe, dass diese Stossrichtung nicht bestritten wird. Somit beschlossen. Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Angenommen

Marti; Kommissionspräsident: Ich bedanke mich im Namen der Kommission für die gute Aufnahme dieser Stossrichtung. Ich möchte noch kurz das Votum von Herrn Thöny aufnehmen. Er hat, nicht zu Unrecht, darauf hingewiesen, dass die Rahmenbedingungen stimmen sollen, um dann auch erfolgreich zu sein. Ich unterstütze das voll und ganz, meine aber, dass die Rahmenbedingungen dann eben auch umfassend stimmen müssen, wie er selber gesagt hat. Wahrscheinlich auch die Flexibilität der Unternehmungen, gewisse Möglichkeiten des Arbeitseinsatzes der Leute, wo ja auch immer seitens der Gewerkschaften und teilweise berechtigt, unberechtigt möchte ich gar nicht sagen, aber wo immer auch ein Dialog stattfindet über die Möglichkeiten, wie dann auch die Konkurrenzfähigkeit sichergestellt wird und eben die Einsatzbereitschaft übers Wochenende und an Abenden. Ich glaube, alles zusammen muss stimmen am Ende. Im Sinne einer Ergänzung Ihres Votums, glaube ich, gehört das auch dazu.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter und kommen zu Punkt 6 Bildung und Forschung. 6.1. Kommissionspräsident.

Stossrichtung Bildung (Kapitel VII.6.2.)

- **Die Profile der Hochschulen sind auf die Bedürfnisse potenzieller regionaler und überregionaler Arbeitgeber ausgerichtet und führen zu national und international anerkannten beruflichen Qualifikationen.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ändern Stossrichtung wie folgt:

Die Profile der Hochschulen **und der höheren Berufsbildung (Tertiärbildung B) richten sich** auf die Bedürfnisse potenzieller regionaler und überregionaler Arbeitgeber **aus** und führen zu national und international anerkannten **Qualifikationen, insbesondere in Hotellerie, Tourismus und Technik.**

Marti; Kommissionspräsident: Das Kapitel Bildung und Forschung ist ja sehr breit ausgefallen, weshalb ich noch ein paar Vorbemerkungen anbringe. Zum einen besteht ja die tertiäre Bildung aus Tertiär A und Tertiär B, d.h. Tertiär A Bereich Universitäten und Fachhochschulen und Tertiär B die höhere Berufsbildung mit den Fachausweisen, den Diplomen und den höheren Fachschulen. Es war der Kommission wichtig und ich gehe davon aus, dass es auch nicht bestritten ist, dass in Bildung und Forschung sowohl die Hochschullandschaft Graubünden als auch die höhere Bildungslandschaft Graubünden abgedeckt ist, weshalb dann auch im Antrag in der Stossrichtung entsprechend diese Ergänzung von der Kommission vorgeschlagen wird. Dann zum Zweiten in dieser Stossrichtung: Sehr oft kommt der Ruf aus der Wirtschaft nach Ingenieuren, nach Technikern. Dann aber auch, wir sind ja ein Tourismuskanton, dass die Leute, die hier arbeiten auch hier ausgebildet werden können. Entsprechende Bemühungen sind ja auch seitens der Regierung im Gange, um hier gute Rahmenbedingungen für die SSTH und ihre Angebote zu bilden, die Fachhochschulen inklusive. Dann hat es aber in diesem Kapitel auch, ich werde das nicht jedes Mal sagen, deshalb sage ich es vorweg, verschiedene Stossrichtungen, die eigentlich eine Schärfung des Profils der Schulen vorschlagen. Und dazu komme ich dann schon noch zu sprechen. Aber wir sind nicht dagegen, wenn Sie das Protokoll gelesen haben, sehen Sie Streichung. Diese Streichung heisst nicht, dass wir dagegen sind, sondern dass wir das als normale Aufgabe betrachten, weshalb wir es nicht als Stossrichtung aufgenommen haben. Bei der ersten Stossrichtung, wie gesagt, die Ergänzung der Berufsbildung, der höheren Berufsbildung und dann die Spezifizierung mit insbesondere Hotellerie, Tourismus und Technik. Insbesondere aber nicht ausschliesslich selbstverständlich, die Berufe Wirtschaft, Architektur etc. sind natürlich auch willkommen, gehören auch dazu, hat man aber viel weniger Schwierigkeiten in Graubünden, solche Leute zu finden in der Arbeitswelt. Die Techniker fehlen uns, die Ingenieure fehlen uns und vielleicht auch die wirklich freundlichen, qualifizierten, ich sage auch mal Einheimischen, im Tourismusgewerbe.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen Kommissionsmitglieder? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsrat Martin Jäger, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Jäger: Zunächst möchte ich der zuständigen Kommission auch von meiner Seite ein Kompliment machen. Die Fragestellungen, die zusätzlich nun noch bearbeitet worden sind, sind zusätzlich hilfreich. Zu dieser ersten Stossrichtung habe ich nur eine kurze Bemerkung. Während Forschungsaufgaben von den Hochschulen zwingend erfüllt werden müssen, gilt dies nicht für die höhere Berufsbildung. Es ist bereits für die in Graubünden ansässigen Hochschulen, die PH und die HTW, eine grosse Herausforderung das für die Zusammenarbeit mit universitären Forschungsinstituten notwendige Forschungswissen aufzubauen und weiter zu entwickeln. Die höhere Berufsbildung müsste in diesem Kontext aus unserer Sicht ausgespart werden. Allerdings eine Intensivierung des Wissens und Technologietransfers ist auch für die höhere Berufsbildung zweifellos zielführend.

Marti; Kommissionspräsident: Wir sind mit Herrn Regierungsrat vollständig einverstanden was er gesagt hat. Wir haben einfach die erste Stossrichtung, weil die Forschung dann bei den späteren Stossrichtungen noch speziell angesprochen wird, haben wir bei der ersten Stossrichtung nur die Bildung verstanden nicht die Forschung dann. Aber ich bin völlig einverstanden mit Ihrem Hinweis.

Standespräsident Campell: Jetzt habe ich aber eine Frage den zwei Herren, sei es dem Kommissionspräsident wie auch dem Regierungsrat. Nehmen wir jetzt die Stossrichtung 6.1 im Sinne der Kommission oder im Sinne der Botschaft? Weil Antrag Kommission, Sie haben da ein bisschen eine Änderung gegenüber dem Antrag der Regierung.

Marti; Kommissionspräsident: Die Kommission versteht den Haupttitel Bildung und Forschung und dann den Untertitel Stossrichtung Bildung, wie es gemäss dem fettgedruckten Kapitel VII. 6.2 steht. Deshalb in dieser ersten Stossrichtung eigentlich nur die Bildung angesprochen und nicht die Forschung. Dass in den Hochschulen zur Schärfung des Profils natürlich Bildung und Forschung gehört, setzen wir voraus. Aber weil die Untertitelung, die fette Stossrichtung Bildung fehlt uns dort eben die höhere Berufsbildung.

Standespräsident Campell: Die Regierung ist einverstanden?

Regierungsrat Jäger: Der Regierung ist es wichtig, dass unsere Differenzierung im Protokoll steht und dass der Kommissionspräsident unsere Differenzierung verstanden hat.

Standespräsident Campell: Gut dann kommen wir zu Punkt 6.2. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen

- **Die Hochschulen streben Kooperationsprojekte mit den in Graubünden ansässigen universitären Forschungsinstitutionen und Unternehmungen an. Sie unterstützen besonders qualifizierte Studierende mit einem konsekutiven Masterstudienabschluss beim Doktorieren.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ändern Stossrichtung wie folgt:

Die Hochschulen **und die höhere Berufsbildung (Terziärbildung B)** streben Koordinationsprojekte mit den in Graubünden ansässigen universitären Forschungsinstitutionen und Unternehmungen an (...) **und intensivieren den Wissens- und Technologietransfers (WTT).**

Marti; Kommissionspräsident: Wie schon darauf hingewiesen, die Kommission ist absolut einverstanden, dass die Schulleitungen diesen Kooperationsfragen und diesen Ausbildungsgängen, insbesondere auch dem konsekutiven Master bis zum Doktorat nachgeht. Sie betrachtet dies aber eigentlich als im Rahmen der normalen Positionierung der Hochschule als gegeben, als Voraussetzung und wir gehen davon aus, dass die Hochschulräte auch nach diesen Prinzipien ihre Angebote gliedern. Meiner Meinung nach, ich war ja einmal Präsident einer Hochschule in Zürich, kommt man ohne konsekutiven Master nicht aus und ohne den Weg bis zum Doktorat kommt man auch nicht aus. Und wir meinen, dass ist sicher gegeben, seitens der Hochschulleitung. Ist aber nicht eine Stossrichtung, die wir jetzt hier noch speziell aufnehmen wollen, gehört zum Tagesgeschäft, zum Strategiegeschäft der Hochschulen. Ich kann anknüpfen an das Votum bei 6.1. Hier geht es noch einmal darum, dass ergänzt wird, die höhere Berufsbildung und dass wir auch den Wissens- und Technologietrends (WTT) noch ergänzen. Das war insbesondere auch nach Rücksprache mit der Regierung in der Kommission wichtig, dass man das aufgenommen hat, dass diese entsprechenden Fachgebiete dann eben auch im steten Austausch stehen mit den Unternehmungen.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wir kommen zu 6.3. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen

- **Der Kanton vernetzt sich mit den nationalen Gremien im Hochschulbereich, um an den gesamtschweizerischen Entwicklungen partizipieren zu können.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Nicht i.S. einer Stossrichtung aufnehmen.

Marti; Kommissionspräsident: Wir sind, wenn ich richtig mitgezählt habe bei „Der Kanton vernetzt sich“ usw. Richtig. Auch hier wiederum, wir gehen davon aus, dass diese Vernetzung zum Tagesgeschäft gehört, wir begrü-

sen das ausdrücklich, sehen es aber nicht als neue Stossrichtung, weshalb man das hier streichen kann.

Standespräsident Campell: Herr Regierungsrat, wie sehen Sie es mit der Streichung? Keine Bemerkungen. Ist das richtig, wird Punkt 6.3 gestrichen gemäss Kommission?

Marti; Kommissionspräsident: Gestrichen als Stossrichtung, aber nicht als Handlung, die wir voraussetzen, dass sie gemacht wird von den Hochschulen, ja.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter mit 6.4. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen.

- **Graubünden positioniert sich auch auf Hochschulstufe als Ausbildungsort für Berufe im Tourismus und der Hotellerie (Hospitality).**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Nicht i.S. einer Stossrichtung aufnehmen, da oben integriert.

Marti; Kommissionspräsident: Den Punkt 6.4 haben wir in der vorangegangenen Stossrichtung 6.1 integriert.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter. Punkt 6.5. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen

- **Das Ausbildungsangebot der HTW im Bereich Technik wird verstärkt und ausgebaut. Dabei wird das in Graubünden bereits vorhandene Potenzial genutzt und weiterentwickelt, womit die HTW zu einem starken regionalen Partner für KMU wird und den WTT intensiviert.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Nicht i.S. einer Stossrichtung aufnehmen, da oben integriert.

Marti; Kommissionspräsident: Diesen Punkt haben wir unter 6.3 integriert, weshalb er hier gestrichen werden kann.

Standespräsident Campell: Diskussion? Nicht der Fall, wir kommen zu Punkt 6.6. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen.

- **Die Rolle der HTW innerhalb der FHO und das Konkordat mit der NTB sind unter Beachtung der Akkreditierungsrichtlinien gemäss HFKG neu zu beurteilen.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ändern der Stossrichtung wie folgt:

Die Rolle und Position der HTW in der Fachhochschullandschaft Schweiz und das Konkordat mit der NTB unter Beachtung der Akkreditierungsrichtlinien neu beurteilen.

Marti; Kommissionspräsident: Wir sind jetzt bei der Stossrichtung, wo die Rolle und die Position der HTW in der Fachhochschullandschaft und im Konkordat besprochen werden. Hier schlägt die Kommission vor, dass wir den von der Regierung vorgeschlagenen Weg ausweiten. Wir möchten, dass nicht nur auf die Ostschweiz, sondern eben vielleicht auch auf die ganze Schweiz ausdehnen, wie ich heute Morgen gehört habe. Zweitens, Herrn Regierungsrat, sind entsprechende Arbeiten sogar im Gange, weshalb ich glaube, dass diese Stossrichtung jetzt sich mit dem Vorgehen grundsätzlich auch deckt.

Standespräsident Campell: Herr Regierungsrat? keine Wortmeldung. Richtig.

Standespräsident Campell: Dann machen wir weiter mit Punkt 6.7. Die HTW Chur. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen.

• Die HTW Chur konzentriert längerfristig das Ausbildungsangebot in einer Hochschulanlage an einem attraktiven Standort mit zeitgemässer Infrastruktur.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ergänzen und ändern der Stossrichtung wie folgt:

Graubünden führt einen zentralen Hochschulstandort und dezentrale Standorte im Bereich der höheren Bildung. Die HTW Chur konzentriert (...) das Ausbildungsangebot in einer Hochschulanlage an einem attraktiven Standort mit zeitgemässer Infrastruktur.

Marti; Kommissionspräsident: Die Regierung und die Kommission sind sich einig, dass sich die HTW auf einen zentralen Hochschulstandort ausrichten sollte. Das Wort Campus scheint etwas aus der Mode zu kommen, dafür steht neu ein zentraler Bildungsort dann zur Debatte. Die Kommission stützt dies, möchte dies allerdings beschleunigen. Sie möchte in dieser Stossrichtung alle beteiligten Akteure einladen, die Frage des Zusammenszugs rasch anzugehen und zu fördern.

Dudli: Prioritäre Voraussetzung für die Ansiedlung oder das Bleiben und den Ausbau einer Unternehmung hier in Graubünden, die Arbeitsplätze schafft, die Einkommen schafft, ist, dass Fachkräfte vor Ort vorhanden sind. Es ist das Allerwichtigste. Haben wir heute auch schon gehört und gestern gehört. Das heisst, Fachkräfte, dass sie hier sind, braucht es auch die entsprechenden Ausbildungsstätten hier vor Ort. Und das Zweite, das haben Sie gestern abgesehnet, ist, dass vollerschlossenes Land, Industriezonen oder Hotelzonen vorhanden sind, die auf

Anfrage sofort zur Überbauung zur Verfügung stehen. Nun, das Ausbildungsangebot in einer Hochschule muss an einem attraktiven Standort stattfinden mit zeitgemässen Infrastrukturen. Die heutigen Infrastrukturen der HTW Chur, da sind wir uns einig, glaube ich, Herr Regierungsrat, sind nicht mehr der Gegebenheit angepasst, sie sind noch nach altem System von Talunterricht etc. etc.. Das geht nicht. Zerstreut, das bringt grundsätzlich kein Gewicht für Studenten hier zu studieren. Es gibt keinen Ausdruck eines klaren Hochschulstandortes. Dieser Wettbewerb findet horrend statt heute in der Schweiz. Die Kantone wissen, um was es hier geht. Wer die Hochschulen hat, die besseren, die grösseren, die bekannteren, der gewinnt auf dem Markt. Ich sage Ihnen etwas, in diesem Wettbewerb, St. Gallen, hat für seine Fachhochschule in St. Gallen in den letzten Jahren 120 Millionen investiert. Es ist ein grosser Campus entstanden in der Nähe des Bahnhofs. Rapperswil investiert 40 Millionen. Zürich will in ein neues Zentrum, Ausbildungszentrum investieren, 750 Millionen. Brugg investiert auch neu über 300 Millionen, auch zum Ausbau. Man will grundsätzlich in diesem Rating voranschreiten. Natürlich gehört neben der Infrastruktur dann auch entsprechendes Lehrpersonal etc., aber man muss zuerst die Voraussetzung schaffen und dann kann man schlussendlich das Haus füllen. Die HTW, meine Damen und Herren, generiert im längerfristigen Zeitabschnitt beträchtliche Nettowertschöpfungen. Das heisst, die HTW ist grundsätzlich kein Kostenfaktor für den Kanton. Die HTW erbringt heute, mit den Zahlen gerechnet 2012, eine Wertschöpfung von knapp 31 Millionen Franken, eine Wertschöpfung - volkswirtschaftlich in diesem Raum. Der Trägerbeitrag des Kantons beträgt 13,6 Millionen, d.h. ein Investitionsfranken bringt 2,50 Franken Wertschöpfung. Also wenn Sie das in einer Unternehmung haben, dann sind Sie sehr, sehr glücklich. Darum ist es volkswirtschaftlich sinnvoll, wie es die anderen Kantone auch machen, hier zu investieren. Wir müssen schauen, dass junge Leute hier bleiben, und die bleiben nur hier, wenn sie auch hier gute Ausbildungsplätze haben. Für mich ist das sehr wichtig. Wenn die Regierung uns erklären konnte, dass sinergia, das Verwaltungszentrum, wichtig ist, und wir darauf ein, wir das unterstützt haben, ich auch, dann ist wahrscheinlich dort die Wertschöpfung nicht 2,5mal so gross, sind wir uns wahrscheinlich einig. Dann kann man auch das hier, den Campus, hier grundsätzlich mit gutem Gewissen unterstützen, wenn man in die Zukunft schaut. Meine Damen und Herren, ich habe heute Angst um den Bildungsstandort Graubünden, um die Fachkräfte in Graubünden, wenn ich herumschaue, was die anderen Kantone machen. Wir müssen dringend schnell, sehr schnell auf diesen Zug aufspringen, er ist schon am Abfahren. Die anderen machens. Was heute Ihnen Herr Regierungsrat Jäger schon angetönt hat, St. Gallen ist ein napoleonischer Staat. Ich kenne ihn, darum bin ich dort auch ausgezogen, nein. Das geht anders, das ist seit Jahrhunderten grundsätzlich Bodensee-Zentrum. Da wird alles gemacht und es gibt jetzt einen Beschluss der Regierung des Kantons St. Gallen, die sagt, Opernhaus, Haus ist offen, wenn ihr wollt, Graubünden, dann macht mit, wir sind die Zahler, wir befehlen. Das ist heute der Stand. Er

gibt uns vielleicht auch Freiheit zum Handeln. Aber ich bitte die Regierung, die gesamte Regierung, aus volkswirtschaftlichen Überlegungen für die Zukunft dieses Kantons die Voraussetzungen zu schaffen, dass wir hier Fachkräfte haben. Dass wir für die Jugend Ausbildungsstätten haben und machen Sie vorwärts mit einem Ausbildungsstandort, einer Fachhochschule in Graubünden. Ob das jetzt in Chur ist, oder Landquart, das ist mir soweit gleich. Nur es muss schnell gehen und es muss schnell gehen, damit das in diesem Wettbewerb funktioniert. Und es muss schnell gehen, wenn man das jetzt macht, in Absprache mit den Gemeinden, die in Frage kommen für diesen Standort. Ich bitte Sie, hohe Regierung, hier jetzt eine prioritäre Aufgabe zu sehen.

Pult: Ich will die Aufgabe noch etwas schwieriger machen. Ich bin einverstanden mit den Ausführungen des Kollegen Dudli. Ich bin auch einverstanden mit der angepassten Stossrichtung der Kommission, ich habe auch in meinem Eintretensvotum gesagt, dass Investitionen in Hochschulbildung, in Forschung, wahrscheinlich die wichtigsten Investitionen sind, um unseren Wirtschaftsstandort, unsere Volkswirtschaft fit zu machen für die Zukunft. Ich möchte einfach, dass es in dieser Diskussion auch gesagt wurde, unterstreichen, Investitionen in die Infrastruktur sind wichtig und, ich glaube, es ist richtig, dass wir da eine Priorität sehen. Mindestens so wichtig sind aber Investitionen und Massnahmen zur Sicherung einer möglichst excellenten Qualität der Institution. In den USA gibt es ja die Philosophie. Die USA hat zwar ein katastrophales öffentliches Schulsystem auf Bereich Volksschule, aber eine ausgezeichnete Hochschullandschaft und da gibt es die Philosophie, dass man sagt, nicht unbedingt das ganze Geld in die Infrastruktur, sondern wirklich Geld auch in die Qualität der Lehre und der Forschung zu investieren, dass es also wichtiger ist, die besten Leute zu haben, statt die besten Räume. Unsere Aufgabe muss es sein, um wirklich profitieren zu können langfristig, volkswirtschaftlich und gesellschaftlich beispielsweise der HTW, in welchem Kontext auch immer, ob im Ostschweizerverbund oder alleine, ist, dass wir nicht nur sehr gute Infrastrukturen haben, da bin ich schon auch dafür, sondern dass wir die bestmöglichen Leute haben, also die Qualität der Schule, der Lehre und Forschung muss vor allem auch gewährleistet sein. Das war mir wichtig, diese Aspekte noch zu nennen und ich weiss, das macht die Aufgabe für die Regierung nicht viel einfacher, aber wenn es einfach wäre, müsste sie ja nicht dort sein.

Regierungsrat Jäger: Zwischen der Stossrichtung, wie es hier die Regierung in unserer Botschaft formuliert hat, und der Stossrichtung der Kommission besteht nur ein kleiner Unterschied. Es ist ein einziges Wort. Die Kommission will die Stossrichtung um ein Wort verkürzen und damit die zeitliche Dringlichkeit unterstreichen. Die Regierung wehrt sich nicht gegen diese Kürzung. Für uns ist entscheidend, und das ist der entscheidende Punkt, dass diese Stossrichtung überhaupt in dieser Botschaft drin ist. Es ist das erste Mal, dass die Regierung in einer Botschaft darauf hinweist, dass die HTW Chur eine neue Infrastruktur haben muss, eine zeitgemässe Infrastruktur.

Es ist zwar nur kurz, aber es ist etwas Historisches, dass das hier zum ersten Mal so steht. Wir sind bezüglich der HTW auch durch andere Situationen, wir haben heute Morgen in der Fragestunde schon davon gehört, sind wir in eine Dynamik hineingekommen, die der HTW mit Sicherheit gut tut. Die HTW gibt es in Bern heute nicht. Die HTW ist eine Teilschule der Fachhochschule Ostschweiz und alles, was an der HTW an Studiengängen angeboten wird, muss in dessen komplizierte Schlaufe, via den Hochschulrat der gesamten Fachhochschule Ostschweiz nach Bern geschickt werden. Einer der Vorteile einer eigenen Akkreditierung der HTW wäre, dass unsere Fachhochschule Graubünden dann auf dem Bildungsplatz Schweiz als eigene Institution überhaupt wahrgenommen wird. Es wäre ein grosser Vorteil. Das würde uns Unabhängigkeit geben. Die PH Graubünden hat diese Unabhängigkeit. Die PH Graubünden ist eine eigenständige, in Bern anerkannte Situation und der bisherige Direktor der PH Graubünden, Herr Johannes Flury, war sogar Präsident der Cohep und hat beispielsweise in den schweizerischen Konferenzen sämtliche PHs vertreten. Es ist durchaus möglich, dass eine kleine Schule, wenn sie sich gut bewegt in diesem Teich, dass eine kleine Schule sehr erfolgreich sich sichtbar machen kann. Die HTW kann das heute nicht, weil sie eben Teil der Fachhochschule Ostschweiz ist. Wir sind gefordert. Wir haben geschrieben längerfristig, wir können es auch ohne längerfristig. Wir sind gefordert, die Infrastruktur der HTW an die heutigen Bedürfnisse anzupassen.

Bevor man das aber machen kann, geschätzte Damen und Herren, müssen wir wissen, was in dieser Infrastruktur angeboten wird. Und hier ist Einiges in Bewegung und Einiges offen. Sie haben dem Gesetz über Hochschule und Forschung zugestimmt, es ist ohne Referendum in Kraft getreten, und dieses Hochschul- und Forschungsgesetz des Kantons sagt, dass für die Hochschul- und Forschungsstrategie die Regierung zuständig ist. Wir haben mit einem externen Experten diese Hochschul- und Forschungsstrategie entwickeln lassen und Sie finden das weiter hinten auf der Seite 309 der Botschaft, nur klein als Fussnote sehen Sie die sechs Profildfelder, welche im Entwurf einer Hochschul- und Forschungsstrategie des Kantons Graubünden im Moment angedacht sind. Die Regierung hat an der Sitzung vom 19. August dieses Jahres sich durch Herrn Doktor Stefan Bieri, der unsere Experte ist, orientieren lassen, wie sich diese Forschungs- und Hochschulstrategie entwickeln soll. Die Regierung hat dann noch einmal beschlossen, dass dieses Papier, das uns unterbreitet wurde, noch etwas gestrafft werden muss. Diese Hochschul- und Forschungsstrategie ist die erste Grundlage zur Festhaltung, welche Studienrichtungen an der HTW Chur angeboten werden sollen. Es ist für uns klar, für die Regierung klar: In erster Linie gilt es zwei Bedürfnisse sicherzustellen. Das eine sind die Bedürfnisse der Bündner Wirtschaft. Wir wollen die Fachkräfte für die Bündner Wirtschaft, wenn möglich, an der HTW ausbilden lassen. Allerdings ist es nicht möglich, in der ganzen Breite alle Fachkräfte auszubilden. Das kann ein Kanton wie Graubünden nicht. Aber wir wollen im Wesentlichen die Fachkräfte der Bündner Wirtschaft an unserer Fachhochschule ausbilden lassen. Das zweite Bedürfnis ist das

Bedürfnis der jungen Leute. Wir wollen, dass junge Leute wenn möglich in der Nähe studieren können, hier in Graubünden studieren können. Und die HTW ist eine erfolgreiche Schule, wie die PH auch. Die Studierendenzahlen sind in den letzten Jahren stark in die Höhe gegangen. Wir haben jetzt rund 1300 Studierende an der HTW, das ist eine stolze Zahl im Vergleich zu der Situation vor zehn Jahren. Wenn klar ist, welche Studienrichtungen angeboten werden, im Moment hat der Hochschulrat der HTW drei neue Studienrichtungen der Regierung unterbreitet: Die Regierung möchte eine Priorisierung. Es braucht immer auch die Hausaufgaben, die auf der anderen Seite gemacht werden. Uns einfach eine Auswahlendung zu schicken, das ist für uns nicht genügend. Es braucht eine Priorisierung. Wir werden diese Priorisierung erhalten und dann wird es auch in diesem Bereich den nächsten Schritt geben. Allerdings muss ich Ihnen sagen, von diesen drei neuen Studienrichtungen, die die HTW uns vorgeschlagen hat, sind zwei gar noch nicht eidgenössisch fixierte Studienrichtungen. Also wird es schwierig sein, via den Weg über St. Gallen Studienrichtungen, die eidgenössisch gar nicht fixiert sind, zu erhalten. Das neue HFKG des Bundes wird hier einfachere Lösungen erreichen und dann haben wir in diesem Bereich sicher etwas weniger Hürden vor uns. Nun, wenn klar ist, was in diesem Gebäude, in dieser neuen Infrastruktur, wirklich ausgebildet wird, dann kann man dem Architekten dann Aufträge erteilen. Das vorher tun zu wollen, wäre wohl nicht der richtige Weg. Wenn diese Klärung geschehen ist, dann können wir dies tun.

Sie wissen und der Kommissionspräsident weiss es noch besser als andere, dass im Bereich von möglichen Standorten einer neuen HTW ein wilder Ideenwettbewerb im Moment stattfindet. Und es gibt, wie Herr Dudli ja darauf hingewiesen hat, auch Ideen, eine neue HTW sogar ausserhalb von Chur zu machen. Dann würde die Schule sicher nicht mehr HTW Chur heissen. Es gibt ganz verschiedene Ideen. Allerdings ist die Regierung skeptisch, eine total neue HTW irgendwo zu bauen. Schauen Sie, wir haben viel Geld am heutigen Standort investiert. Und nicht alles ist heute schon abgeschrieben. Und alles noch einmal neu zu bauen, sozusagen auf der grünen Wiese, oder auf dem grauen Platz im Welschdörfli, oder wo auch immer, alles noch einmal neu zu erstellen, das könnte unsere finanziellen Möglichkeiten überfordern. Aber es ist uns bewusst, dass die HTW ihre Angebote mehr konzentrieren muss. Die Churer Stimmberechtigten haben schon vor einigen Jahren darum Richtung Rhein von der heutigen HTW eine Parzelle eingezont, respektive umgezont in eine ZÖBA. Dort ist grundsätzlich Platz reserviert, damit man in intelligenter Weise die heutige Struktur nicht zu 100 Prozent einfach auf die Seite tut, sondern in intelligenter Weise das ergänzt und ausbaut. Diese Fragen sind aber überhaupt noch nicht geklärt. Ich kann Ihnen aber versichern, dass bei meinem letzten Gespräch mit dem Hochschulrat der HTW Chur wir gerade auch über diese Frage intensiv gesprochen haben. Dieses Gespräch fand vor rund drei Wochen statt und der Hochschulrat ist der gleichen Meinung wie es auch die Regierung vertritt: In erster Linie sehen wir eine Erweiterung am heutigen Standort.

Nun müssen wir uns bewusst sein, und Herr Dudli hat darauf hingewiesen, der Wettbewerb ist brutal. Es gibt einen brutalen Wettbewerb um Studierende heute. Und es wird überall aufgerüstet, stark aufgerüstet, und wir können nicht zurückstehen, sonst werden wir vom Wettbewerb auf die Seite gestellt. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass eine vom Kanton Graubünden alleine geführte HTW, Fachhochschule Graubünden, nur die Basis hat von 2,6 Prozent der Schweizer Bevölkerung, also ein Vierzigstel der Schweiz. Heute gibt es in der Schweiz sieben Fachhochschulen, sieben. Und die werden zum Teil von grossen Konglomeraten geführt. Und die Meinung, dass man mit 2,6 Prozent Potenz der gesamten Schweizerischen Bevölkerung mit unseren grossen Aufgaben, die Graubünden im Gegensatz zu anderen Kantonen zu stemmen hat, denken Sie an unser Verkehrssystem, an die vielen Strassen im Vergleich zu anderen Kantonen, dass wir in diesem Wettbewerb vor allem langfristig grosse Probleme haben könnten, das müssen wir uns bewusst sein. Wir sind uns aber ebenfalls sicher, dass wir die Chance dieser möglichen Akkreditierung jetzt packen müssen. Wir sind uns auch sicher, dass eine kleine Schule, wenn sie genügend flexibel ist, durchaus Chancen hat, ich habe Ihnen das vorher am Beispiel der Pädagogischen Hochschule gesagt. Und darum ist es für uns durchaus eine gute Option, was im Moment jetzt durch diese Veränderungen innerhalb der Fachhochschule Ostschweiz losgetreten worden ist.

Ich habe Ihnen heute Morgen bei der Beantwortung der Frage von Grossrat Kollegger ja gesagt, die Regierung ist einverstanden, dass wir die Akkreditierung der HTW prüfen. Allerdings muss man auch dazu sagen, wir kennen die Spielregeln der Akkreditierung noch nicht. Die sind noch gar nicht bekannt. Also jetzt schon laut verkünden, was wir tun, bevor wir die Spielregeln kennen, ist nicht seriöse Politik, das machen wir nicht. Wir müssen die Spielregeln kennen. Wir wissen, dass es viele Punkte gibt, die bei einem Akkreditierungsverfahren dann zu überstehen sind, und wir wissen, dass die HTW Chur in verschiedensten Punkten noch nicht bereit wäre zur Akkreditierung. Wir glauben aber daran und der Experte, den wir, das ist Professor Inderbitzin, den wir zusätzlich jetzt auch noch bezüglich der Akkreditierung befragt haben, der Experte gibt uns eigentlich den Mut, dass er sagt, die HTW ist akkreditierbar. Es braucht aber einfach Bedingungen dazu. Wir können auf diesem Weg nur dann gehen, wenn wir sicher sind, dass die Akkreditierung gelingt. Wir dürfen nicht zwischen Stuhl und Bank fallen, irgendwann. Also, solange die Akkreditierung nicht gelingt, müssen wir die Option dabeizubehalten bei der Fachhochschule Ostschweiz immer neben dran haben. Und solange wir nicht akkreditiert sind, sind wir Teil der Fachhochschule Ostschweiz. Und dann haben wir einfach diese, ich nenne diesen ehemaligen französischen Diktator jetzt nicht, weil er ist ja schon im Protokoll durch Ihr Votum, Herr Dudli, aber dann müssten wir halt mit diesem System, müssen wir als Klotz an unserem Fuss weiterarbeiten.

Dudli: Herr Regierungsrat. Ich danke Ihnen für die Worte. Es kommt selten vor, wahrscheinlich, dass ich heute 150 Prozent mit Ihren Aussagen einverstanden bin. Das

mit dem Standort, wollte ich Ihnen nur am Beispiel sagen, uns geht es nicht darum, wo es ist, Hauptsache es kommt. Das wollte ich mit diesen Worten sagen. Und das Angebot, welches wir machen wollen, das haben wir in Punkt 6.1. Welches sind die Bedürfnisse der Wirtschaft? Alles können wir nicht. Und dass die HTW bis jetzt in diesem Umfeld, wo sie ist, schlussendlich immer wieder Ausbildungsgänge auch sucht, wo sie eine Nische findet, wo sie nicht in Konkurrenz ist mit andern, wird wahrscheinlich manchmal dazu führen, dass es nicht unbedingt immer der Ausbildungsgang ist, der dem Bedürfnis ganz gerecht wird. Aber jetzt, wenn wir schon auf Akkreditierungsabsichten sind, dann müssen wir auch dort ein bisschen klar sein: Was brauchen wir? Und dort ist die Wirtschaft, wird ihnen ganz sicher helfen: Was brauchen wir in erster Priorität? Wo? Was? Also, da bin ich einverstanden. Für mich ist einfach wichtig, und das haben Sie jetzt gesagt, und das haben wir alle hier gehört, das "längerfristig" wird "mittelfristig" und wir müssen pressieren. Also die Akkreditierung muss, ich weiss es von der HTW, die muss jetzt vorwärts gehen. Wir müssen wissen, im Laufe des nächsten Jahres, wo wir stehen, damit wir nachher schlussendlich diese mittelfristige Planung auch vorwärts machen können. Ich habe verstanden, dass die Regierung sieht, dass wegen des Wettbewerbs, wegen der Situation in der Fachhochschule Ostschweiz, dass es jetzt drängt. Wir müssen die Prozesse verkürzen, wir müssen jetzt schnell zu diesen Unterlagen, Entscheidungsgrundlagen kommen, dass wir wissen, wohin die Reise geht. Der Druck ist gross.

Standespräsident Campell: Aus der Diskussion entnehme ich, dass der Vorschlag der Kommission gutgeheissen wird. Habe ich das richtig verstanden, Herr Kommissionspräsident?

Marti; Kommissionspräsident: Ja, Herr Standespräsident, ich interpretiere das gleich. Möchte noch kurz ein, zwei Hinweise platzieren zum Votum von Herrn Regierungsrat. Vorweg möchte ich mich im Namen der Kommission herzlich bedanken für die Ausführungen, auch für die Bereitschaft, das Wort "längerfristig" zu streichen. Wann hört "längerfristig" auf und wann beginnt "mittelfristig" und "kurzfristig"? Das ist natürlich schwierig zu beantworten. Habe ich dann auch Verständnis dafür. Aber wir nehmen die Streichung doch auch so wahr dann, dass es beschleunigt wird gegenüber dem bisherigen Plan, das wäre dann mindestens eine Erwartung, die durch die Streichung dieses Wortes dann auch gehegt wird. In der Stossrichtung der Kommission ist aber nicht nur dieses Wort alleine geändert worden, sondern auch die Positionierung und die Rolle im Rahmen der Fachhochschullandschaft Schweiz. Es ist noch ein vielleicht wichtiger Unterschied zu der Vorlage der Regierung. Ich habe sehr wohl verstanden, dass die Akkreditierung erst dazu führen kann, dass man vielleicht nicht mehr in der Ostschweizer Landschaft eingebettet ist, aber auf der andern Seite kann eine Akkreditierung nicht nur den Alleingang nach sich ziehen. Es kann auch Partnerschaften und Kooperationen nach sich ziehen, in der ganzen Schweiz. Mindestens in dieser Rich-

tung ist es der Kommission wichtig, den Fächer noch zu öffnen.

Dann noch vielleicht eine Bemerkung zu Ratskollege Pult bezüglich der Inhalte und der Qualität. Natürlich, er hat Recht, es ist sehr wichtig. Es ist bloss, wenn man die Hochschullandschaft etwas anschaut, ist das für die Studenten ein Faktor aber eben nicht der alleinige. Es sind andere Faktoren mit im Spiel. Das Renommee einer Ortschaft ist entscheidend. Ob man dann mal sagt, man hat seinen Master in New York oder in Zürich gemacht usw. oder eben dann in Hintertupfingen. Das sind einfach Unterschiede, das muss man wissen und deshalb ist auch nicht ganz unentscheidend, wo so eine Hochschule dann auch ihren Standort hat. Weil kaum ein Student möchte damit nicht auch etwas angeben, wo er studiert hat. Und dann eben auch das Gebäude. Ich habe Hochschulen besucht in Amerika, in China, in Singapur, in Shanghai in Peking. Und die investieren, ähnlich wie auch in der Schweiz, sehr stark in die Räume. Es ist ein Qualitätsmerkmal, wenn die Räume stimmen. Man glaubt nicht einer Hochschule, die in schlechten Räumlichkeiten unterrichtet, dass sie gute Qualität unterrichtet. Oder mit andern Worten, es ist sehr viel schwieriger, gute Qualität glaubhaft zu vermitteln, wenn die Räumlichkeiten dazu nicht stimmen. Deshalb sehe ich hier eine Verwandtschaft, dass alle diese Faktoren zusammen dann eben das Renommee ausmachen und mit dem Renommee gewinnt man dann auch die Studierenden.

Regierungsrat Jäger hat dann gesagt, zuerst muss man wissen, was hineinkommt, bevor man dann bauen kann. Ist ein wenig auch eine Huhn-Ei-Problematik. Sehr oft entstehen auch gute Produkte, wenn die Lokalitäten dazu stimmen, wenn man alles vorweg bestimmen muss. Und das ist meine Erfahrung auch im Bau einer Hochschule in Zürich. Viele gute Professoren und viele gute Leute kommen erst, wenn die Räumlichkeiten stimmen. Die fühlen sich dann auch angesprochen, dort zu unterrichten und haben Spass daran. Und mit den Leuten kommen dann sehr oft auch gute Chancen für die Produkte. Man kann in der Regel nicht alles vorweg nehmen. Ich bin aber einverstanden, dass man versucht, so viel wie möglich vorweg zu nehmen, selbstverständlich. Aber man hat sehr viele Opportunitätsgewinne, wenn man mal den Mut hat, voranzuschreiten und zu investieren. In diesem Sinne erfreut mich die Antwort des Herrn Regierungsrates. Es erfreut mich, wenn wir hier vorwärts gehen können. Und wenn wir dann vielleicht in den Detailfragen noch die Bedenken, die Herr Regierungsrat geäussert hat über die spezifische Standortfrage, kaufmännisch, investitionstechnisch abwägen können, mindestens, glaube ich, auch dort sind gewisse Möglichkeiten zu finden, dass die Investitionen tragbar sind. Ich schliesse mein Votum mit dem nochmaligen Dank, dass hier offensiv von der Regierung reagiert wurde.

Standespräsident Campell: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr, somit würden wir zum nächsten Punkt gehen. Punkt 6.8, die PHGR. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen.

• **Die PHGR stärkt ihre Position auf der Primarstufe (Bachelor) und der Sekundarstufe I (konsekutiver Master), im Bereich der Mehrsprachigkeit und der kulturellen Brückenfunktion sowie der angewandten Pädagogischen Forschung.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Nicht i.S. einer Stossrichtung aufnehmen.

Marti; Kommissionspräsident: Die PHGR ist eine gleichermaßen wichtige Hochschule hier in Graubünden. Sie bildet von der Kindergartenstufe über die Primarstufe und wahrscheinlich zukünftig auch Sekundarstufe, Lehrkräfte aus. Sie hat sich sehr gut positioniert und verdient natürlich eine Bemerkung hier, im Sinne einer Stossrichtung. Bloss hat die Kommission auch hier gesagt, die Stossrichtung der PHGR, wie sie hier formuliert ist, ist eine im Profil und in der Tätigkeit der Schule, aus Sicht der Kommission selbstverständliche. Also wir gehen selbstverständlich davon aus, dass die PHGR ihre Position stärkt. Und wir erhoffen uns sehr wohl, die kulturelle Brückenfunktion und die angewandte pädagogische Forschung. Die Streichung der Kommission hat lediglich den Hinweis, dass wir davon ausgehen, dass diese Schule genau diesen Positionierungsfragen automatisch nachgeht.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Kommission? Ich eröffne die Diskussion im Plenum und sehe Grossrätin Locher Benguerel. Sie haben das Wort.

Locher Benguerel: Ich möchte mein Votum mit zwei Vorbemerkungen beginnen. Die erste Vorbemerkung. Ich lege meine Interessensbindung offen. Ich bin Mitglied im Hochschulrat der Pädagogischen Hochschule. Und die zweite Vorbemerkung ist zum Kapitel Bildung. Das Kapitel Bildung im Bericht, das fokussiert ganz gezielt auf den Bereich der Tertiärstufe und der Forschung. Richtigerweise hätte dieses wohl dann auch so bezeichnet werden sollen. Gestern hat Grossrätin Elita Florin in ihrem Votum von der Bedeutung, eben auch von der wirtschaftlichen Bedeutung, von einer Gesamtsicht gesprochen, was die Bildungslandschaft betrifft. Ich möchte da auch jetzt nicht mehr Ausführungen dazu machen, sondern einfach das unterstreichen, was sie gesagt hat im Eintreten. Ich komme zur Stossrichtung und konkret zu dem, was eben jetzt zur PH im Bericht steht. Der Kanton Graubünden hat mit dem neuen Hochschul- und Forschungsgesetz eine gute Grundlage geschaffen, eben für diesen Bereich. Zentral wird die Hochschul- und Forschungsstrategie der Regierung sein, darauf hat vorhin Regierungsrat Martin Jäger in seinem Votum Bezug genommen und auch auf die Expertise dazu. Gemäss dem Bericht auf Seite 304 besteht demnach die Herausforderung im Hochschulbereich darin, Lehrgänge anzubieten, welche einerseits in Bezug auf Inhalt, auf Qualität, auf Kosten und auf Prestige für junge Erwachsene attraktiv sind und andererseits eben der Bündner Wirtschaft gerecht werden. Graubünden sei deshalb in diese Richtung als Hochschulstandort weiter zu profilieren. Diese Überlegungen fliessen ins Fazit ein

und bilden auch Basis der Stossrichtungen, das ist sehr zu befürworten. Nun, die WAG beantragt die Stossrichtung zur Pädagogischen Hochschule Graubünden zu streichen. Kommissionpräsident Marti hat dazu Ausführungen gemacht, weshalb das getan werden soll. Ich beantrage Ihnen entgegen der Meinung der Kommission, die Stossrichtung im Bericht zu belassen und mit folgender Ergänzung zu versehen. Wenn Sie jetzt im Protokoll die Stossrichtung nehmen, dann sehen Sie, woraus meine Ergänzungen bestehen. Die PH Graubünden stärkt ihre Position, das ist die erste Ergänzung, im Kindergarten, auf der Primarstufe, Bachelor und der Sekundarstufe I konsekutiver Master im Bereich der Mehrsprachigkeit, der kulturellen Brückenfunktion, der Förderung der MINT-Fächer, das ist die zweite Ergänzung, sowie der angewandten, pädagogischen Forschung. Meine Begründung dazu. Erstens: Stossrichtung zu PH Graubünden gehört in den Bericht, respektive soll beibehalten werden im Bericht. Das Fazit im Bericht gilt der Hochschul- und Forschungsstrategie. Diese gilt für die beiden Hochschulen mit kantonaler Trägerschaft. Wir haben jetzt zu Recht ausführlich über die HTW gesprochen. Die Strategie gilt ebenso auch der Pädagogischen Hochschule. Nachfolgende Stossrichtungen sind ziemlich konkret formuliert, auch wenn wir einige jetzt vorhin gestrichen haben. Wir haben auch ganz konkrete drin behalten. Nebst den Streichungsanträgen der WAG und den allgemeinen Formulierungen haben wir auch zwei ganz konkrete Stossrichtungen, beispielsweise zur HTW aufgenommen. Diejenige, welche konkret die andere Hochschule mit kantonaler Trägerschaft betrifft, nämlich die Pädagogische Hochschule, die soll nun gestrichen werden. Das Fazit gilt wie erwähnt für beide Hochschulen und die Stossrichtungen bilden die Basis für die Ausformulierung der Strategie. Ich denke das ist eben entscheidend und deshalb ist es aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, wonach die Stossrichtung zur PH nicht aufgenommen werden soll. Der Kommissionspräsident hat betont, dass es nicht um eine inhaltliche Streichung geht, sondern um eine formale. Ich denke, da sind wir uns wirklich einig. Und ich möchte dem einfach entgegen, dass ich aus formalen Gründen der Meinung bin, dass die Stossrichtung zur PH stehengelassen werden soll. Denn ich habe alle Grundlagen nachgelesen, alle gesetzlichen Grundlagen und es steht so, wie es hier jetzt in der Stossrichtung steht, nirgends. Es steht nicht in der Strategie drin, es steht nicht im Hochschulgesetz drin, sondern so, wie die Stossrichtung hier formuliert ist, ist sie in dem Sinn einzigartig und deshalb finde ich es nicht systemfremd, wenn es hier genannt wird. Der zweite Grund, die Kindergartenstufe auch aufnehmen. Die Stossrichtung im Bericht ist in Bezug auf die Stufen eben nicht vollständig und da ist es wichtig, dass es eben vollständig gemacht wird und der Kindergarten, wo ein fixer und ein wichtiger Bestandteil ist des Ausbildungsangebots der Pädagogischen Hochschule, dass das ergänzt wird. Und dann der dritte Bereich. Und ich meine, das ist jetzt der wichtigste Bereich. Nämlich damit unterscheidet sich mein Antrag inhaltlich von dem was bis jetzt im Bericht steht, nämlich MINT-Bereich als weiterer Schwerpunkt aufnehmen. Ich beantrage Ihnen, die Stossrichtung mit der Ergänzung zur Förderung der

MINT-Fächer zu bereichern. Und zuerst zum Begriff MINT. Er steht für die Abkürzung der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Und weshalb soll das so drinstehen? Dieser Bereich stellt jetzt und in der künftigen Ausrichtung der Pädagogischen Hochschule einer der Schwerpunkte dar. Gerade in Bezug auf die Wirtschaft und auf die Förderung der Wirtschaft stellen diese Fächer einen wichtigen Schnittpunkt zur Bündner Wirtschaft dar. So werden bereits heute erfolgreich Projekte in Zusammenarbeit mit der Bündner Wirtschaft und der ETH durchgeführt. Und das nenne ich Ihnen ganz konkret ein paar Beispiele. Einerseits ist es das Projekt Programmieren im Unterricht. Das wird in Zusammenarbeit mit der ETH Zürich in einigen Schulen in Graubünden durchgeführt und dafür wird die PH sogar eine Auszeichnung von der ETH erhalten. Dann gibt es diese MINT-Camps, die sich eben wieder mit diesen Fächern befassen. Und diese MINT-Camps, die finden statt mit Partnerschaften mit der Ems-Chemie und in Zukunft auch mit der Trumpf. Da gehen Schülerinnen und Schüler eine Woche während ihren Ferien in die Ems-Chemie oder dann eben auch in die Trumpf AG und lernen dort anhand von technischen Experimenten den Bezug zu diesen technischen Berufen kennen. Dann gibt es die First Lego-Leag. Da geht es auch um Technik um Bauen. Da führt dann die PH die Schweizermeisterschaft durch im Jahr 2015. Und dann noch der letzte Punkt MINT-Alp. Das ist ein Entwicklungsprojekt, welches im alpenübergreifenden Raum Lektionsreihen ausarbeitet zu diesen Fächerschwerpunkten. Ich komme zum Schluss. Mit dieser Begründung insbesondere auch mit der Aufnahme des Bereichs MINT bitte ich Sie, meinen Antrag zu unterstützen. Wir geben uns hier sicher nichts, wenn wir die PH Graubünden, so wie es die Regierung auch vorgesehen hat, explizit unter dem Kapitel Hochschulen benennen und es mit der entsprechenden Ergänzung versehen.

Antrag Locher Benguerel

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Belassen Stossrichtung gemäss Botschaft mit folgender inhaltlicher Änderung:

Die PHGR stärkt ihre Position **im Kindergarten**, auf der Primarstufe (Bachelor) und der Sekundarstufe I (konsekutiver Master), im Bereich der Mehrsprachigkeit (...), der kulturellen Brückenfunktion, **der Förderung der MINT-Fächer** sowie der angewandten Pädagogischen Forschung.

Dudli: Ich komme nochmals. Jetzt müssen wir aufpassen. Es geht hier nicht darum, Qualifikationen oder einander auszuspielen von Fachhochschulen. Die PH ist genau gleich wie die HTW. Hier hat die Kommission auch grundsätzlich keinen Unterschied gemacht. Wir haben das zusammengefasst im Punkt 6.1. Wo das Profil klar beschrieben ist. Wir haben das von der HTW alles gestrichen, wo es spezifisch HTW geworden ist, Ausbildung etc. Sondern wir haben rein, wir sind auf der strategischen Ebene geblieben. Die strategische Ebene war grundsätzlich, wir müssen hier grundsätzlich ein Gebäude haben, ein Campus haben, im Wettbewerb, eine strategische Ausrichtung. Wir haben weiter gesagt, ja strate-

gische Ausrichtung im Rahmen der Schweizerischen Fachhochschullandschaft und Fachhochschule Ostschweiz. Das haben wir gesagt. Jetzt Frau Locher, ich habe Verständnis für das, aber das sind jetzt die operativen Details. Das gehört in den Lehrplan. Das ist Sache grundsätzlich in der Ausarbeitung des Lehrplans. Wenn Sie grundsätzlich Punkt 6.1 nehmen und das Profil sagen, so das Profil muss den Bedürfnissen gerecht werden, dann haben Sie richtig, das wo Sie jetzt gesagt haben, gehört zu diesem Profil, zu einem modernen Profil auch dieser Fachhochschule. Das ist dort drin. Sonst müssen wir alle Fachhochschulen, dann müssen wir mit der HTW auch kommen, das und das. Aber dann sind wir nicht mehr auf der strategischen Ebene. Sondern wir wollen gute Schulen, Primarschulen, Sekundarschulen, Mittelschulen, das haben wir besprochen. Wir wollen gute Fachhochschulen, tertiäre Berufsausbildungsschulen, all das ohne Unterschied. Wir müssen das anbieten und alle müssen gut sein. Aber wie das nachher aussieht, welche Fächer, das ist nachher operative Arbeit des Departementes. Sonst fangen wir hier an, grundsätzlich in einer viel zu tiefen Ebene Stossrichtungen zu formulieren. Das darf nicht passieren. Wir müssen die Stossrichtung mit Leitplanken breit halten.

Regierungsrat Jäger: Regierungsrat Trachsel und ich wir wissen, dass wir in der Regierung auf dieser Seite 305 auch über die einzelnen Stossrichtungen diskutiert haben. Wollen wir die alle drin behalten oder nicht. Und die Regierung hat dann diese letzte Stossrichtung der PH in unserem Bericht belassen, weil wir neben vielen Punkten zur HTW auch die zweite Hochschule mit einem Punkt versehen wollten. Auch auf der Seite daneben, Seite 304 sehen Sie die beiden Abschnitte, die beiden Hochschulen sind hier parallel nebeneinander. Nun, die Kommission hat natürlich Recht. Mit der scharfen Brille, ist das eine strategische Überlegung Ja oder Nein, ist diese Stossrichtung zu streichen. Allerdings stelle ich fest, die Kommission hat nicht bei allen Seiten in diesem Bericht mit der gleichen Schärfe die Brille angehabt. Aber das ist ja auch nicht mein Problem. Ich äussere mich grundsätzlich nicht dazu, ob Sie nun den Antrag von Frau Locher, der inhaltlich alles richtig ist, was sie sagt, ob Sie das in Ihre Erklärung aufnehmen oder nicht. Ich stelle einfach fest, Regierungsrat Trachsel hat Ihnen das schon am Anfang gesagt: Der Bericht der Regierung ist gedruckt. Der wird dann in den Büchergestellen stehen. Und Ihr Kommentar dazu steht dann im Protokoll der Dezembersession 2014. Und das ist Ihr Kommentar und dazu sagt die Regierung eigentlich nicht auch noch viel. Wir haben unsere Aufgabe ja gemacht.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung. Frau Grossrätin möchten Sie nochmals ergänzen? Nein. Herr Kommissionspräsident.

Marti; Kommissionspräsident: Die Kommission hat ja auch nicht ihre Arbeit gemacht, damit dann das im Bücherregal dazugestellt wird, sondern sie überweist damit konkret die Aufträge an die Regierung. Das kommt dann auf die Pendenzenliste, wie ich im Eintretensvotum

gesagt habe und wird dann auch von der Kommission weiter kontrolliert, ob diese Umsetzung dann auch gemacht wird. Und was im Bücherregal irgendwo steht, ist für die Kommission dann nicht mehr massgebend. Wir glauben aber, dass es deshalb wichtig ist, dass wir konkrete Aufträge der Regierung oder Stossrichtungen der Regierung übertragen, die a) in die Kompetenz der Regierung fallen und b) auf der richtigen strategischen Flughöhe liegen. Und nun glaubt die Kommission wirklich, und sie hat versucht, in der Schärfe ihre Brille PH und HTW gleich zu behandeln. Die andern Punkte sind nach unserer Auffassung natürlich auch scharf beurteilt worden, sie hat versucht, dort zu sagen, wo andere Gremien zuständig sind als der Grosse Rat und die Regierung, dass diese auch diese Aufgaben machen sollen. Und ich glaube es wäre völlig vermessen, wenn der Grosse Rat heute über den Fachhochschulrat hinweg über die Vision, Mission, Unternehmenszwecke und Strategien der PHGR beschliessen würde, das wäre ein unstrukturiertes, ein falsches Vorgehen, um nicht zu sagen auch anmassend, wenn man die Komplexität der verschiedenen Bereiche anschaut. Und wenn Grossrätin Locher heute schon noch dann ergänzt mit der Förderung der MINT-Fächer. Ich glaube ihr absolut, dass das wichtig ist. Das kann sie mit Bestimmtheit beurteilen. Aber wir hier sollten das nicht aufgrund einer Beurteilung, einer kompetenten Grossrätin aber doch nicht machen. Weil wir haben nicht die Kompetenz dazu, die Arbeit des Fachhochschulrates zu machen. Und wenn Grossrätin Locher bemängelt, dass es in keinem Gesetz steht, dann ist es eben auch richtig so. Es wäre ja völlig falsch, wenn man beinahe auf Produktstufe dann im Gesetz verankert, was diese Hochschulen zu tun hätten. Dafür haben wir die entsprechenden Gremien. Sie sind Teil eines dieser Gremien, möchten heute vielleicht ein bisschen Rückenwind abholen. Dafür habe ich volles Verständnis. Aber ich glaube sie sollten im Rahmen ihrer Vorstandssitzungen diese MINT-Fächer und diese Kindergartenpositionierung usw. dann wirklich auch festhalten und umsetzen. Und ich empfehle dem Grossen Rat heute nicht diese Arbeit selbst zu tun. Weil sie kann eigentlich nur falsch sein, da sie ja nicht in dem richtigen Gremium besprochen, abgewogen, geklärt wurde. Und deshalb meine ich, sind wir nicht zuständig.

Dann kommt der zweite Aspekt noch dazu. Die Stossrichtung, welche dann teilweise in den Spezialgesetzen zu Anpassungen führen sollte, könnte man auch nennen, also z.B. wir wollen verankern, dass die PH einen wichtigen Stellenwert hat und entsprechend wichtige Angebote anführt. Und das sei dann in den Spezialgesetzen zu regeln. Aber hier ist die Kommission der Auffassung, das besteht bereits. Also wir haben die Fachhochschulgesetzgebung insbesondere auch für die PH. Und die HTW haben wir ja beraten im Rat. Wenn sie nicht ausreicht aus der Sicht von Ihnen Frau Locher, dann möchte ich Sie bitten, einen konkreten Auftrag dort einzureichen. Dann kann die Regierung diesen beantworten, zur Überweisung empfehlen oder nicht. Dann haben wir eine Zweitmeinung. Und dann kann der Rat allenfalls darüber befinden über eine Gesetzesanpassung. Aber ich meine, Sie sind sehr, sehr nahe beim Zweck der Unternehmungen und bei der Strategie. Und ich glaube, das

sollte man dem Hochschulrate überlassen, in dieser Sache völlig frei zu entscheiden. Und ich bekräftige daher die Meinung der Kommission, dass es richtig ist, diese Stossrichtung zu streichen. So wie es Herr Regierungsrat aufgenommen hat, sind wir völlig einverstanden, dass man daran gedacht hat. Aber jetzt nehmen wir sie dennoch raus. Wenn sie ergänzt werden soll, Frau Locher tun Sie das, aber nicht im Rahmen des Grossen Rates sondern im Rahmen Ihrer Kompetenzen in den entsprechenden Gremien. Also bei aller inhaltlichen Richtigkeit, die Sie mit Bestimmtheit erwähnen und bei aller Sympathie für Ihr Anliegen, ich meine, der Grosse Rat sollte das hier nicht übernehmen als Stossrichtung. Er ist in einem Felde tätig, wo er nicht zuständig ist.

Standespräsident Campell: Wir stimmen ab. Wir haben den Antrag der Kommission gegenüber dem Antrag von Grossrätin Locher. Ich lese ihn nochmals vor. Die PHGR stärkt ihre Position im Kindergarten auf der Primarstufe und der Sekundarstufe. Im Bereich der Mehrsprachigkeit der kulturellen Brückenfunktion, der Förderung der MINT-Fächer sowie der angewandten pädagogischen Forschung. Wer den Antrag der Kommission unterstützen will, drücke die Taste Plus. Wer den Antrag Locher unterstützen will, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will, drücke die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben den Antrag Kommission gutgeheissen mit 78 Stimmen gegen 18 mit 4 Enthaltungen.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 78 zu 18 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter mit dem Punkt Stossrichtung Forschung. Kommissionspräsident.

Stossrichtung Forschung (Kapitel VII.6.4.)

- **Innerkantonal sind die nicht standortgebundenen Forschungstätigkeiten in Landquart und Davos zusammengefasst, um Synergien in der Nutzung der Infrastruktur und höhere Auslastungen zu erreichen.**

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Wir sind auf Seite 10 ganz oben. Das finanzielle Engagement. Kommissionspräsident.

Angenommen

- **Das finanzielle Engagement des Kantons konzentriert sich auf die Förderung jener Institutionen, die einen Beitrag zur Entwicklung der Profildfelder leisten können.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter. Die Graduate School. Herr Kommissionspräsident.

Angenommen

- **Die Graduate School wirkt als zentrale Forschungsplattform des Kantons, die gleichzeitig der Lehre dient. Sie stützt sich auf ausserkantonale universitäre Partner und deckt die Schnittstellen mit HTW und PHGR ab. Längerfristig wird erwartet, dass auf innovativen Gebieten Ausgründungen, insbesondere Start-ups, geschehen.**

Antrag Kommission
Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Nicht i.S. einer Stossrichtung aufnehmen.

Marti; Kommissionspräsident: Auch wiederum Tagesgeschäft. Keine weiteren Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Graubünden positioniert sich. Kommissionspräsident.

Antrag Kommission angenommen.

- **Graubünden positioniert sich mit einer eigenständigen Bewerbung als Netzwerkstandort zum nationalen Innovationspark oder sucht entsprechende Kooperationen und entwickelt das Konzept in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und universitären Forschungsstätten weiter. In der Form von Kooperationen werden regionale und internationale Unternehmen einbezogen, welche selbst Forschungs- und Entwicklungsarbeit leisten oder bereit sind, in Graubünden zu investieren.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Wir hätten Bildung und Forschung fertig beraten. Wir kommen zu Punkt 7 Kultur und Sport. Punkt 1. Kommissionspräsident.

Angenommen

Stossrichtung Kultur (Kapitel VII.7.2.)

- **Kulturelle Angebote fördern, wenn sie Teil einer Gesamtstrategie eines touristischen Raumes sind und**

mit buchbaren Arrangements entstehen, welche die ganze touristische Wertschöpfungskette einbeziehen.

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Darms-Landolt: Ich habe eine Bemerkung zu Punkt 1 der Stossrichtung, die ich für gut befinde. Problematisch würde es dann, wenn die Kultur in ihrer ganzen Vielfalt von Malerei, Musik, Theater, Museen, Tanz, Baukultur bis hin zur modernen Architektur, weder in der Gesamtstrategie noch bei den buchbaren Angeboten einer Tourismusdestination Eingang finden würden. Oder aber wenn die Anbieter von Kultur sich selbst zu wenig einbringen würden. Dann würde die Kultur auf der Strecke bleiben. Damit das nicht passiert, braucht es hier eine differenzierte Betrachtung. Denn Kultur ist nicht gleich Kultur. Da wäre einmal der Aspekt der Kulturwirtschaft. Schweizweit betrachtet haben sich in den letzten Jahrzehnten eigene kulturelle Märkte herausgebildet. Diese Branche unterscheidet sich vom öffentlich finanzierten Kulturbereich dadurch, dass hier privatwirtschaftliche Kulturunternehmen und freiberufliche Künstler tätig sind, die künstlerische und kulturelle Güter und Dienstleistungen für den Markt erzeugen. Diese Branche weist ein Arbeits- und Beschäftigungspotenzial aus und je nachdem auch ein beachtliches Umsatzpotenzial. Dem Schweizerischen Kulturwirtschaftsbericht ist zu entnehmen, dass diese Branche bislang unterschätzt wurde, weil sie begrifflich schwer zu fassen sei. Diese Kulturwirtschaft steht in enger Austauschbeziehung zur öffentlichen Kulturförderung. Diese fördert Kunst und Kultur in einem Rahmen, der Kulturschaffende politisch und künstlerisch unabhängig arbeiten lässt. Zweck der Unterstützung durch den Kanton ist die Förderung des kulturellen Lebens unter Berücksichtigung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt.

Nun komme ich zu demjenigen Aspekt der Kultur, welcher die Frage der Inwertsetzung kulturellen Potenzials in den Mittelpunkt stellt. Im Bericht beschränkt sich dieser auf die Inwertsetzung in Bezug auf touristische Angebote. Aus Studien und aus eigenem Erleben ist jedoch bekannt, dass ein reiches künstlerisches unabhängiges Kulturangebot die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes massgebend mitprägt. Ich meine auch dieser Faktor sollte in einem Wirtschaftsbericht Erwähnung finden. Auch wenn seine Auswirkungen schwer in Franken und Rappen auszudrücken sind. Die dargelegte Vielfalt der Betrachtungsweisen von Kultur führt vor Augen, dass sich diese nicht ganz voneinander trennen lassen, dass sie einer ganzheitlichen Sicht bedürfen. Um den Punkt 1 der Stossrichtung erfolgreich umzusetzen, liegt die besondere Herausforderung darin, dass sich die Akteure der verschiedenen Bereiche zusammenschliessen. Kulturschaffende, Kulturförderer, Touristiker, Wirtschaftsförderer, sie alle müssen ihre Kompetenzen einbringen können. Es braucht den gemeinsamen Blick von Wirtschafts- und Kulturverantwortlichen für eine abgestimmte Nutzung der vorhandenen Spielräume.

Standespräsident Campell: Ich erteile nun das Wort. Es ist bei 2. Moment, wir sind noch bei Punkt 1, Frau Locher. Frau Stiffler, Sie haben das Wort.

Stiffler (Chur): Frau Darms sagt, dass wir das nicht ganz trennen sollten. Ich meine, dass die beiden Ämter, das AWT und das Amt für Kultur selbstverständlich miteinander reden. Aber um schlussendlich einen Entscheid zu fällen, wer jetzt dieses Gesuch fördert, ist es wichtig, dass man Kriterien aufstellt um genau saubere Entscheide fällen zu können. Und wir stellen hier nicht kulturelle Angebote in Frage. Aber wir stellen hier in Frage, welche von der Wirtschaftsentwicklung gefördert werden sollen. Also man darf hier die beiden Sachen nicht vermischen. Es geht hier um kulturelle Angebote, welche einen Mehrwert schaffen. Dies sind hauptsächlich z.B. Übernachtungen idealerweise aber es können auch kleinere Mehrwerte sein wie z.B. Dorfführungen oder Museumseintritte. Wichtig ist einfach, dass es in einer Gesamtstrategie vernetzt ist und nicht schlussendlich nur z.B. einen Veranstalter mit einem erhöhten Ticketverkauf zugutekommt. Und heute das lesen Sie auch im Bericht sind leider fast keine bis ganz wenige kulturelle Angebote haben das geschafft. Und wir kommen nachher noch zum sportlichen Teil. Also man muss hier auch mit den gleichen Messkriterien vorgehen. Sonst haben wir dann das totale Durcheinander. Ein gutes Beispiel ist die Via Spluga. Das ist jetzt ein Vernetzungsangebot von Kultur und Tourismus. Die haben es geschafft. Man weiss heute, dass in dieser Region etwa ein Zehntel aller Übernachtungen Dank diesem vernetzten und destinationsübergreifenden Angebot eine Wertschöpfung in der ganzen Region generiert hat. Und das ist hier damit gemeint. Und nicht, überhaupt nicht Frau Darms eine Infragestellung der Unterstützung von kulturellen Angeboten sondern einfach, wann sollen sie förderwürdig sein unter dem Bereich Wirtschaftsentwicklung.

Standespräsident Campell: Herr Kommissionspräsident? Keine Wortmeldung. Frau Darms hat kein Antrag gestellt. Wir fahren weiter Kultur Punkt 2. Kommissionspräsident?

Angenommen

• Hinsichtlich Förderwürdigkeit und Förderumfang sind sie nach analogen Kriterien zu beurteilen wie Sportveranstaltungen.

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Keine Bemerkung. Grossrätin Locher, Sie haben das Wort.

Locher Benguerel: Ich äussere mich nachfolgend zu den beiden Stossrichtungen, versuche aber gerade das, was jetzt schon genannt wurde, dann wegzulassen. Im Zusammenhang mit den kürzlich geführten ausführlichen

Kulturdebatten im Rat war die wirtschaftliche Bedeutung der kulturellen Angebote für unseren Kanton immer wieder wesentlicher Bestandteil. Mit Interesse habe ich die Seiten 309 bis 311 gelesen und bin zum Schluss gekommen, dass diese zum Bereich Kultur unvollständig sind und der wirtschaftlichen Bedeutung der Kultur nicht ausreichend gerecht werden. Aber ich habe Verständnis auch dafür, da in Anbetracht der Zeit und auch in Anbetracht der anderen Sektoralpolitiken das auch nicht zur Verfügung stand in diese Tiefe zu gehen. Deshalb nachfolgend einfach noch zwei, drei Punkte und dann beim letzten Punkt einen Antrag. Der erste Punkt betrifft die offenen Fragen. Auf die möchte ich nicht genauer eingehen. Ich möchte einfach erwähnen, dass die WAK sich mit einigen offenen Fragen vor allem zum Ist-Zustand der Kultur, Kultur im Zusammenhang mit Wirtschaftsförderung dass sich die WAK damit befasst hat. Von mir aus gesehen, hätte so eine Analyse des Ist-Zustandes in diesen Bericht gehört. Darunter auch die Fragen, was wird heute gefördert, wie wird es gefördert, nach welchen Kriterien. Die WAK hat aber das nachgeholt. Sie hat etliche Fragen geklärt und ich möchte an dieser Stelle der WAK danken, dass sie sich diesen Fragen angenommen hat und ich möchte auch dem zuständigen Departement, dem DVS danken, dass sie diese Fragen aufschlussreich beantwortet hat. Wer also ergänzende Informationen zu diesen zwei Seiten zum Thema Kultur möchte, soll sich doch mit den Mitgliedern der WAK in Verbindung setzen. Das sind wirklich gute Zusatzdokumente. Dann der zweite Punkt. Das betrifft den Standortfaktor der Kultur für den Kanton Graubünden. Da hat Grossrätin Darms bereits Ausführungen gemacht. Ich finde es einfach wichtig, dass man eben Kultur anerkennt als Standortfaktor für unseren Kanton. Der Standespräsident hat in seiner Eröffnungsrede zur Session auch darauf hingewiesen. Ich gehe nicht weiter darauf ein. Der dritte Punkt ist Kultur und Tourismus. Das ist das, was wir in der ersten Stossrichtung abgebildet haben. Dazu hat Grossrätin Stiffler auch noch Ausführungen gemacht. Diese Stossrichtung die begrüsse ich sehr. Die Verknüpfung von Wirtschaftspolitik und Tourismus. Es ist wichtig kulturelle und künstlerische Veranstaltungen in touristischen Orten zu fördern. Und es ist sicher auch wichtig, dass das dann in den mehrfach im Bericht erwähnten Masterplänen abgebildet wird. Ich denke, darauf ist Grossrätin Stiffler eingegangen und hat auch ein gutes Beispiel dazu genannt. Der vierte Punkt ist eben der direkte wirtschaftliche Nutzen der Kultur. Also nicht nur der touristische Nutzen, sondern auch der Nutzen im Sinn von direkter regionaler Wertschöpfung in Form von Arbeitsplätzen.

Jetzt komme ich zum Punkt, wo ich auch einen Antrag dazu stelle, das ist der Bereich Kultur ist nicht gleich Sport oder eben Sport ist nicht gleich Kultur. Ich beantrage Ihnen die zweite Stossrichtung, so wie sie jetzt im Bericht steht zu streichen mit folgender Begründung. Kultur- und Sportveranstaltungen gleichzusetzen, das ist aus meiner Sicht nicht zielführend und dabei geht es zu allerletzt darum, Kultur gegen Sport auszuspielen oder umgekehrt. Vielmehr geht es um eine differenzierte Betrachtung der beiden Sektoralpolitiken. Dass es in der Ausgestaltung der beiden Bereiche Analogien gibt, lässt

der Antrag weiterhin zu. Es gibt jedoch einen erheblichen Unterschied. Kulturveranstaltungen weisen niemals dasselbe Potenzial an Zuschauenden auf wie beispielsweise grosse Sportanlässe. Und wenn dann eben die Mittel proportional einer Grossveranstaltung, so dann der Kultur zugesprochen werden, dann denke ich, kann mit einem solchen Massstab Kultur kaum in den Genuss von Mitteln kommen. Zur Begründung auch folgendes. Ich zitiere aus dem Bericht Seite 311. Es zeigt, Zitat Start: „dass auch im Bereich der Kultur nur Grossanlässe mit nationaler oder internationaler Ausstrahlung überhaupt das Potenzial haben, eine signifikante Wertschöpfung und Beschäftigungswirkung auszulösen.“ Und dann weiter unten auf dieser Seite. „Diese Aussage ist gemäss Bericht alles andere als gesichert. Es fehlt das grundlegende Wissen in Form von Daten und Studien.“ Und das wird dann auch transparent gemacht, indem dann steht, Zitat Start: „ohne in dieser Hinsicht über aktuelle wissenschaftliche Daten zur Verfügung.“ Dieser Begründung folgend bedeutet es jedoch, wie ich eben oben ausgeführt habe, dass gemäss dem Wirtschaftsentwicklungsgesetz oder eben dem neuen Wirtschaftsentwicklungsgesetz wohl kein Geld mehr für die Kultur zur Verfügung gestellt werden kann. Ich bin der Meinung, dass es für die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur eine differenzierte Betrachtungsweise beigezogen werden soll. Das Fazit, die Stossrichtung, so wie sie jetzt steht, greift zu kurz und ist zu einschränkend. Und zudem fehlt mir im Bericht auch die Begründung, weshalb Sport und Kultur nach genau denselben Kriterien gefördert werden sollen und nach welchen. Ich habe dann selber nachgelesen und bin dann in der Verordnung zum geltenden Wirtschaftsentwicklungsgesetz bei Art. 13 und 15 fündig geworden. Und dazu möchte ich sagen, dass diese geltende Grundlage sehr wohl als Ausgangslage der Kriterien genommen werden kann. Aber eben wie schon erwähnt mit einer individuellen Betrachtungsweise. In diesem Sinn bitte ich Sie, meinem Antrag zu folgen. Auch hier, Sie verbauen sich nichts. Sie lassen einfach für die künftige Ausgestaltung der neuen Gesetzesgrundlage einen Spielraum offen, den ich jetzt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einschränken möchte.

Und ich schliesse mein Votum mit einer Frage an Regierungsrat Trachsel. Regierungsrat Trachsel hat gestern im Zusammenhang mit dem Eventsponsoring beim Antrag Casanova glaube ich in einem Nebensatz gesagt, dass man sowieso gedenke die Mittel für Veranstaltungen im Bereich Sport und Kultur aufzustocken jetzt gemäss dem Bericht. Und das hat mich natürlich sehr gefreut zu hören. Aber ich habe das nirgendwo aus dem Bericht herausgelesen. Und da hätte ich gerne noch Erklärungen dazu von Regierungsrat Trachsel, in welchem Sinn das gemeint ist oder wie das dann allenfalls geplant ist.

Antrag Locher Benguerel

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Die Stossrichtung sei zu streichen.

Standespräsident Campell: Ich erteile nun das Wort Grossrat Mario Salis.

Salis: Zu Punkt 2, Stossrichtung Sport. Wir unterstützen eine stärker gezielte Förderung von Sportgrossveranstaltungen sei dies nun im Sommer wie auch im Wintersport. Dabei ist zu beachten, dass nicht im Giesskannenprinzip vorgegangen wird, was heisst, dass nur Projekte gefördert werden sollen, die einen nachhaltigen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Ein weiterer Schwerpunkt.

Standespräsident Campell: Entschuldigung, Grossrat Salis, Sie sprechen schon zu Sport. Wir sind noch bei der Kultur.

Salis: Bei Punkt 2, habe ich von Ihnen gehört, Stossrichtung Sport.

Standespräsident Campell: Nein, Stossrichtung Kultur.

Salis: Dann habe ich Sie falsch verstanden. Okay, ich beginne dann nochmals.

Standespräsident Campell: Richtig. Grossrätin Darms-Landolt.

Darms-Landolt: Gemeldet habe ich mich, weil ich den Antrag Locher unterstützen möchte. Ich möchte aber noch schnell etwas zu dem Votum von Kollegin Stiffler sagen. Also ich bedaure es, wenn ich mich undeutlich ausgedrückt habe. Ja eigentlich war es das Ziel meines Votums darzulegen, dass es eben ganz unterschiedliche Arten von Kultur also im gesetzlichen Sinn behandelte Arten von Kultur gibt. Und dass es hier eindeutig um diese geht, die in Wert gesetzt werden soll. Das habe ich eigentlich so ausdrücken wollen. Was ja aber wirklich nicht ausschliesst, dass man sowohl Kultur als auch Wirtschaftsverantwortliche beiziehen muss, um das Optimum aus der Situation herauszuholen. Das gilt ja auch für die anderen Politbereiche. Gut, dann komme ich zum Punkt 2 der Stossrichtung, wo es um die Förderwürdigkeit der Kultur geht. Und eben wie gesagt, ich möchte Kollegin Locher unterstützen, diesen Punkt zu streichen. Weshalb es nicht Sinn macht, die Kriterien in den Bereichen Kultur und Sport analog anzuwenden, hat sie bereits dargelegt. Ich möchte einfach noch ein weiteres Argument beifügen. Es fällt ja auf, also der Umstand, dass Sponsoring in der Kultur weit weniger verbreitet ist als im Sport, wo eine ganz andere Medienpräsenz herrscht und damit die Nennung der Sponsoren häufiger und effektiver ist, ist für mich ein weiterer Hinweis darauf, dass mit grossen Sportevents eben ein grösseres Publikum erreicht wird und damit die Wirkung des Sponsorings auch grösser ist. Im Übrigen bin ich ebenfalls der Meinung, dass dieser Punkt auch aus formalen Gründen nicht als Stossrichtung zu deklarieren ist. Vielmehr hält er eine Bedingung fest, indem Kultur ins Verhältnis zu einem anderen sektoralpolitischen Bereich gesetzt wird. Bedingungen braucht es selbstverständlich, aber sie sollen wie bei allen anderen Bereichen in Bezug auf die effektiven Bedürfnisse und Eigenheiten definiert werden. Aber nicht als Stossrichtung, sondern im entsprechenden Gesetz. Ich bitte Sie, den Antrag Locher zu unterstützen.

Stiffler (Chur): Also es steht ja nirgends eine Zahl, was eine Grossveranstaltung sein soll. Die Beispiele, die ich jetzt höre, klingen nach dem analog der riesen sportlichen Veranstaltungen. Ich glaube, was Sinn und Zweck dieses Kriteriums ist, ist, dass eben kulturelle Angebote gefördert werden, die eine gewisse Grösse haben und somit eine Ausstrahlung und somit eine Wertschöpfung für die Region. Alles andere hat mit Wirtschaftsentwicklung nichts zu tun. Ich habe es vorhin gesagt und gehört dann in das Kulturfördergesetz. Aber hat nichts mit Wirtschaftsentwicklung zu tun. Ich denke, wer fördert, darf auch fordern und hier fordern wir gewisse Kriterien, um das messen zu können. Wir haben in der Eintretensdebatte auch von einer Verzichtsplanning geredet und ich meine, hier muss man jetzt auch einmal aufräumen damit später, wenn Gesuche eingereicht werden, übrigens oft in beide Departemente, eine klare Vorlage vorhanden ist, was jetzt über welchen Topf gefördert werden muss. Deshalb bitte ich Sie, übrigens im Namen der Kommission, wir sind einstimmig, diesen Antrag von Frau Locher abzulehnen.

Regierungsrat Trachsel: Grossrätin Locher hat gefragt, ja wie wir dann mehr fördern wollen und welche Zahlen. Sie haben in diesem Bericht nirgends eine Zahl, wie wir mehr fördern. Weil das eben nicht mehr der strategischen Höhe entspricht. Diese Frage haben wir uns bei der Berichtausarbeitung überlegt. Wenn wir mehr in die Tiefe gehen, müssen wir automatisch auch eine Finanzplanung machen. Sonst machen wir hier ein Wunschkonzert. Das ist einfach, oder. Wenn wir alles reinschreiben können, was wir gerne möchten, dann wird es spätestens bei der Frage, ob wir es finanzieren können, eine Verzichtsplanning brauchen. Darum haben wir nirgends Zahlen genannt, aber wir haben Stossrichtungen gesagt. Und wenn wir sagen, wir wollen Veranstaltungen vermehrt fördern, dann heisst es mehr als jetzt. Aber es ist dann im Rahmen der Finanzplanung zu sagen, wie, über das Budget und die Finanzplanung.

Wie fördern wir heute? Und hier spreche ich jetzt zuerst wenn es über das Amt für Wirtschaft und Tourismus geht, nach rein wirtschaftlichen Kriterien. Weil in diesem Amt keine Kultur- und keine Sportfachleute sind, sondern Wirtschaftsfachleute. Und wir messen unsere Beiträge nach der wirtschaftlichen Auswirkung. Und wenn Sie hier vermischen wollen, ich hoffe es nicht, dann müssen Sie im AWT Leute anstellen, die etwas von Kultur verstehen. Und das ist nicht die Aufgabe des Amtes für Wirtschaft und Tourismus, sondern die Aufgabe des Amtes für Kultur. Es hat auch eine Kulturkommission, die diese Fragen prüft und Anträge stellt. Und dann müssen Sie die Budgetpositionen auch in diesen Positionen erhöhen, wenn sie den fachlichen Kriterien genügen wollen. Und sonst wollen Sie vermischen, nur die Verwaltung in Probleme bringen und einfach Tür und Tor öffnen, damit Exponenten versuchen können, noch irgendwo ein bisschen Geld mehr herauszuholen, weil man es nicht messen kann. Und darum wollen wir klare Kriterien. Wie wird heute finanziert? Im Kulturbereich haben Sie die Gelder von Swiss Los über den LaLo-Fonds. Die Kulturförderungskommission stellt Anträge und das Departement, und bei

grösseren Beträgen die Regierung, bewilligt sie. Den letzten Beitrag sehen Sie in den Leserbriefen. Und Sie haben zusätzlich die Möglichkeit, Steuergelder für die Kultur zu budgetieren. Sie haben das auch erhöht um 500 000 Franken, wo Sie Kulturveranstaltungen der Kultur wollen, der Standortattraktivität willen bewilligen können. Sie können dort auch zehn Millionen Franken beschliessen. Sie haben das Instrument. Und jetzt geht es hier darum zu überlegen, welche Instrumente wollen Sie in der Wirtschaftsförderung. Und wenn Sie hier vermischen, dann unterstelle ich Ihnen, dann wollen Sie Schlupflöcher schaffen, die nicht geschlossen werden können, weil sie nicht objektiv beurteilbar sind. Und wir sagen, im Bereich Wirtschaft beurteilen wir nach rein wirtschaftlichen Kriterien, unabhängig davon, ob es eine Sportveranstaltung ist oder ob es eine Kulturveranstaltung ist. Um das geht es uns. Sie haben alle Möglichkeiten, der Kultur mehr Geld zu geben. Aber machen Sie es nicht unter dem Thema Wirtschaftsförderung und zwar in der indirekten Wirtschaftsförderung. Weil, das wurde hier von den beiden Frauen Grossrätin Darms und Grossrätin Locher gesagt, dies sei auch schwierig zu beurteilen. Ja gerade aus diesem Grund wollen wir das trennen. Wir wollen nicht Anträge entscheiden müssen, die schwierig zu beurteilen sind. Dann können Sie nur Fehler machen. Weil, wenn Sie viel geben werden Sie kritisiert, wenn Sie wenig geben sind Sie kritisiert, weil es nicht messbar ist. Wir wollen unseren Mitarbeitenden klare Kriterien geben. Dafür sind Sie verantwortlich. Und wie gesagt, es geht hier nicht um ein Ausspielen unsererseits von Sport und Kultur. Ich habe den Eindruck, dass Sie eher das ins Spiel bringen, weil die Kultur hat viel mehr Möglichkeiten als der Sport. Weil sie aus Steuergeldern Mittel sprechen können über das Kulturförderungsgesetz. Im Sport haben Sie das nicht. Also ich habe hier schon den Eindruck, man versucht einfach immer wieder noch irgendwo eine Tür zu öffnen und möglichst dort, wo man es nicht genau prüfen kann und dagegen wehre ich mich mit Händen und Füssen. Weil ich will meine Leute oder meine heutigen Leute, in Zukunft nicht mehr, will ich schützen. Sonst werden sie ständig attackiert, ständig bombardiert und sie haben keine Kriterien, wie sie Ja und Nein sagen können. Ich bitte Sie hier schon, der einstimmigen Kommission und der Regierung zu folgen. Weil wir haben dieses Thema sehr intensiv diskutiert. Wir sind alle zum Schluss gekommen, dass es hier klare Regelungen braucht, weil sonst machen Sie etwas, das aus meiner Sicht einfach unseriös ist. Ich bitte Sie, den Antrag Locher abzulehnen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Bereinigung. Frau Locher, möchten Sie nochmals das Wort? Sie erhalten es.

Locher Benguerel: Danke Herr Standespräsident. Ich möchte nur noch kurz zu dem Votum von Regierungsrat Trachsel einfach nochmals betonen. Ich glaube, Herr Trachsel, so wie Sie es jetzt ausgeführt haben oder auch, Sie haben auch gesagt, Sie machen da jetzt fast eine Unterstellung. Ich möchte betonen, in meiner Begründung habe ich mich überhaupt nicht gegen Kriterien ausgesprochen. Ich habe mich nicht dagegen oder dafür

ausgesprochen, dass man hier irgendwelche Schlupflöcher macht. Ich bin sogar bei den geltenden Grundlagen, denen nachgegangen, habe geschaut, wo auf was basierend wird dann heute gefördert. Diese geltenden Grundlagen die bejahe ich, im Grundsatz. Das habe ich in meiner Begründung gesagt. Es geht mir also in keiner Art und Weise hier um eine Vermischung. Es geht mir letztendlich nur darum, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt in diesem Detaillierungsgrad, wie es jetzt diese Stossrichtung vorgibt, nicht bereits so einschränkend formulieren, dass dann für die künftige Ausgestaltung der neuen Grundlagen, da gar kein Spielraum besteht und den Spielraum, den beziehe ich nicht darauf, dass es keine Kriterien gibt. Die muss es geben. Die soll es geben. Das ist absolut richtig. Die kann es 90 Prozent vielleicht auch die genau gleichen geben wie beim Sport. Aber von mir aus gesehen könnte es eine Differenzierung zulassen einerseits bei einem Kriterium, das dann vielleicht für die Kultur noch ein bisschen anders angewendet oder betrachtet werden kann, als für den Sport. Es geht mir nur darum. Ich betone nochmals, ich spreche mich genau gleich wie die Kommission, wie Regierungsrat Trachsel für Kriterien aus, aber nicht in der Art einschränkend, wie es jetzt erwähnt ist. In diesem Sinn bitte ich Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Marti; Kommissionspräsident: Es war in der Tat so, wie Regierungsrat Trachsel auch ausgeführt hat und wie Frau Stiffler als Kommissionsmitglied entsprechend auch gesagt hat, dass die Kommission mal gesagt hat, Kulturförderung und Sportförderung dafür gibt es, auch im Heimatschutz, Spezialgesetze. Diese Spezialgesetze sind prioritär für die Förderung der Kultur und des Sportes eigentlich vorgesehen und dort sind auch die entsprechenden grösseren Budgetpositionen vorhanden, die dann in einem normalen Budgetprozess oder auf Vorschlag der Regierung dann auch gehandelt werden sollen. Und wir haben uns ganz bewusst mit dieser Frage, ob dort genügend Geld vorhanden ist, ob es dort richtig gemacht wird, also auch nicht auseinandergesetzt. Weil wir haben uns nur auf den Wirtschaftsteil bezogen und wir wissen sehr gut, dass die Kulturförderung und die Sportförderung nicht immer nur, und auch gewollt und auch berechtigterweise, mit wirtschaftlicher Sichtweise oder mit einem wirtschaftlichen Auge beurteilt werden dürfen, weshalb wir uns hier wirklich konzentriert haben darauf, ob eine zusätzliche Förderung aus der Sicht der wirtschaftlichen Förderung angewandt werden soll oder nicht mal grundsätzlich. Dann haben wir gesagt, ja, es kann angewendet werden. Wir sind einverstanden. Aber dann, um eine gewisse Fairness und eine gewisse Nachvollziehbarkeit zu erreichen, haben wir gesagt, es soll sich nach gleichen Kriterien bemessen. Frau Stiffler hat zu Recht erwähnt, die Kriterien sind nicht jetzt Teil und Gegenstand unserer Abklärung im Detail. Dazu ist das Amt zuständig. Und ich glaube, auch nur schon so wie es formulieren wird, wird es wahrscheinlich in der Tat notwendig sein, auch differenziert auf jeden Anlass mal hinzuschauen und zu schauen, sind denn diese Kriterien, die der Wirtschaftsförderung dienen, auch vorhanden. Und deshalb ist die Stossrichtung 1 noch erwähnenswert. Oder die Stossrichtung 1 nimmt eigentlich gezielt auf,

dass diese Angebote zu fördern sind, wenn sie Teil einer Gesamtstrategie sind. Und da ist die Abgrenzung wieder sehr schwierig, was ist Teil einer Gesamtstrategie, wo dann entsprechend die wirtschaftlichen Effekte nur einen Teil der Gesamtstrategie zugemessen werden können oder eben nicht. Aber das haben wir ja aufgenommen. Wir haben die Stossrichtung 1, die lässt dem AWT im Rahmen einer Gesamtstrategie zu, auch kulturelle Angebote im Sinne des Ganzen zu berücksichtigen. Und dann weiter aber, wenn es dann den spezifischen Anlass betrifft, wollen wir schon irgendwie Kriterien haben aus der Wirtschaftsförderung, die dann wirklich auch bemessbar sind. Und ich teile die Auffassung von Herrn Regierungsrat, dass wir nicht die Beurteilung der Güte des Kulturangebotes im AWT machen sollten. Das wäre unserer Meinung nach falsch. Ich meine die Stossrichtung klärt das im Wesentlichen. Sie schliesst nicht aus, dass individuell im Rahmen der Stossrichtung 1 auch noch Platz hätte. Aber im Wesentlichen, glaube ich, müssen wir dem Votum von Herrn Regierungsrat folgen. Er hat meiner Meinung nach zu Recht eine klare Abgrenzung verlangt und die sollten wir auch mit dieser Stossrichtung bekräftigen. Ich ersuche Sie daher, die Stossrichtung gemäss Kommission zu belassen und wir haben dann noch die Möglichkeit, so oder so mal zu schauen, unter welchen Kriterien das AWT Sport oder Kultur gedenkt zu fördern. Es sind ja beide gleichwertig, wird hier dann auch erwähnt.

Standespräsident Campell: Wir stimmen ab. Grossrätin Locher stellt den Antrag bei Stossrichtung Kultur Punkt 2 zu streichen. Wer den Antrag der Kommission unterstützen will, drücke die Taste Plus. Wer den Antrag Locher unterstützen will, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthält, drücke die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben den Antrag der Kommission mit 79 gegen 26 mit 0 Enthaltungen gutgeheissen.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission mit 79 zu 26 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Campell: Ich habe nun die Ehre, eine der schönsten Mitteilungen machen zu dürfen. Wir gratulieren Grossrat Walter von Ballmoos und seiner Frau für die Geburt einer gesunden Tochter, die Lucy heisst. *Applaus.* Eine weitere schöne Mitteilung. Wir gehen in die Pause bis 17.05 Uhr. Darf ich Kommissionspräsident und die PK bitten, kurz hier zu bleiben, damit ich nach der Pause dann sagen kann, bis wann wir heute tagen.

Standespräsident Campell: Bitte nehmen Sie Platz, damit wir weiterfahren können. Wir haben in der PK folgendes beschlossen: Wir tagen heute bis circa 19.00 Uhr. Wenn es per Zufall jetzt sehr schnell vorwärts gehen würde, würden wir früher aufhören. Ich muss Ihnen allen noch einen Tipp geben. Es nützt nichts, dass Sie mir SMS schicken, ich solle schneller oder nicht so lange sprechen, sondern den Betroffenen. Ich darf und schaue nicht länger als zehn Minuten. Alles andere ist nicht

meine Sache. Wir fahren weiter zu Stossrichtung Sport, Punkt 1 Kommissionspräsident.

Stossrichtung Sport (Kapitel VII.7.4.)

• Die Förderung von Sportgrossveranstaltungen fortführen.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Ändern der Stossrichtung wie folgt:

Stärkere gezielte Förderung von Sportgrossveranstaltungen (...).

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Standespräsident Campell: Keine Bemerkung. Punkt 2 Sport. Und hier erteile ich das Wort Grossrat Mario Salis.

Antrag Kommission angenommen.

• Die Durchführung entsprechender Anlässe in Sommersportarten anstreben.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Ergänzen der Stossrichtung wie folgt:

Die Durchführung entsprechender Anlässe in Sommersportarten anstreben, **um die touristische Wertschöpfung zu erhöhen.**

Salis: Aus zeitlichen Gründen überlege ich mir, ob ich dort weiterfahren soll, wo ich aufgehört habe. Aber ich kann Ihnen versichern, ich habe nicht allzu lange. Also wir unterstützen eine stärker gezielte Förderung von Sportgrossveranstaltungen, sei dies nun bei Sommer wie auch bei Wintersportarten. Dabei ist zu beachten, dass nicht im Giesskannenprinzip vorgegangen wird, was heisst, dass nur Projekte gefördert werden sollen, die einen nachhaltigen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Ein weiterer Schwerpunkt muss die Erhöhung der touristischen Wertschöpfung sein. Die Veranstaltungen müssen als so genannte Leuchttürme quantifiziert werden, welche der Region wie auch dem Kanton wie bereits erwähnt Wertschöpfung und Nachhaltigkeit garantieren. Ich erwähne hier z.B. Ski Weltcup-Veranstaltungen, bei welchen eine erhebliche Bruttowertschöpfung in der Region bleibt. Es macht keinen Sinn, und dies meine ich nicht despektierlich, regionale so genannte Kleinveranstaltungen ohne eine gewisse Nachhaltigkeit und Wertschöpfung finanziell zu unterstützen, wobei ich nochmals auf das Giesskannenprinzip hinweisen möchte. Wir unterstützen die Stossrichtung und den Antrag der Kommission.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zu Stossrichtung Sport Punkt 2? Grossrat Michael Pfäffli.

Pfäffli: Ich finde das sehr gut, dass man hier die Stossrichtung, wie sie die Kommission vorschlägt, ergänzt bei den Sommersportarten und auch die touristische Wertschöpfung daran knüpft. Ich möchte einfach plädieren, dass wenn man das macht, dass man nicht Veranstaltungen in der Hochsaison konkurrenziert oder die Hochsaison verstärkt, sondern ein Hauptaugenmerk auf die Vor- und die Nachsaison wirft, weil dann wäre die touristische Wertschöpfung meines Erachtens nach am höchsten.

Standespräsident Campell: Ich sehe keine Wortmeldungen zu Stossrichtung Sport Punkt 2. Wir fahren weiter. Landschaft und Umwelt, Punkt 8, Punkt 1. Kommissionspräsident?

Antrag Kommission angenommen.

Stossrichtung Landschaft und Umwelt (Kapitel VII.8.)

• Projekte in Parks werden im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung unterstützt, wenn die Parks über Alleinstellungsmerkmale verfügen, die Projekte ganzheitliche Wertschöpfungsketten umfassen und Teil einer Gesamtstrategie des funktionalen Wirtschaftsraumes sind.

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Keine Bemerkung. Wir fahren weiter, Stossrichtung Verkehr, Punkt 1. Kommissionspräsident?

Angenommen

Stossrichtung Verkehr (Kapitel VII.9.)

• Die Infrastrukturen für die Erschliessungen auf der Strasse und der Schiene im Kanton sind zu erhalten beziehungsweise bedarfsgerecht zu verbessern und mit den Infrastrukturen zur Erschliessung der inner- und ausserkantonalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grossräume und Zentren abzustimmen.

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Angenommen

• Die Substanzerhaltung sowie der bedürfnisgerechte Aus- und Neubau des Strassennetzes des Kantons sind mit dem vierjährigen Strassenbauprogramm

und der darauf basierenden Finanzplanung zu gewährleisten.

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Epp: Mit den Grundzügen der Stossrichtungen im Bereich Verkehr kann ich mich grundsätzlich einverstanden erklären. Ein paar allgemeine Bemerkungen habe ich dennoch. Es wird künftig und mit der Verzichtung auf die einzelbetriebliche Förderung noch schwieriger, neue Unternehmungen in den peripheren Gebieten anzusiedeln und so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn überhaupt müssen die Regionen heute froh sein, die aktuellen Arbeitsplätze erhalten zu können. Wie kann man diese Entvölkerung beziehungsweise Abwanderung in den peripheren Gebieten entgegensetzen? Wie fördert man die in Zukunft noch immer wirtschaftlich schwachen Zentren in den Regionen? Wie sieht die langfristige Entwicklung in diesen verschiedenen Talschaften aus? Und welche neue, konkrete und innovative Wege können diese gehen um dieser Abwärtsspirale zu entkommen? Übrigens kann ich auch der FDP-Fraktion nahelegen, sich auch mal mit diesen Fragen zu beschäftigen. Wie dem auch sei, eine wichtige Massnahme auf jeden Fall ist und muss die Verkehrserschliessung sein. Sichere und leistungsfähige Verkehrsverbindungen sind eine der grundlegendsten und wichtigsten Voraussetzungen für die Besiedlung und die wirtschaftliche Entwicklung der Talschaften. Welche konkreten und potenziellen Massnahmen sollen nun in diesen peripheren Gebieten gemäss den beschriebenen Stossrichtungen ergriffen werden? Meine Damen und Herren, dies ist aus den Stossrichtungen wirklich nicht sehr einfach auszumachen. Denn in den Verkehrsstossrichtungen fehlt mir der Mut zur wirklichen vertieften Auseinandersetzung mit den Herausforderungen im Verkehr in den verschiedenen Regionen. Ausser, dass die Substanzerhaltung sowie der bedürfnisgerechte Aus- und Neubau des Strassennetzes des Kantons zu gewährleisten sei und das Angebot des öffentlichen Verkehrs zur Erschliessung der inner- und ausserkantonalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grossräume und regionale Zentren bedarfsgerecht auszubauen sei, ist nichts potenziell Konkretes für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen für die nächsten Jahre zu lesen. Ich hätte mir mehr Pioniergeist, mehr Konkretes, mehr Mut gewünscht. Mut auch heisse Eisen anzufassen und zu diskutieren. Potenzielle Lösungsansätze in den Stossrichtungen zu differieren wie z.B. eine Prüfung einer Anbindung Graubündens beziehungsweise der Region Surselva an die Gotthardachse und die Verbindung Richtung Zentralschweiz, dem Mittelland oder Zürich Flughafen beziehungsweise Richtung Tessin Norditalien zu verbessern beziehungsweise auszubauen. Um dadurch z.B. eine Aufwertung der wichtigen Ost-West-Verbindung Wallis, Uri, Graubünden zu erreichen. Oder um in den Regionen mit heute schon langfristigen Planungen und Massnahmen der rasanten Entwicklung der internationalen Eisenbahngeografie nicht den Anschluss zu verpassen. Die regionalen Zentren müssen

künftig massiv besser erschlossen werden. Das braucht Mut. Analog dem Vereina, welchem konkret potenzieller Aufschwung zur Bedeutung und eine Stoppung der Bevölkerung zur Folge hatte. Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, das war Mut, das war Pioniergeist, das war Innovation und das war langfristiges Denken. Ich stelle heute keine Anträge, erlaube mir in Zukunft jedoch Aufträge so einzureichen, dass die Stossrichtung im Verkehr für die peripheren Gebiete konkretisiert werden können und hoffe dann auf Ihre Unterstützung, um den Regionen die grosse Bedeutung des Verkehrs, der Verkehrsverbindungen wieder zu geben. Impurtontas colli-giazions da traffic ein d'enorma impurtonza per nossas regiuns muntagnardas el cantun. Igl exempel dil Vereina illustrescha quei excellentamein. Wir müssen den ständigen Worten, die Regionen nicht fallen lassen zu wollen, auch Taten folgen lassen. Denn Stillstand in den Regionen ist ein Rückschritt für den Kanton. In diesem Sinne haben wir den Mut, benutzen wir inskünftig die Chance der Verkehrserschliessungen für eine bessere Zukunft unserer Regionen.

Standespräsident Campell: Wir sind beim Verkehr Punkt 1. Wir machen weiter. Punkt 2. Kommissionspräsident.

Marti; Kommissionspräsident: Ja nur eine kurze Bemerkung an Grossrat Epp. Die Erarbeitung des Wirtschaftsberichts wurde federführend pro Departement vollzogen. Also jeder Departementschef konnte in seinem Bereich die entsprechenden Schwerpunkte einbringen und wurde durch die Regierung genehmigt und die Kommission hat sie dann entsprechend geprüft. Vielleicht halten Sie Ihr Votum mal CVP-intern an die Adresse Ihres Regierungsrates. Von ihm kommen nämlich diese Vorschläge.

Regierungsrat Trachsel: Gut, ich meine, Verkehr gehört wahrscheinlich zu den Gebieten, wo wir am meisten diskutieren in diesem Rat und das ist auch in diesem Kanton verständlich. Es ist ja auch so, dass wir mehr als doppelt so viel Geld, kantonale Mittel, für den Verkehr ausgeben, als der Durchschnitt der Schweiz. Man muss einfach. Wenn Sie den Oberalpdurchstich anschauen, dann sprechen Sie über den drittlängsten Strassentunnel der Schweiz, hat mein Kollege hier vor kurzem einmal gesagt. Darum ist es mir im Kopf geblieben. Und die Wahrscheinlichkeit, dass wir den alleine finanzieren können, ist relativ klein. Und die Wahrscheinlichkeit, dass Sie beim Bund Geld kriegen für den drittlängsten Tunnel von der Surselva in den Kanton Uri, das müssen Sie in Bern probieren. Aber ich würde die Chance auch nicht als allzu gross einschätzen. Und darum hat es in diesem Bericht, wo wir uns ja mit den Sachen beschäftigen, die umsetzbar sind und zwar in nächster Zeit, hat es auch kein grossen Sinn gehabt, solche Projekte, die man irgendwo vielleicht Generationen später als möglich erachtet, hier aufzunehmen. Weil dann würde man sich etwas vormachen, was sicher nicht stimmt. Und das war sicher der Grund, wieso das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement, hier nicht auf solche Projekte eingegangen ist.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter mit dem Punkt 3. Kommissionspräsident?

Angenommen

• **Das Angebot des öffentlichen Verkehrs per Eisenbahn (SBB, RhB, MGB) beziehungsweise per Postauto und Bus zur Erschliessung der inner- und ausserkantonalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grossräume und der regionalen Zentren ist bedarfsgerecht auszubauen beziehungsweise anzubieten.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Im Plenum? Wir fahren, Robert Heinz, Sie haben das Wort.

Heinz: Dieser Abschnitt ist für mich etwas kritisch ausgelegt. Also einerseits bin ich mir nicht ganz sicher, ob irgendwie dann der ÖV noch zu unseren regionalen Zentren fährt und von dort aus gehen wir dann zu Fuss weitergehen müssen. Ich hatte mit meiner Ratskollegin Monika Lorez eine Diskussion. Sie hat es ein bisschen anders verstanden. Ich habe es verstanden, eben bis zu den Zentren und dann schaut selbst, wie ihr weiter kommt und sie meint, der ÖV würde noch ein bisschen weitergehen. Also dass wir dann am Abend trotzdem noch in unsere Täler zurückkehren könnten. Wir wissen ja alle, unsere Bahnen, gerade die RhB, ist ja eine schöne, heilige Kuh und für die schauen wir ja alle sehr gut. Und die Postautolinie, unser Tütato, die werden immer ein bisschen in den Rückstand gedrängt. Ich erlaube mir jetzt eine Frage an Herrn Regierungsrat oder an den Kommissionspräsidenten, wie sehen Sie das? Wird der ÖV, wenn man das eins zu eins umsetzen wird, auch in Zukunft noch in unsere Täler fahren, wo wir keine Bahnverbindung haben? Sollte Ihre Antwort zufriedenstellend für mich ausfallen, stelle ich keinen Antrag und sonst würde ich einen Antrag stellen, die Stossrichtung etwas anzupassen.

Regierungsrat Trachsel: Ja, ich glaube, entscheidend ist, dass wir, wenn wir dann von den Regionalzentren oder von den noch peripheren Räumen nach Aussen denken, dann sprechen wir nicht mehr über die RhB. Dann sprechen wir über das Postauto. Allenfalls über Fernbus in Zukunft. Und ich glaube dort ist zentral bedarfsgerecht. Wenn ein Bedürfnis da ist, bin ich überzeugt, werden diese Linien geführt. Sie sind auch anderweitig festgelegt in der Gesetzgebung mit dem Bund. Was der Bund mitfinanziert bei uns, da hat es sehr klare Kriterien und ich kann Ihnen eigentlich nur einen Tipp geben: Wenn Sie wollen, dass der ÖV ausgebaut wird, benützen Sie ihn. Aber wenn Sie selber mit dem Privatauto fahren und nebensächlich das Postauto leer fährt, dann ist das schon eine Frage, ob wir das noch finanzieren dürfen. Darum sage ich, bedarfsgerecht heisst, wenn es benützt wird, wenn ein Bedarf da ist, wird er auch weiterhin drin blei-

ben. Da ist die Gesetzgebung klar. Das steht in den Spezialgesetzen. Aber hier im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung ist es natürlich nicht so, dass der ÖV eigentlich massgebend ist. Wenn wir natürlich schauen, was in der Peripherie wirtschaftlich läuft, dann läuft sehr viel über den Privatverkehr. Und dann ist es der Ausbau der Strassen. Und morgen ist mein letzter Tag. Ich habe auf dem Stuhl von Peter Peyer vor 30 Jahren angefangen. Wenn ich schaue, was in diesen 30 Jahren im Verkehr gelaufen ist, meine Damen und Herren, das ist eine enorme Leistung, die der Kanton Graubünden vollbracht hat. Also, wenn wir heute nicht feststellen würden, dass wir eigentlich, sicher mit Ausnahmen, ein gutes Strassennetz haben, dann bin ich der Meinung, dann müsste man schon ein bisschen zurückschauen und schauen, wie es früher war. Also, ich glaube, das ist eine der ganz grossen Leistungen dieses Kantons, dass er heute die Peripherie eigentlich auch mit dem Strassenbau gut erschlossen hat. Denken Sie an Mutten, denken Sie an andere Strassen. Da hat der Kanton für einen kleinen Teil der Bevölkerung eine enorme Leistung erbracht. Wir können auch andere Seitentäler erwähnen. Darum, ich glaube um das wird es gehen. Auch Avers ist eigentlich heute mit der Strasse gut erschlossen. Und wenn Sie das Postauto benützen, dann ist der Bedarf gegeben. Und wenn Sie eben mit dem PW fahren, dann ist er nicht gegeben. Aber wenn Sie das rein wirtschaftlich anschauen, Grossrat Heinz, würde man feststellen, ohne jetzt es genau zu prüfen und ohne hier der zuständige Regierungsrat zu sein, die Wirtschaft im Avers findet mit dem Lastwagen und mit dem PW statt. Nicht mit dem Bus.

Heinz: Herr Regierungsrat, ich danke für die Auskunft. Also gut, die Strasse ist das eine. Da sind wir dem Kanton natürlich sehr dankbar, was er in den letzten Jahren in unserer Strassenverbindung, das ist auch der Lebensnerv von unserem Tal, investiert hat. Da sind wir sehr, sehr dankbar. Aber ich wollte einfach die Frage geklärt haben, ich meine es ist heute schon so, wir sind ja froh, dass der ÖV fährt. Und wir transportieren unsere Schulkinder möglichst mit dem ÖV. Da schauen wir ja immer wieder. Leider haben wir so ein ab und zu etwas unglückliches Schulgesetz, dass die Schulstunden sich nicht gerade immer mit dem ÖV verbinden lassen. Aber mit gutem Willen, und die Regierung kann ja Ausnahmen bewilligen, haben wir es bis jetzt geschafft. Aber mir ist wichtig, dass in Zukunft, auch touristisch gesehen, immer noch etwa ein zwei Postauto in unsere Täler fahren. Somit Regierungsrat Trachsel verzichte ich jetzt auf eine Stossrichtungsänderung, wenn Sie sagen, wie haben Sie vorhin gesagt, mein letzter grösserer Aufstand hier oder grössere Sitzung, wo ich euch noch was zu erklären habe. Ganz herzlichen Dank für die Beantwortung der Frage.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter, Stossrichtung Verkehr, Punkt 4. Kommissionspräsident?

Angenommen

- **Beim Schienenverkehr ist die Mitfinanzierung des Bundes bei den notwendigen Investitionen im Bereich des Rollmaterials, des Angebotsausbaus und der Infrastrukturen langfristig mit der kantonalen Finanzierung abzustimmen und entsprechend sicherzustellen.**

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zum Punkt 10 Energie. Entschuldigung Grossrat Heiz Karl.

Heiz: Nein, es war mein Fehler, ich will zum Punkt 10 etwas sagen

Standespräsident Campell: Ist dies bei Grossrat Pfenninger auch bei Punkt 10. Dann seid Ihr sehr schnell. Wir kommen zur Energie. Kommissionspräsident?

Angenommen

Stossrichtung Energie (Kapitel VII.10.)

- **Die im Strombericht der Regierung aufgeführten Handlungsmöglichkeiten sind in Beachtung der Erklärungen des Grossen Rates zu vertiefen und aufgrund der festgelegten Prioritäten umzusetzen.**

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Heiz: Ich finde diese Stossrichtung gut und richtig aber nicht ganz komplett. Wenn man von Energie spricht, dann sollte man nicht nur von Strom sprechen. Strom ist ja nur circa ein Viertel der Energie. Und die anderen drei Viertel sind auch wichtig und haben auch mit Wirtschaftsförderung ab und zu etwas zu tun. Man hätte z.B. auch sich mit einem Verweis auf das sehr gute Bündnerische Energiegesetz begnügen können. Aber wenigstens erwähnt sollte es werden.

Pfenninger: Es freut mich ausserordentlich, dass ich für einmal hundertprozentig der Ansicht von Grossratskollege Heiz bin. Ich möchte aber noch einige Erläuterungen dazu geben. Auch ich finde die einseitige, sage ich mal, einseitige Ausrichtung unter dem Titel Energie alleine auf die Wasserkraft nicht stimmig. Energie ist eine Schlüsseltechnologie für die zukünftige Entwicklung auch für Graubünden. Die Energie in einem weiteren Sinn kommt meiner Meinung nach im Bericht definitiv zu kurz. Energieproduktion, Effizienz, Gebäudesanierungen, neue Technologien bei Steuerung und Speicherung oder auch Neuentwicklungen bei der Mobilität bergen Chancen, speziell auch für Graubünden. Ich stelle einfach fest, dass bezüglich Wirtschaftsentwicklung,

Wirtschaftsförderung speziell für die Randregionen allgemein eine mittlere Ratlosigkeit herrscht. Die gestrige Eintretensdebatte hat dies eindrücklich gezeigt. Ich masse mir nicht an, das Rezept präsentieren zu können. Ich hoffe aber, dass Graubünden die dynamische Entwicklung im Bereich der Energietechnologien nicht verpasst. Es wäre jammerschade, wenn Graubünden seine gute Ausgangslage, die eben gerade auch in den Randregionen greifen kann, nicht nutzen würde. Es trifft zu, dass wir schon einiges machen und auch die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen bestehen. Herr Heiz hat darauf hingewiesen. Die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und die Möglichkeiten offensiv anpacken, sind aber eine zentrale Herausforderung. Wir müssen das packen. Es ist für Graubünden zentral wichtig. Ich stelle hier aber keinen Antrag. Es war mir aber wichtig, diesen Hinweis noch zu platzieren.

Dudli: Die Kommission war hier auch in einem Zwiespalt. Wir haben einen Energiebericht vor einem Jahr diskutiert, über einen Tag, sehr, sehr lange. Dort haben wir alle Stossrichtungen und wohin wollen wir, alles geklärt. Das ist alles festgelegt. Sonst könnte man sagen, diese Stossrichtung Energie, wenn der Bericht nicht da wäre, könnte man sagen, das ist ein bisschen mager. Aber das Problem ist jetzt, wollen wir den Energiebericht nochmals hier auflisten alles oder lassen wir das Ganze weg. Oder, das ist die Krux und ich meine, dieser Rat hat anderthalb Tage fast diskutiert über den Energiebericht. Und dort haben wir weiss Gott was alles festgehalten. Und ich meine, der gilt. Und sonst müssten wir ja wieder anfangen zu korrigieren. Ich verstehe Kollege Heiz, wenn er hier sagt, das gehört auch dazu. Ich möchte nur sagen, wo das Problem liegt oder wo es schon abgehandelt ist. Im Energiebericht haben wir viel gesagt, wohin, was es ist.

Heiz: Nur eine kurze Bemerkung. Es war eben kein Energiebericht, sondern ein Strombericht.

Regierungsrat Trachsel: Ich glaube, hier sprechen Sie ein grundsätzliches Problem jedes Berichtes an. Wie weit geht man ins Detail? Oder wenn ich jetzt, ich bin mir bewusst, ich vereinfache. Ich nehme ein Wort heraus von Grossrat Pfenninger, die Speichermöglichkeit. Je nachdem welche Gedanken ich mir mache, habe ich ein schlechtes Gefühl oder ein gutes. Wenn die Speichermöglichkeiten immer noch bei den Stauseen in 20 Jahren rein wirtschaftlich gesehen, dann geht es mir ein bisschen besser, als wenn ich daran denke, es kommen neue Technologien und wir speichern über die Gasleitungen. Dann macht es mir ein bisschen mehr Bauchweh. Aber wir sind hier in einem Bereich, der sich sehr dynamisch entwickelt. Da bin ich mit Ihnen einverstanden. Aber es wäre sehr wahrscheinlich schwierig gewesen, nach dem Strombericht und nach der Energiegesetzdiskussion hier einfach nochmals etwas hineinzuschreiben, das grundsätzlich anders ist. Wohlwissend, dass in diesem Bereich enorm viel Dynamik drin ist. Also das wissen wir ja alle. Also wenn wir eben unseren wichtigsten Bereich anschauen, von dem die Peripherie nicht zuletzt bei den Steuereinnahmen enorm abhängt, dann ist in den letzten

fünf, sechs Jahren enorm viel passiert. Was uns am meisten beschäftigt, es waren nicht die Marktkräfte hauptsächlich, die dies verändert haben, sondern die politischen Kräfte. Und das macht das Ganze so unberechenbar. Bei den Marktkräften können Sie noch gewisse Prognosen wagen, dass sich das ändert oder wenn die Wirtschaft wieder wächst. Aber bei den politischen Entscheiden ist eine Prognose wirklich Kaffeesatzlesen. Und das war letztlich auch in der Regierung der Grund, wieso wir in diesem Bereich gesagt haben, wir wissen nicht, was wir hier fundiert neu schreiben können. Und darum haben wir uns auf das beschränkt.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zur Energie? Nicht der Fall. Fahren wir weiter Punkt 11 Wald und Holz. Punkt 11.1 Kommissionspräsident?

Angenommen

Stossrichtung Wald und Holz (Kapitel VII.11.)

- **Die Strukturen und Rahmenbedingungen der Waldwirtschaft sowie die Rahmenbedingungen zugunsten der verschiedenen Unternehmen in der Holzwirtschaft sind weiter zu verbessern.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Auch hier keine Bemerkungen.

Sax: Wir haben unter dem Titel Wald und Holz drei Stossrichtungen, die hier aufgeführt sind und wir haben diese zu diskutieren. Zwei sind aufgeführt unter dem Kapitel Strukturpolitik, eine unter dem Teil Ordnungspolitik. Damit wir die Holzwirtschaft effektiv weiterentwickeln können, sollen gemäss der ersten Stossrichtung, über die wir jetzt diskutieren, die Strukturen und Rahmenbedingungen der Waldwirtschaft verbessert werden. Eine wichtige Rahmenbedingung für die Waldwirtschaft ist dabei die Erschliessung unserer Wälder. Diese Thematik wurde bereits im Bericht Rundholzmarkt Graubünden erkannt. Projekte von Gemeinden sind denn auch für forstliche Erschliessungen erarbeitet worden, sie sind vorhanden. Und sie sind auch weiterhin aktiv zu unterstützen im Genehmigungsprozess durch den Kanton und auch in der finanziellen Unterstützung. Dafür haben wir ja auch entsprechende Mittel im Budget. Wie bei allen anderen Sektoralpolitiken sind wir auch hier sicher weiterhin gefordert, diese Mittel auch weiterhin im Budget des AWN zur Verfügung zu stellen. Heute haben wir eigentlich mehr Projekte von Gemeinden, die vorhanden wären, aber die warten müssen, bis die entsprechenden Unterstützungen letztlich zur Verfügung gestellt werden über die Projektfinanzierung des AWN. Ich möchte mit meinem Votum diese Stossrichtung, die Struktur- und Rahmenbedingungen der Waldwirtschaft zu verbessern, klar unterstützen und auch diese wichtige Massnahme, welche im Rundholzmarktbericht Graubünden erwähnt und erkannt worden ist, dass auch diese tatsächlich wei-

terhin umfassend umgesetzt werden kann. Und ich möchte es gleich eigentlich haben, ohne dass ich jetzt hier einen Antrag stelle, dass nicht nur bei der dritten Stossrichtung eigentlich auf den Rundholzmarktbericht abgestellt wird, sondern dass man auch bei den Strukturen und Rahmenbedingungen die Erkenntnisse aus diesem Rundholzmarktbericht weiterhin berücksichtigt, was ich denke, was auch der Fall ist, wenn diese Mittel weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

Standespräsident Campell: Wir sind bei Wald und Holz Punkt 1. Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zu Punkt 11.2. Grossrat Vetsch Walter.

Angenommen

- **Durch Bildung grösserer Einheiten sind die heutigen Forstbetriebe unter Einbezug der Gemeinden weiter zu reduzieren.**

Vetsch (Pragg-Jenaz): Ich möchte hier bei dieser Stossrichtung Punkt 2 einen Zusatzsatz anfügen: Durch Bildung grösserer Einheiten sind die heutigen Forstbetriebe unter Einbezug der Gemeinden weiter zu reduzieren. Anschliessend möchte ich die Verlängerung machen, sowie die Strukturen vorgelagerter Stellen zu überprüfen. Der Grund, wieso ich diesen Satz verlängern möchte mit diesem Hinweis liegt darin, dass wir ja neben diesen 106 Förster, oder 105 Förster zur Zeit, eine übergelagerte Struktur an Führungskräften haben, die angepasst an diese Zahl Förster vorhanden sind. Wir wissen, dass durch die Reduktion der Forstbetriebe die Försterzahl abnimmt. Wenn wir anschauen, was die Förster leisten als Förster, so muss man sagen, sie haben ungefähr eine Leistung zu erbringen von 35 Förstern. Wir haben aber 106. Das heisst natürlich nicht, dass die Förster nur ein Drittel Leistung erbringen und sonst machen sie nichts. Sondern sie arbeiten natürlich für Gemeinden in verschiedenen Bereichen und gehen ihrer Tätigkeit ordentlich nach. Aber sie können ihren angestammten Beruf nicht ausüben. Wenn wir nun die Forstbetriebe, und das wird ohne weiteres voraussehbar sein, zusammen mit der Reduktion der Gemeinden reduzieren, dann kommen wir an einen Punkt, wo wir natürlich vielleicht noch etwa 40, 50 Förster haben. Es ist augenfällig, dass wir dann die Strukturen, die übergelagerten Führungsstrukturen anpassen müssen. Ich hätte sehr gerne, wenn wir diesen Anhang anbringen können, damit wir später die Gewissheit haben, dass die Anpassung erfolgt.

Antrag Vetsch (Pragg-Jenaz)

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Die Erklärung gemäss Botschaft sei wie folgt zu ergänzen:

- **Durch Bildung grösserer Einheiten sind die heutigen Forstbetriebe unter Einbezug der Gemeinden weiter zu reduzieren sowie die Strukturen vorgelagerter Stellen zu überprüfen.**

Marti; Kommissionspräsident: Hier sind ja auch Arbeiten betroffen, die direkt in die Kompetenz der Regierung

fallen. Ich glaube, Herr Regierungsrat müsste dazu vorweg Stellung nehmen.

Regierungsrat Trachsel: Gut, eben, es ist natürlich nicht mein Departement. Ich kenne es natürlich nur aus der Tätigkeit der Regierung. Ich kann Ihnen einfach so sagen: Das Amt für Wald akzeptiert, dass es auch ständig seine Strukturen überprüfen muss. Ich glaube, das ist eine Selbstverständlichkeit. Sie sehen auch, dass Sie dort gewisse Abbauten mittelfristig machen können. Dass Sie aber den Bereich Naturgefahren sehr wahrscheinlich parallel ausbauen müssen. Das ist die Antwort. Ich habe gewusst, dass in der FDP diese Frage diskutiert wurde. Darum habe ich mich rückversichert im Amt für Wald. Das war die Antwort, die ich vom Amtsleiter bekommen habe.

Marti; Kommissionspräsident: Nun, so wie ich diesen Zusatz interpretiere, geht es um eine Überprüfung, wo sämtliche Entscheide, wie sie auch immer dann gefällt werden, offen bleiben. Insofern würde ich mal sagen, auch um die Abwesenheit von Regierungsrat Cavigelli zu respektieren, wenn es nur um eine Überprüfungsfrage geht, würde ich als Kommissionspräsident sagen, könnte man diese jetzt aufnehmen. Wenn mehr gefordert werden würde, würde ich es bekämpfen. Aber eine Überprüfung als solches, glaube ich, ist wahrscheinlich auch richtig, dass man das nochmals anschaut. Wenn es wirklich weniger Forstbetriebe gibt, ob dann die vorgelagerten Stellen nicht auch angepasst werden müssen. Oder allenfalls wie Regierungsrat Trachsel gesagt hat, vielleicht umgelagert werden müssen. Aber das wäre dann eine andere Frage, die auch in die Überprüfung hineinspielen könnte.

Standespräsident Campell: Ich stelle fest, der Antrag Vetsch wird nicht bestritten. Weitere Wortmeldungen? Grossrat Peter Peyer.

Peyer: Ich will nicht verlängern. Aber ich frage mich schon, was Grossrat Vetsch beantragt, hat vielleicht seine Berechtigung. Die Frage ist einfach, ob das hier die richtige Flughöhe ist, wenn wir Stossrichtungen definieren, anregen, gewisse Strukturen in einem bestimmten kleinen Teil der Verwaltung zu überprüfen. Da habe ich ein bisschen einfach meine Zweifel. Ohne jetzt beurteilen zu können, ob diese Überprüfung richtig und sinnvoll ist.

Vetsch (Pragg-Jenaz): Ja, ich bin mit Ihnen einverstanden, Herr Peyer, im Grundsatz. Allerdings bin ich ein wenig ein gebranntes Kind. Als wir damals die Gesetzesrevision machten für den Wald, habe ich versucht, eine Veränderung in dieser Struktur herbeizuführen. Und der Widerstand war relativ gross und massiv. Ich habe dann zugestanden bekommen, dass man das Problem erkannt hat und man würde Anpassungen machen. Mittlerweile sind zwei Jahre verstrichen und wir haben, ich kann es nicht genau sagen, aber immer noch deutlich über 100 Förster. Obwohl sie eine Leistung von ungefähr 35 bis 40 abarbeiten zu haben. Deshalb finde ich den Hinweis

angebracht, um sicherzustellen, dass die Angelegenheit jeweils überprüft wird.

Marti; Kommissionspräsident: Ich möchte vielleicht den Antragsteller anfragen, ob er nicht bereit wäre, das in einem separaten Auftrag anzugehen und hier im Sinne auch der Konsequenz darauf verzichten, diesen Antrag zu stellen. Es sind vielleicht verschiedene Fragen damit verknüpft, die die Regierung in einer Anfrage oder in einem Auftrag dann auch beantworten kann und wäre wahrscheinlich in dieser Frage jetzt auch zielführender. Also es ist sehr zurückhaltend formuliert mit überprüfen. Aber es sind vielleicht doch noch mehr Fragen damit verknüpft. Und dann noch einen generellen Hinweis. Wir haben natürlich noch in den Stossrichtungen, dass die Regierung aufgefordert wird, generell die Strukturen zu überprüfen und zu vereinfachen. Das haben wir in einer Stossrichtung aufgenommen. Man könnte es auch dort subsumieren mit einer Protokollerklärung, womit dann der Hinweis auch platziert wäre. Grossrat Vetsch, vielleicht darf ich Sie anfragen, ob Sie diesen Weg nicht auch einschlagen könnten?

Vetsch (Pragg-Jenaz): Kann ich. Mache ich so.

Standespräsident Campell: Somit wird der Antrag Vetsch nicht zur Abstimmung kommen. Weitere Wortmeldungen zu Punkt 11.2? Nicht der Fall. Wir fahren fort beim Punkt 3. Kommissionspräsident?

Der Antrag Vetsch (Pragg-Jenaz) wird zurückgezogen.

Angenommen

• Die Stossrichtung auf Basis des Berichts Rundholzmarkt Graubünden ist konsequent umzusetzen. Namentlich ist die Realisierung eines auf dem Markt konkurrenzfähigen Holzindustriebetriebs für den Rundholzeinschnitt als Basis für eine verstärkte Wertschöpfung aus der Holzketten im Kanton zu unterstützen.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ändern der Stossrichtung wie folgt:

Die Stossrichtung auf Basis des Berichts Rundholzmarkt Graubünden ist konsequent umzusetzen. Namentlich ist die Realisierung eines auf dem Markt konkurrenzfähigen Holzindustriebetriebs für den Rundholzeinschnitt als Basis für eine verstärkte Wertschöpfung aus der Holzketten im Kanton **voranzutreiben und zu fördern.**

Marti; Kommissionspräsident: Wir sind beim Rundholzeinschnitt auch in der Kommission angelangt, in der die ganzen Strukturfragen des Waldes und der Verarbeitung vor Ort zum wiederholten Male dann auch diskutiert wurden. Die Kommission hat sich aber der Meinung der Regierung angeschlossen, dass sie die Auffassung vertritt, wenn immer möglich, sollten die Arbeiten irgendwie in Graubünden erfolgen. Also es gibt möglicherweise Überkapazitäten in Europa. Das soll uns jedoch

nicht davor hindern zu überprüfen, ob nicht diese Arbeiten in Graubünden durchgeführt werden können. Wir verlieren im Holz erwiesenermassen Wertschöpfung, weil die ganzen Arbeitsschritte nicht im Kanton durchgeführt werden. Und aus diesem Grund sieht die Kommission durchaus die Berechtigung gegeben, zu versuchen, wenn irgendwie möglich, natürlich nicht mit einem enormen Kostenaufwand etc. Sie kennen diese Diskussion, den Rundholzeinschnitt im Kanton zu organisieren. Inwieweit dann das umgesetzt werden könnte, wäre wahrscheinlich dann noch eine ganz vertiefte Diskussion wert. Die Kommission möchte es heute nicht verhindern und beantragt Ihnen deshalb in diesem Sinne, wie im Protokoll festgehalten, auch vorzugehen.

Kappeler: Eine Frage habe ich an den Kommissionspräsidenten. Also, ich verstehe konkret den Text der Stossrichtung gemäss Botschaft, wonach die Realisierung eines Holzindustriebetriebs zu unterstützen ist. Wenn man nun den Vorschlag der Kommission anschaut, da heisst es, es ist die Realisierung eines Holzindustriebetriebs voranzutreiben. Ist da die Meinung, dass der Kanton womöglich selbst das an die Hand nimmt und selbst einen solchen Betrieb in seine Hände nimmt?

Kasper: Ich stelle einen Antrag und zwar folgenden: Im Vorschlag steht eines auf dem Markt konkurrenzfähigen Holzindustriebetriebes für den Rundholzeinschnitt. Mein Antrag: „ist die Realisierung auf dem Markt konkurrenzfähige Holzindustriebetriebe für den Rundholzeinschnitt“. Man sollte sich nicht nur auf einen Betrieb konzentrieren, sondern die Anzahl der Betriebe offen lassen. Das ist mein Antrag.

Marti; Kommissionspräsident: Ich versuche, die Frage von Ratskollege Kappeler zu beantworten. Im Kommissionsantrag steht, die verstärkte Wertschöpfung aus der Holzketten im Kanton voranzutreiben und zu fördern. Es gibt verschiedene Teilaspekte in der Wertschöpfung der Holzketten. Es ist nicht die Meinung, dass der Kanton selber diese ganze Wertschöpfungskette selber macht sondern mit Unternehmung zusammenarbeitet und die Voraussetzung dazu schafft, dass diese Unternehmungen näher aneinander rücken können und die verschiedenen Teilarbeiten der Holzverarbeitung vom Schlag bis zur Verarbeitung dann eben Hand in Hand organisiert werden könnten.

Bleiker: Eine kleine Bemerkung zum Vorschlag von Kollege Kasper. Wir haben gestern das Unwort des Jahres kreiert. Verzichtsplanning. Und heute wollen wir mehrere Betriebe über den ganzen Kanton verteilt ansiedeln. Habe ich das richtig verstanden?

Regierungsrat Trachsel: Ja, gut in der Sägereiwirtschaft kenne ich mich ja ein bisschen aus, auch wenn ich nicht der zuständige Regierungsrat bin. Beide Seiten haben Recht. Aber ich glaube, hier ist entscheidend, und es steht auch genauso drin, Holzindustriebetrieb. Wir werden in Graubünden weiterhin Spezialitätensägereien haben, die auf Bestellung ganz bestimmte Holzprodukte liefern. Die werden dezentral über den Kanton verteilt

sein. Wenn wir aber von dem sprechen, was hier die Meinung ist, ähnlich wie Ems, in welcher Grössenordnung ist bewusst offengelassen, weil in der Zwischenzeit die Sägetechnik auch geändert hat, dann sprechen wir vom industriellen Holzbetrieb, wo Bretter gesägt werden, die für die verleimte Holzproduktion verwendet werden. In der Zwischenzeit werden in Österreich achtstöckige Häuser in Elementbauweise gebaut. Wenn in Graubünden kein solches Sägewerk mehr entsteht, dann wird es in der Schweiz keines mehr geben. Weil ich glaube nicht, dass es allzu viele Möglichkeiten gibt für ein solches Werk. Einfach rein wenn Sie sehen, wo der Rohstoff steht. Und dann wird wie jetzt das Rundholz nach Österreich und Süddeutschland gehen. Dann wird die Verarbeitung dort stattfinden. Weil es kann mir niemand erklären, dass die Bretter dann zurücktransportiert werden und in einem Land, das höhere Wohnkosten hat als Süddeutschland und Österreich, dass dann die Verleimung und die Elementverarbeitung bei uns stattfindet, sondern dann werden die fertigen Elemente in die Schweiz kommen. Und jetzt bin ich ein bisschen Prophet weil es mit Wirtschaft und nicht mit Politik zu tun hat. Am Anfang werden wir die Häuser noch selber montieren. Dann werden die Süddeutschen oder die Österreicher die Häuser montieren. Und ein bisschen später wird der Innenausbau mitkommen.

Wieso wage ich diese Prognose? Der verleimte Holzbau ist sehr wahrscheinlich einer der wenigen Baubereiche, den Sie industrialisieren können. Ich komme aus der Baubranche. Früher haben wir Elementbauten in Beton und Bachsteinbau probiert. Göhner-Bauten als Beispiel wurden ja aufgegeben. Das Normhaus hat sich in der Schweiz nie durchgesetzt im Gegensatz vielleicht zu Deutschland. Aber ich bin überzeugt, wenn ich sehe, wie die Entwicklung im Holzbau ist, im verleimten Holzbau, dass sich dieser industrialisierte Bau durchsetzen wird. Das ist auch die Meinung meines Kollegen Mario Cavigelli. Und es ist, natürlich, es ist nicht ein Problem, wenn das bei uns nicht mehr stattfindet. Aber wir werden dann einfach diese Arbeitsplätze nicht bei uns haben. Wir haben auch andere Produkte, die wir aus dem Ausland importieren. Das gehört zur Arbeitsteilung heute in einem offenen Markt. Aber wenn ich sehe, welche Entwicklung der verleimte Holzbau, der Elementholzbau, macht, da muss ich sagen, das ist eine Möglichkeit, die wir haben. Und das war auch der Grund, wieso die Regierung gesagt hat, wir müssen hier am Ball bleiben. Und es wird irgendwann einen Entscheid brauchen, wollen wir mitmachen oder nicht und zu welchen Bedingungen. Heute können wir nicht entscheiden. Aber es geht ja hier darum, aufzuzeigen, dass hier ein wirtschaftlich doch beträchtliches Potenzial vorhanden ist. Das ist eigentlich die Meinung. Das heisst aber nicht, dass die Sägereien, die peripheren, die eben auf Bestellung ganz bestimmte Holzsorten sägen, also ich denke hier an Kanthölzer usw., dass die nicht weiter existieren werden. Ich bin auch überzeugt, dass es im Möbelbau usw. spezialisierte Sägereien weiter geben wird. Weil es ist ein anderer Wirtschaftszweig. Der Rohstoff ist der gleiche. Aber es ist ein anderer Wirtschaftszweig. Herr Kasper, wenn Sie das Gleiche meinen wie ich, dann habe ich kein Problem. Wenn Sie aber glauben, dass Sie Sägerei-

en, die Bretter sagen, dezentral in Graubünden machen wollen, dann muss ich sagen, dann wird das Modell nicht erfolgreich sein. Weil das ist heute ein Produkt, das Sie industrialisieren können. Das Werk in Domat/Ems haben Sie gesehen, oder? Was dort dann an Kapazitäten mit relativ bescheidenen Lohnkosten aber sehr hohen Investitionskosten verarbeiten werden kann. Und wenn Sie normale Marktsituationen haben in Österreich und Süddeutschland wird das in dem Sinne weitergehen.

Kasper: Also ich meine nicht, dass wir in jedem Tal und in jedem Kaff eine Sägerei bauen müssen, überhaupt nicht. Aber es stellt sich natürlich schon die Frage, wollen wir uns auf ein Werk konzentrieren oder wollen wir da die Möglichkeit geben, auch ein zweites Werk zu machen. Das ist eigentlich die Grundfrage. Aber ich persönlich meine, dass es auch zwei Werke verträgt. Nicht, aber wenn wir hier einschreiben, ein Holzindustriebetrieb, dann ist das für mich zu wenig offen. Vielleicht gibt es zwei, die sich sehr gut ergänzen oder vertragen. Deswegen die kleine Änderung. Also auf keinen Fall, dass wir überall eine Sägerei bauen, die sowieso nicht rentiert, das ist klar. Und aber der Markt ist natürlich wegen dem eine Sägerei sehr gross ist, muss sie noch lange nicht rentieren. Es gibt aber gewisse Grössen, wo vielleicht möglicherweise in der Zukunft besser funktionieren. Das Beispiel in Fideris wäre ja genau dazu hervorragend gewesen. Dieses Werk hätte in der Grösse genau gepasst und es hätte auch in Ems noch ein Werk gebraucht. Das ist eigentlich deswegen diese kleine Ergänzung.

Marti; Kommissionspräsident: Wenn man die Ausführungen des Herrn Regierungsrat gehört hat, dann hätte eigentlich die Kommission schreiben müssen, mindestens eines. Weil ich glaube schon, dass das schwer genug ist zu erreichen. Und wenn Ratskollege Kasper mehrere fordert und sich das dann vom Markt her realisieren lassen könnte und würde, dann wäre ja wohl niemand dagegen. Aber bleiben wir vielleicht nach den Ausführungen von Herrn Regierungsrat realistisch. Also wenn es überhaupt so gelingt, wie dargelegt, dass es in Graubünden stattfindet, dann haben wir schon sehr viel erreicht. Und deshalb beantrage ich Ihnen, die Version der Kommission zu übernehmen.

Standespräsident Campell: Wir stimmen ab. Wir haben den Antrag der Kommission und den Antrag von Grossrat Kasper, der eine ganz kleine Änderung will aber die viel aussagt. Konkurrenzfähigen Holzindustriebetriebs, steht jetzt, und Herr Kasper hat den Wunsch, Holzbetriebe zu schreiben, ein E statt ein S. Wir stimmen ab. Wer dem Antrag der Kommission zustimmen will, drücke die Taste Plus. Wer den Antrag Kasper unterstützen will, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will, drücke die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben den Antrag Kommission mit 53 Stimmen zu 45 mit 3 Enthaltungen gutgeheissen.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 53 zu 45 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter Punkt 12 Steuern. Punkt 1 neue Stossrichtung. Kommissionspräsident

Stossrichtung Steuern (Kapitel VII.12.)

• Neue Stossrichtung:

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (8 Stimmen: Caduff, Cavegn, Davaz, Engler, Marti, Stiffler [Chur], Tomaschett [Breil], Wieland; Sprecher: Marti)

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Aufnahme einer zusätzlichen Stossrichtung wie folgt:

Konkurrenzfähigkeit im Steuerwettbewerb unter den Ostschweizer Kantonen und dem Tessin muss gewährleistet bleiben.

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Peyer)

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Aufnahme einer zusätzlichen Stossrichtung wie folgt:

Konkurrenzfähigkeit im Steuerwettbewerb unter den Ostschweizer Kantonen und dem Tessin muss gewährleistet bleiben, wobei die Finanzierung der zentralen staatlichen Aufgaben Vorrang vor dem Steuerwettbewerb hat.

Marti; Kommissionspräsident: Die Regierung hat in ihrem Bericht ausgeführt, dass die Steuern kein eigenständiges strategisches Instrument der Wirtschaftsentwicklung seien. Die Kommission hat das ein wenig anders beurteilt und hat hier durchaus versucht, auch Akzente zu setzen. Sie hat insbesondere den Steuerwettbewerb erwähnt, man kann den nun gutheissen oder schlecht finden, er findet statt und wir haben schon verschiedentlich in der Debatte gehört, dass die Steuerpolitik schon eine Ansiedlungspolitik auch beinhaltet. Die Kommission hat entsprechend eine Stossrichtung formuliert, die der Konkurrenzfähigkeit unter den Ostschweizer Kantonen Rechnung trägt. Weshalb nur die Ostschweizer Kantone und beispielsweise nicht schweizweit? Es wäre unrealistisch die schweizweite Konkurrenzfähigkeit zu fordern. Es stellt sich auch die Frage, ob diese überhaupt sinnvoll wäre. Weil die ganzen sprachlichen Barrieren beispielsweise und dann sind die Kleinststeuerkantone. Dort ist sich die Kommission einig, diesen Wettbewerb kann der Kanton Graubünden nicht führen. Er sollte aber beispielsweise im Vergleich zu den Kantonen St. Gallen, beispielsweise Zürich, sollte er schon konkurrenzfähig sein. In dieser Vorgabe ist aber auch mit enthalten, dass die Regierung einen gewissen Spielraum dazu hat und nicht verpflichtet ist, den ersten Platz einzunehmen in den Ostschweizer Kantonen. Oder absolut an der Spitze zu stehen. Die Konkurrenzfähigkeit beinhaltet auch weitere Aspekte, nicht nur den steuerlichen Aspekt. Und dann hat es hier dann noch eine Kommissionsminderheitsstimme, die dann noch das Ganze in den Kontext stellen möchte, der generellen staatlichen Aufgaben. Diesen Minderheitsantrag haben wir diskutiert. Er ist im Ansatz durchaus berechtigt. Wenn man die vielen Aufgaben betrachtet, die der Kanton Graubünden zu erfüllen hat. Die Kommission war dann aber schliesslich der Meinung, dass wir im Rahmen

der Konkurrenzfähigkeit nicht noch diese zusätzliche Erschwernis einbauen wollen. Denn das führt dann letztlich dazu, dass sich der Vorstoss oder die Stossrichtung dann in sich selbst gegenseitig aufhebt. Ich bitte Sie im Namen der Kommission, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Standespräsident Campell: Ich erteile nun das Wort der Kommissionsminderheit, Grossrat Peyer.

Peyer; Sprecher Kommissionsminderheit: Zuerst entschuldige ich mich beim Kommissionspräsidenten, dass ich jetzt einmal ausgeschert bin von der Kommissionsmeinung. Aber der Antrag Kasper stimmt mit unserem eigenen Wirtschaftspapier überein und ich wollte einfach bezeugen, dass Grossrat Kasper auch ein guter Sozialdemokrat wäre. Zum Steuerwettbewerb. Der Kommissionspräsident hat ausgeführt, dass der Steuerwettbewerb stattfindet. Das würde ich bestreiten. Der Steuerwettbewerb findet nicht einfach statt. Er wird gemacht. Er wird von Parlamenten und von Regierungen betrieben. Und man kann mitspielen oder nicht. Wenn wir aber die Auswirkungen sehen des Steuerwettbewerbs dann merken wir auch, dass einige, auch Ostschweizer Kantone, insbesondere St. Gallen z.B., wahrscheinlich nicht mehr ganz so glücklich sind heute, wie sie selbst im Steuerwettbewerb mitgemacht haben. Und auch der Kanton Schwyz wünscht sich vielleicht, sie wären da zurückhaltender gewesen. Wir haben in der Debatte am Montagnachmittag oft genug gehört, wie wir uns an die Decke strecken müssen in den nächsten Jahren. Wir haben heute bei verschiedenen Punkten in diesem Papier gesagt, was wir uns noch wünschen für die nächsten Jahre. Es wurde nicht bestritten, dass die HTW ihre Schulräumlichkeiten an einem zentralen Standort zentralisieren soll. Und das wird etwas kosten. Wir werden dann auch noch nachher darüber sprechen, wie viel wir direkt in die Wirtschaftsentwicklung in den nächsten Jahren investieren sollen. Es schwirrt eine Zahl von 80 Millionen Franken herum. Auch das nicht ganz gratis. Und dann müssen wir uns dann eben entscheiden, Steuerwettbewerb, vielleicht mit anderen mitziehen, die tiefere Steuern haben, oder zuerst das finanzieren, was unsere direkten Anliegen sind und was bis heute nicht bestritten wurde. Und wenn ich persönlich diese Wahl treffen muss, dann sage ich, dann muss ich wahrscheinlich auf noch mehr Steuerwettbewerb oder tiefere Steuern verzichten und zuerst einmal das finanzieren, was wir uns wünschen und was wir für unsere direkte wirtschaftliche Entwicklung in diesem Kanton nötiger haben. Und in dieser Konsequenz, meine ich, hat mein Zusatz bei aller Liebe zu möglichst tiefen Steuern, wahrscheinlich seine Berechtigung. Und darum bitte ich Sie, konsequenterweise mit der Minderheit zu stimmen.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen von Kommissionsmitgliedern? Grossrat Davaz.

Davaz: Steuern sind ein sehr wichtiges strategisches Instrument der Wirtschaftsförderung. Dass das so ist, sehen Sie an den Kantonen die mit einer Tiefsteuerstrategie fahren, beispielsweise Zug. Ich bin der Meinung,

der Steuerwettbewerb in den Kantonen, das ist ein sehr erfolgreiches Modell, es garantiert so ein bisschen den haushälterischen Umgang mit den öffentlichen Mitteln. Ohne konkurrenzfähiges Steuerklima können Sie eine Wirtschaftsförderung vergessen. Wir haben doch ganz gute Instrumente jetzt zusammen formuliert, wir haben uns über die Bodenverfügbarkeit unterhalten, wir haben uns ausgiebig über die Fachkräfte, für die Ausbildungsstätten haben wir uns geeinigt soweit und sind gleicher Meinung, aber der dritte Punkt ist das Steuerklima. Wir vergeben uns da nichts, nur der Antrag von Kollege Peyer, der schwächt die Strategie, respektive die Stossrichtung der Kommission ab und ich bitte Sie, mit der Kommissionsmehrheit zu gehen.

Bleiker: Ich habe eine kleine Verständnisfrage. Ist hier der Begriff Ostschweizer Kantone gleich definiert wie Regierungsrat Jäger das heute Morgen gesagt hat? Also beispielsweise inklusive Zürich und Schaffhausen, exklusiv Schwyz, oder wie ist hier Ostschweizer Kantone definiert?

Pult: Der Steuerwettbewerb ist ja fast die Mutter der steuerpolitischen Auseinandersetzung, der philosophischen Unterschiede auch zwischen links und rechts, und sie kennen ja meine grundsätzlichen Überlegungen dazu. Mich interessiert jetzt eigentlich mehr ganz konkret das Papier, die Regierung die ja bis anhin auch immer die Position vertreten hat, ich glaube, das ist auch im Regierungsprogramm explizit drin, dass Graubünden im Steuerwettbewerb mithalten sollte, leicht über dem Durchschnitt sein sollte, hat jetzt bei den Stossrichtungen für die perspektivischen Stossrichtungen in den nächsten Jahren, ob bewusst oder unbewusst, aber auf jeden Fall ist es klar, die Regierung hat diesen Punkt nicht aufgenommen. Und ich glaube, ich interpretiere jetzt mal den Gedanken der Regierung, die Frau Regierungsrätin kann mich dann korrigieren, die Regierung hat das zu Recht gemacht und zwar nicht weil die Regierung neu nicht mehr den Steuerwettbewerb irgendwie anerkennt oder auch die positiven Aspekte sieht, oder nicht finden würde, dass Graubünden da nicht allzu schlecht da stehen sollte. Sondern die Regierung hat wahrscheinlich einfach die nächsten Jahre realistisch eingeschätzt. Und in den nächsten Jahren können wir davon ausgehen, dass der Steuerwettbewerb, so wie wir ihn in den letzten Jahren erlebt haben, nicht mehr so stattfinden wird. Aus dem einfachen Grund, dass wir alle wissen, dass die Kantone ihn sich wirklich nicht mehr leisten können und wir wissen auch, spätestens seit der Budgetdebatte, dass ganz grosse Verwerfungen der öffentlichen Haushalte auf uns zukommen könnten und mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf uns zukommen, das Stichwort ist Unternehmenssteuerreform III. Da wird es Veränderung geben bei der Unternehmensbesteuerung, einem wichtigen Teilaspekt des Steuerwettbewerbs und alle Szenarien, die ich bis anhin gehört habe, gehen alle in die Richtung einer Senkung der Unternehmenssteuer. Das heisst, es wird sowieso wahrscheinlich aufgrund übergeordneter politischer Entscheide, zum Teil auch politischer Sachzwänge, wenn man so will, wird es wahrscheinlich eher in diese Richtung geben. Und angesichts dieses Szenarios und

dieser Wahrscheinlichkeiten der nächsten Jahre, müssen wir einfach davon ausgehen, dass der Steuerwettbewerb, so wie wir ihn gekannt haben in den letzten zehn Jahren, sag ich mal, in den nächsten zehn bis fünf Jahren gar nicht mehr stattfinden wird. Insofern gehe ich davon aus, dass wir, egal ob wir jetzt Minderheit oder Mehrheit bestimmen, das gar keine Stossrichtung sein wird, sondern allenfalls ein Glaubensbekenntnis, dass wir hier einschreiben, mit eher ein bisschen Glaubensbekenntnis, staatliche Aufgaben sind Priorität oder Glaubensbekenntnis Wettbewerb, das würde heissen die Steuer ist Priorität. Aber realistisch ist es einfach keine Stossrichtung, denn wir werden da gar nichts stossen, wir werden gestossen. Also, glaube ich, ist es gar nicht wichtig, was wir entscheiden, ich plädiere aber trotzdem die Priorität eher bei den staatlichen Aufgaben und bei unseren eigenen Prioritäten zu setzen, als bei den Sachzwängen.

Standespräsident Campell: Kommissionspräsident?

Marti; Kommissionspräsident: Sind wir in der Schlussrunde? Noch nicht? Dann spreche ich noch nicht.

Regierungsrätin Janom Steiner: Steuern sind ganz klar ein strategisches Instrument der Wirtschaftsentwicklung. Das haben wir auch so im Text erwähnt, aber wir haben beigefügt, sie sind kein eigenständiges Instrument. Was nützt Ihnen ein sehr gutes Steuerklima, wenn Sie keinen Boden zur Verfügung haben, wenn Sie keine Erschliessung haben, also dann ist das Instrument Steuern wahrscheinlich auch nicht so wirksam in der Wirtschaftsentwicklung. Und das wollten wir zum Ausdruck bringen, im Fazit auf Seite 320, indem wir sagen, es ist ein strategisches Instrument, aber es ist kein eigenständiges, sondern wenn es zusammen mit anderen standortrelevanten Massnahmen koordiniert wird, dann hat es seine Wirkung. So verstehen wir eigentlich dieses Instrument. Nun, ich muss sagen, es ist so, Grossrat Pult hat das eigentlich auf den Punkt gebracht, wir haben diesen Punkt des Steuerwettbewerbs nicht aufgenommen, sondern wir haben eine andere Stossrichtung aufgenommen, die Sie als Kommission aber jetzt eigentlich aus den Stossrichtungen wieder entfernen wollen. Nämlich wir haben aufgeführt, dass wir eben dann die Auswirkungen der USR III konkretisieren wollen, analysieren wollen, um dann aufzuzeigen, wo wir überhaupt noch Handlungsspielräume haben. Der Steuerwettbewerb wird sich ganz klar, nämlich aufgrund eben dieser Rahmenbedingung, massiv verändern. Selbstverständlich gibt es nicht nur die Gewinnsteuern bei den juristischen Personen, es gibt auch die Einkommens- und Vermögenssteuern bei den natürlichen Personen, man muss das gesamte Paket natürlich anschauen aber wir wissen, es wird erhebliche Veränderungen geben im Nachzug der USR III. Sie rennen bei mir eine offene Türe ein, wenn Sie sagen, wir sollen konkurrenzfähig bleiben in der Ostschweiz. Ich habe damit keine Probleme. In der Handelszeitung vom 27. November war eine Abbildung wie es zum Beispiel jetzt im Bereich der Gewinnsteuern aussieht. Der schweizerische Durchschnitt der Gewinnsteuersätze liegt bei 17,92 Prozent. Und wir liegen unter diesem Durchschnitt und wenn Sie diese Karte anschauen, die erken-

nen Sie überall, dann sehen Sie, dass Graubünden im grünen Bereich liegt, und alle die Kantone, die grün sind, liegen unter diesem kantonalen Durchschnitt und all jene Kantone, die rot sind, die liegen drüber. Und wenn wir dann uns vergleichen mit unseren direkten Nachbarn, eben den Ostschweizern, St.Gallen, dann sind wir sogar noch besser als St.Gallen, St. Gallen hat 17,4, wir liegen bei 16,7, Glarus ist etwas besser als wir mit 16,4, die Appenzeller Kantone, die haben ordentlich bereits die Gewinnsteuern gesenkt, das hat aber dazu geführt, dass sie jetzt wiederum im Sparprogramm die Steuern erhöht haben, um ihre Aufgaben wahrzunehmen, die Tiefsten sind die Luzerner, mit 12,3 Prozent. Wenn wir aber auch noch unser internationales Umfeld anschauen, dann können wir feststellen, dass wir da absolut auch konkurrenzfähig sind und in diesem Steuerwettbewerb bestehen können. Fürstentum Liechtenstein ist besser als wir, mit 12,5 Prozent, wen wundert's. Aber immerhin kann man feststellen, Österreich 25 Prozent Gewinnsteuersatz, Deutschland 30, Italien 31,4, also wir sind ja auch in diesem Wettbewerb oder wenn wir ja ausländische Unternehmungen ansiedeln wollen, dann müssen wir auch noch in diesem Wettbewerb bestehen. Zürich, Grossrat Bleiker, gehört manchmal zur Ostschweiz in einzelnen Konferenzen, manchmal sind sie nur als Gast in einzelnen Konferenzen und manchmal sehen sie sich überhaupt nicht als Ostschweizer, sie liegen über dem Durchschnitt mit 21,2 Prozent. Und wenn wir jetzt einfach das mal anschauen und wissen, dass die USR III kommt, die wird Auswirkungen haben, wir werden möglicherweise diese Gewinnsteuersätze massiv senken müssen. Und das heisst, wenn die stattfindet und wenn wir davon ausgehen, dass die Kantone dann diese Senkungen vornehmen, dann muss man mit 1,7 Milliarden Franken an Steuerausfällen rechnen gesamtschweizerisch. Und das ist ja die Diskussion, die wir führen, auch mit dem Bund. Der Bund muss das ja dann irgendwie oder zumindest sagen das die Kantone, der Bund muss mithelfen finanzieren, also und wie man das dann finanziert, das sind eben diese Fragestellungen. Der Bund überlässt es aber den Kantonen, dann zu entscheiden in wie weit diese die Gewinnsteuersätze anpassen wollen. Da hat Grossrat Pult recht, wir werden möglicherweise nicht mehr selber darüber entscheiden oder nicht mehr gross darüber entscheiden können, wollen wir in diesem Wettbewerb mitmachen, sondern wir werden gestossen werden und werden dann diese Anpassungen vornehmen, um dann, ich sage auch im gesamtschweizerischen, im ostschweizerischen Vergleich, ohnehin noch irgendwie wettbewerbsfähig zu sein. Darum haben wir diesen Punkt nicht aufgenommen. Aber ich muss sagen, ich wehre mich nicht gegen diese neue Stossrichtung, wir können sie aufnehmen, im Bewusstsein, dass wir dies möglicherweise nicht aktiv angehen, sondern ohnehin nach der USR III anpassen müssen.

Ich habe jetzt eigentlich nur von den Gewinnsteuern gesprochen, wir haben aber auch aufgezeigt, wie sich die bisherige Entwicklung im Bereich Steuern gezeigt hat, wir haben ja auch bei den natürlichen Personen Einkommens-, Vermögenssteuern sehr viel gemacht, wir sind dort, ich sage im guten Mittelfeld, bei den juristischen Personen kann man jetzt sagen, dass wir wirklich

in der vorderen Hälfte der Kantone liegen, also wir haben einiges gemacht und was für Auswirkungen das hat, das können Sie jetzt eben auch auf der Homepage der Steuerverwaltung nachlesen, im Nachgang zum Vorstoss der SP, das hat auch einiges an Steuerausfällen natürlich beim Kanton und bei den Gemeinden gezeigt. Ich verschliesse mich dem Antrag der Kommission nicht. Zum Antrag der Kommissionsminderheit oder von Grossrat Peyer vielleicht Folgendes: Ich meine, Ihr Zusatz, dass die Finanzierung der zentralen staatlichen Aufgaben Vorrang hat, ist für mich eigentlich eine Selbstverständlichkeit, das machen wir ohnehin. Aus meiner Sicht stellt sich eher die Frage, ist das notwendig? Ja was macht denn der Staat mit Steuern? Wir bezahlen nicht nur Löhne, sondern wir nehmen ja auch die staatlichen Aufgaben wahr und die zentralen Aufgaben, müssen wir ja wahrnehmen, also darum muss ich ehrlicherweise sagen, entscheiden Sie wie Sie wollen, Sie können diese Stossrichtung aufnehmen, ob mit dem Zusatz Peyer oder nicht, wir werden versuchen selbstverständlich uns konkurrenzfähig zu halten. Das ist ein Anliegen, das wir haben wollen, weil es ja eben ein strategisches Instrument der Wirtschaftsentwicklung ist, zusammen mit all den anderen Stossrichtungen, die Sie ja bereits besprochen haben, also darum rennen Sie hier bei mir eine offene Türe ein.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Schlussrunde.

Peyer; Sprecher Kommissionsminderheit: Grossrat Davaz hat gesagt, wir haben ein strategisches Instrument eingebaut, nämlich Boden kaufen. Aber den müssen wir in Gottes Namen auch bezahlen mit irgendwas dann. Und den bezahlen wir mit Steuereinnahmen letztlich, Regierungsrätin Janom hat gesagt, konkurrenzfähig wollen wir natürlich sein in der Ostschweiz, zum Beispiel mit St. Gallen und da stellt sich für uns dann sehr schnell die Frage, wollen wir das im Steuerbereich sein oder im Fachhochschulbereich oder im Hochschulbereich. Und das bezahlen wir Bündner mit Steuerfranken. Natürlich kann man sagen es ist egal ob es da drin steht oder nicht, und Sie sagen ich renne bei Ihnen offene Türen ein, bei anderen vielleicht eben nicht. Und wenn ich dann sehe wie die anderen Kantone, die eben diese Tiefsteuerstrategie gefahren sind, wo man jetzt zuerst spart, bevor man Steuern erhöht, dann bin ich mir eben nicht mehr sicher, ob da tatsächlich die zentralen staatlichen Aufgaben noch Vorrang haben. Und deshalb renne ich gerne auch mal eine offene Türe ein und beharre da auf meinem Antrag.

Standespräsident Campell: Ich erteile nun das Wort der Kommissionsmehrheit, Grossrat Marti.

Marti; Kommissionspräsident: Zunächst muss ich die Entschuldigung von Ratskollege Peyer entgegennehmen, dass er sich absichtlich vertippt hat und gegen die Kommissionsmeinung gestimmt hat, er wird bestraft und zwar mit Wirtschaftsförderung, er hat an der nächsten Kommissionsitzung einen Kaffee in einer Wirtschaft der Kommission zu offerieren und dann haben wir dann

Schwamm drüber gemacht, vielen Dank Ratskollege Peyer. Nun zur Sache, ich bin ein wenig erstaunt, Ratskollege Pult, wie kommen Sie zu der Aussage, dass wenn der Steuerwettbewerb gegen günstiger werden nicht mehr stattfindet, dass damit der Steuerwettbewerb aufgehoben ist? Auch die Frau Regierungsrätin hat das irgendwie gesagt, das ist doch nicht so, wenn die Steuerentwicklung so weit geht in vielen Kantonen, dass die Steuern erhöht werden müssen, findet doch trotzdem ein Steuerwettbewerb statt. Der findet immer statt und wir haben die Vorgabe der Kommission formuliert, dass wir hier konkurrenzfähig sein wollen, von der Unternehmenssteuerreform III sind viele Kantone oder alle Kantone betroffen und sie werden irgendwie reagieren. Und wir werden auch irgendwie reagieren, wir sind hier auch nicht nur gestossen, sondern wir können, wenn wir unsere Hausaufgaben gut machen, zwischen gestossen werden und vielleicht stossen abfedern oder selbst etwas im Lead stehen im Vergleich zu anderen Kantonen, da sind wir handlungsfähig. Also, ich glaube, der Steuerwettbewerb findet auch in schwierigeren Zeiten dennoch statt und wir sollten doch konkurrenzfähig sein, nicht den Spitzenplatz einnehmen. Ich glaube, das ist unrealistisch. Dann aber auch noch Folgendes: Die Ansiedlungspolitik hat immer mit verschiedenen Faktoren zu tun, da hat Regierungsrätin Janom Steiner natürlich recht, natürlich, aber wenn verschiedene Faktoren kumuliert sind, hat man Boden, hat man Arbeitsplätze, hat man vielleicht auch das Businessmodell und dann schaut man auch noch wie sieht es bei den Steuern aus, es ist ein normaler Reflex bei der Ansiedlungspolitik und dass wir dann in der Summe der vielen Faktoren auch den Steuerfaktor mitberücksichtigen wollen, erscheint mir nicht falsch zu sein. Es ist aber ganz klar so, und da möchte ich Ratskollege Peyer auch unterstützen, wenn man die Unternehmen fragt, ob die Steuerfrage die Hauptfrage sei, dann ist es vor allem bei Unternehmungen, die Arbeitskräfte anstellen, nicht bei Sitzgesellschaften, bei Gesellschaften die Arbeitskräfte anstellen ist es nicht die wichtigste Frage, viel wichtiger ist, ob ausgebildete Leute zur Verfügung stehen. Und ich bin in dieser Frage dann auch sehr daran interessiert, wie Sie auch, dass wir dann nicht einfach nur wegen der Steuerkonkurrenzfähigkeit dann andere Fehler produzieren und beispielsweise in der Ausbildung vernachlässigen, aber die Balance von dem einem tun und das andere nicht lassen, dieser Aufgabe werden wir uns auch stellen in Zukunft, in Zukunft werden wir uns auch dieser Aufgabe stellen müssen, ob wir wollen oder nicht. Also insofern, Ratskollege Pult, liegen Sie falsch mit Ihrer Meinung, dass das dann einfach nicht mehr stattfindet. Ich bitte Sie deshalb, mit der Kommission zu stimmen, dieses Bekenntnis abzugeben, wenn Sie so wollen und die Regierung wird sich mit Bestimmtheit auch versuchen, danach zu richten, in einer schwierigen Aufgabe mit Bestimmtheit, aber das gehört auch dazu.

Regierungsrätin Janom Steiner: Nur ganz kurz, damit wir uns einig sind. Also, es wird immer einen Steuerwettbewerb geben. Das ist so. Die Frage ist nur: Wieviel Handlungsspielraum haben wir noch? Und möglicherweise wird dieser Handlungsspielraum eingeschränkt

werden dann, wenn die nationalen Kenndaten dann bekannt werden. Das wollte ich vorhin zum Ausdruck bringen. Das und ich meine, es ist sogar die Sorge einiger Kantone, dass dieser Steuerwettbewerb eben dann gerade durch diese Kenndaten wieder massiv, massiv dann eben angestossen wird. Also es wird dann sicher Steuerwettbewerb auch in Zukunft geben, aber eben in welchem Handlungsspielraum wir uns da noch befinden, die Frage ist offen. Und noch ein Stichwort: Es wurde die Tiefsteuerstrategie noch angesprochen. Sie wurde ja einmal vom Wirtschaftsforum 2009 so in die Diskussion geworfen. Das haben wir auch angeschaut, wir haben das beurteilt, das ist nun wirklich nicht zielführend, diese Strategie, die da skizziert wurde, die ist absolut für unseren Kanton erstens untauglich, sie wäre sogar gefährlich, sie ist auch nicht umsetzbar. Wenn Vorschläge natürlich gemacht werden, dass eine wesentlich höhere Besteuerung der Partnerwerke angezeigt wäre, dann darf man feststellen, dass das im jetzigen Umfeld absolut unrealistisch ist. Wie schwer, dass eine höhere Besteuerung der Zweitwohnungen ist, haben wir jetzt gerade in der Diskussion in Silvaplana miterlebt. Also, um eine Tiefsteuerstrategie zu fahren, wie sie vorgeschlagen worden ist, glaube ich, da sind wir weit, weit davon entfernt. Aber dass wir attraktiv bleiben wollen, dass wir weiterhin wettbewerbsfähig bleiben wollen, ich glaube, das ist unser Ziel zusammen mit all den anderen Massnahmen, ganz klar. Wir sind aber auf Kurs, so meine ich, wir haben sehr viel unternommen, um dieses Erfordernis auch zu erfüllen, um Wirtschaftsentwicklung zu machen.

Standespräsident Campell: Wir stimmen ab. Wer der Kommissionsmehrheit zustimmen will, drücke die Taste Plus. Wer der Kommissionsminderheit zustimmen will, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben der Kommissionsmehrheit mit 77 zu 18 Stimmen zugestimmt mit 7 Enthaltungen.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 77 zu 18 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Standespräsident Campell: Wir fahren fort. Bei den Steuern, Punkt 2. Ebenfalls Neue Stossrichtung. Kommissionspräsident.

• **Neue Stossrichtung:**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Aufnahme einer zusätzlichen Stossrichtung wie folgt:

Um Kapital in den Regionen zu binden und Unternehmungen zu fördern, soll der Kanton in der steuerlichen Abschreibungspraxis eine Spitzenposition einnehmen.

Marti; Kommissionspräsident: Ja, die Kommission verstärkt hier ein Instrument, das der Kanton Graubünden kennt und sehr gute Erfahrungen damit gemacht hat. Der Kanton unterstützt richtigerweise die Philosophie, dass

wer hier investiert auch sehr aggressiv die Investitionen abschreiben darf und somit zu einer steuerlichen Entlastung führt. Das ist ein sehr guter Weg. Es wird damit nämlich erreicht, dass in Graubünden investiert wird. Es wird erreicht, dass die Unternehmungen rasch auch wieder neues Kapital über die Abschreibung zur Verfügung haben, neu zu investieren und die Investitionen in Graubünden lösen dann in anderen Unternehmungen entsprechend auch Arbeit und Erträge aus. Die Kommission möchte hier einen Akzent setzen, auf jeden Fall diesen Weg fortzusetzen und nach Möglichkeit dann eben auch einen Spitzenplatz hier einzunehmen. Es ist eine echte Massnahme, die dann eben auch hier zu Arbeitsplätzen führt und hier zu Investitionen führt. Und ich möchte Sie daher bitten, hier der einstimmigen Kommission zu folgen.

Pult: Ich teile die Auffassung, dass das eine gute Art ist, Wirtschaftsförderung zu betreiben, wenn man die Abschreibungen so handhaben kann, dass möglichst viel Kapital im Betrieb bleiben kann. Das ist im Gegensatz zu einer Gewinnsteuersenkung, die letztlich am Ende der Kette einfach Aktionäre beschenkt, die vielleicht wieder investieren, vielleicht aber auch in den Finanzmärkten spekulieren oder anderswo investieren, sorgt man dafür, dass da wirklich Kapital im Betrieb bleibt. Also ist es eine wirklich gute Massnahme. Allerdings auch hier, Herr Kommissionspräsident, Sie haben ja das Privileg, immer als letzter zu sprechen, also könnten Sie am Schluss auch immer noch die Interpretation der Aussagen der anderen als letzter hinstellen. Und ich möchte einfach sagen, auch hier gilt, was ich schon vorhin gesagt habe, auch das ist aus meiner Sicht nicht eine Stossrichtung, sondern das ist der Status quo, wo man einfach ein Bekenntnis abgibt, wir wollen das behalten, aber auch da ist es ähnlich, wie vorher. Die Handlungsspielräume, wesentlich am Status quo etwas zu ändern vom Kanton aus, werden sehr, sehr schwierig sein, wenn sie überhaupt vorhanden sind. Also nichts gegen den Inhalt, aber ob's ne Stossrichtung ist, kann man in Frage stellen. Und im Übrigen, ich habe vorhin nicht gesagt, der Steuerwettbewerb existiert nicht mehr, ich habe gesagt, wir können uns wahrscheinlich nicht mehr leisten, selber da aktiv zu werden in den nächsten Jahren, genauso wie es die Frau Finanzdirektorin auch gesagt hat.

Wieland: Ich möchte nur ganz kurz Jon Pult darauf antworten, dass es keine Stossrichtung wäre. Wenn wir gehört haben, dass in Zukunft die Steuern, die Unternehmenssteuern, vielleicht gesenkt werden müssten, könnte die Regierung oder die Steuerverwaltung durchaus auf die Idee kommen, die Abschreibungssätze zu ändern und auf diese Weise zu höheren Steuern zu kommen. Und dass dies genau nicht gemacht wird, meine ich, ist es wichtig, dass eine Stossrichtung hier deponiert wird.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Haben wir keine. Wir kommen zur nächsten Rubrik. Entschuldigung, Frau Regierungsrätin.

Regierungsrätin Janom Steiner: Also ich würde doch gerne etwas sagen oder, wenn Sie neue Stossrichtungen im Bereich Steuern aufnehmen. Aber ich halte mich kurz. Sie rennen auch hier eine offene Tür ein. Sie haben sich wahrscheinlich gefragt: Ja, warum haben wir diese Stossrichtung nicht aufgenommen? Nun, wir belegen bereits einen Spitzenplatz, was die Abschreibungspraxis anbelangt im Vergleich zu den anderen Kantonen und wir sind auch gewillt, diesen Spitzenplatz weiterhin auch zu behalten. Wir haben keine Absichten, dies zu verändern. Wir haben im Übrigen auch einen Vorstoss der FDP-Fraktion teilweise entgegengenommen. Es wurde verlangt, dass man die Abschreibungssätze erhöht. Das haben wir abgelehnt, aber wir haben uns bereit erklärt, im Bereich der Sofortabschreibungen noch eine Prüfung vorzunehmen und Ihnen Vorschläge zu unterbreiten. Und ich verstehe nun, wenn Sie diese Stossrichtung aufnehmen, dass wir sagen, jawohl, wir wollen im Bereich Abschreibungen nach wie vor einen Spitzenplatz haben. Den haben wir bereits und wir werden noch weiter prüfen, inwieweit wir im Bereich der Sofortabschreibungen noch etwas machen können. Also insofern, für uns war das eigentlich klar, weil wir von Ihnen ja bereits einen Auftrag in diesem Sinne entgegengenommen haben, dass wir diesbezüglich nicht auch noch etwas an Stossrichtung aufnehmen müssen, aber nehmen Sie diese Stossrichtung auf. Ich wehre mich nicht dagegen. Ich verstehe Sie im Sinne der Antwort der Regierung auf den Vorstoss der FDP-Fraktion.

Standespräsident Campell: Wir kommen nun zu Nummer drei. Kommissionspräsident.

Angenommen

• Die Konkretisierung und die finanziellen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III müssen abgewartet werden. Die resultierenden finanziellen und materiellen Handlungsspielräume sind zu analysieren und zu entwickeln.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Nicht i.S. einer Stossrichtung aufnehmen.

Marti; Kommissionspräsident: Ja noch kurz. Herr Ratskollege Pult, es bin ja nicht ich, der das Schlusswort hat, sondern die Mehrheit. Also wenn ich in der Minderheit bin, dann habe ich nicht das Schlusswort. Also, es ist so angelegt: Die Mehrheit hat das Schlusswort. Zur Frage der Konkretisierung im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform III. Die Kommission teilt natürlich absolut die Auffassung der Regierung, dass sie hier entsprechend die Abklärungen und den Handlungsspielraum dann aufnimmt. Wir gehen davon aus, dass sie das in jedem Fall machen wird, weshalb es nicht eine spezifische Stossrichtung ist im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Wirtschaftsentwicklung. Wir sind aber dankbar, selbstverständlich für diesen Hinweis, dass es gemacht wird. Dennoch schlagen wir vor, um hier die

Konsequenz einzuhalten, dass es nicht als eine Stossrichtung im Bericht festgehalten wird.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen. Nicht der Fall. Frau Regierungsrätin.

Regierungsrätin Janom Steiner: Ja, auch hier irre ich mich nicht, das ist richtig. Wir werden dies ohnehin tun. Aber da dies nun wirklich ein einschneidendes Ereignis sein wird, und das doch uns über einige Zeit beanspruchen wird und auch bis es dann überhaupt die USR III in Kraft tritt oder, das ist ja auch noch ein langer Weg, sie muss dann auch noch vom europäischen Raum akzeptiert werden. All dies ist noch sehr offen, also es wird uns über längere Zeit, doch über Jahre jetzt noch beschäftigen und bis sie in Kraft tritt, das ist klar. Wir werden es ohnehin machen, es wird Auswirkungen haben. Sie können dies auch als Stossrichtung rausstreichen, aber Sie müssen wissen, dass wir damit beschäftigt sind.

Standespräsident Campell: Ich stelle fest, dass das Streichen nicht bestritten ist. Grossrat Pfenninger.

Pfenninger: Ich stelle einfach fest, manchmal ist eine Stossrichtung eine Stossrichtung und manchmal ist keine Stossrichtung trotzdem eine Stossrichtung. Also irgendwie, wenn man hier von Konsequenz spricht, dann stauene ich schon. In der vorherigen Diskussion hat man gesagt, ja es soll trotzdem eine Stossrichtung sein, obwohl es eigentlich das Festhalten am Bestehenden war und hier soll man eigentlich ein wichtiges Element in der Analyse und der Analyse der zukünftigen Handlungsfelder, hier soll es dann plötzlich gestrichen werden. Also ich meine, so sauber sind wir im ganzen Papier nicht und darum meine ich auch, dass es hier hinein gehört als Orientierungshilfe, dass man auch weiss, dass das kommt, dass es wesentliche Elemente beinhaltet, die den zukünftigen Handlungsspielraum oder eben auch nicht Handlungsspielraum dann definiert. Ich beantrage, diesen Teil drin zu lassen.

Antrag Pfenninger

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Ja, ich möchte dem Ratskollegen Pfenninger vielleicht sagen, dass die Kommission sehr wohl versucht hat, die Stossrichtungen zu sortieren und zu sagen, was ist eigentlich eine Stossrichtung und was nicht. Worin Sie völlig Recht haben, man kann geteilter Meinung sein darüber und das ist ja nur ein Antrag der Kommission, zu streichen, mit der Begründung, dass wir der Auffassung sind, es ist eben keine eigentliche Stossrichtung, sondern eine Tätigkeit, die wir wirklich wissen, dass die Regierung diese Tätigkeit ausüben wird. Es führt auch nicht zu einer Gesetzesanpassung, es führt dann zu einer Auslegeordnung, speziell. Wir streiten hier natürlich nicht wirklich um etwas, wo wir unterschiedlicher Meinung sind, ob sie im Papier dann steht oder nicht, letzten Endes: Die Arbeit wird gemacht, ich meine, man kann das etwas entspannt sehen. Aber ich wehre mich ein wenig gegen den Vorwurf, dass wir nicht versucht hätten, Sie interpretieren

dies anders, dass wir es nicht versucht hätten, hier doch sauber zu arbeiten. Und in diesem Sinne weise ich dann auch die Kritik zurück.

Regierungsrätin Janom Steiner: Ich habe zu Beginn dargelegt, warum wir dies als Stossrichtung aufgenommen haben. Mir ist es gleich, was Sie machen. Wir machen diese Aufgabe. Wir werden sie machen, ob sie es als Stossrichtung definieren oder nicht, es hat einen Grund gehabt, warum wir es aufnehmen. Ich meine, die Regierung bleibt bei ihrem Bericht. Sie können ihn nicht ändern, aber wir können zur Kenntnis nehmen, ob Sie es als Stossrichtung sehen oder als prinzipielle Aufgabe, die wir ohnehin grundsätzlich wahrnehmen müssen.

Standespräsident Campell: Wir stimmen ab. Wer der Meinung der Kommission ist, Punkt 3 zu streichen, drücke die Taste Plus. Wer der Meinung ist, der Antrag Pfenninger, dies als Punkt drin zu lassen, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben den Antrag der Kommissionsmehrheit mit 78 zu 16 mit 4 Enthaltungen gutgeheissen.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission mit 78 zu 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter mit Punkt 4. Kommissionspräsident.

• Eidgenössische Initiativen, welche den Steuerstandort Graubünden schädigen, sollen von der Regierung aktiv bekämpft werden.

a) Antrag Kommissionsmehrheit (8 Stimmen: Caduff, Cavegn, Davaz, Engler, Marti, Stiffler [Chur], Tomascetti [Breil], Wieland; Sprecher: Marti)
Gemäss Botschaft

b) Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme: Peyer)
Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Stossrichtung streichen.

Marti; Kommissionspräsident: Die Regierung schlägt vor, dass sie eidgenössische, nur eidgenössische Initiativen auch bekämpfen darf, aktiv bekämpfen darf, wenn sie den Steuerstandort Graubünden gefährden. Wir haben in der Kommission dies auch unter dem Aspekt diskutiert, ob es staatspolitisch richtig ist, dass die Regierung eine eidgenössische Initiative bekämpft oder nicht. Wir sind zum Schluss gekommen, dass das richtig ist. Dass die Regierung gerade dazu verpflichtet ist, eigentlich aufzuzeigen und auch ihre Meinung zu sagen, inwieweit sie eben eine eidgenössische Initiative als schädlich erachtet für den Kanton Graubünden, oder eben auch nicht. Mit dieser Stossrichtung ist nicht gemeint, dass sie Geld dafür aufwerfen soll, oder dass sie Kampagnen finanzieren soll. Aber sie soll sich äussern dürfen, sie soll aktiv Stellung dagegen beziehen dürfen und entsprechend dem Bündner Volk auch aufzeigen, weshalb die

Regierung diese Meinung vertritt. Die Kommissionsmehrheit unterstützt dieses Vorgehen und ich beantrage indem gemäss dieser Stossrichtung auch zu überweisen.

Peyer; Sprecher Kommissionsminderheit: Ich habe mich vorher konsequent verhalten und wenn Sie, die vorher die klare Mehrheit hatten, sich auch konsequent verhalten, dann müssen Sie jetzt der Minderheit zustimmen. Weil auch diese Stossrichtung ist etwas, das die Regierung so oder so macht, egal ob es hier drin steht oder nicht. Und wenn Sie die Stossrichtung vorher betreffend Unternehmenssteuer-Reform gestrichen haben, dann müssen Sie konsequenterweise diese Stossrichtung hier auch streichen, weil es ist eine reine Tätigkeit, die die Regierung so oder so macht. Das einmal zum Grundsätzlichen. Und dann noch etwas Staatspolitisches. Ich gehe immer noch davon aus, dass die Regierung die Regierung aller Bündnerinnen und Bündner ist. Und die Einschätzung, ob eine Initiative, egal ob im Steuerbereich oder in einem anderen Bereich, schädlich ist für Graubünden oder nicht, ist immer eine politische. Sie hat mit Weltsicht zu tun, sie hat mit unserem Rucksack zu tun, sie hat mit unserer Herkunft zu tun, und so weiter. Wir haben genügend erlebt, dass die Regierung zum Teil es auch falsch eingeschätzt hat, wie die Stimmung in der Bevölkerung ist. Oder wir haben auch erlebt, z.B. bei der Zweitwohnungsinitiative, die die Regierung relativ stark als schädlich für Graubünden beurteilt hat, ein grosser Teil der Bevölkerung, keine Mehrheit, aber ein grosser Teil der Bevölkerung, das anders beurteilt hat. Sogar die Pauschalbesteuerung hat weit mehr als der links-grüne Anteil in der Regierung der Bündner Bevölkerung nicht als so schädlich beurteilt. Ich habe deshalb nichts dagegen, dass die Regierung ihre Aufgabe wahrnimmt, sich auch positioniert, aber immer mit dem Blick darauf, dass es auch starke Minderheiten gibt, die das vielleicht anders sehen. Und deshalb, weil das eben eine letztlich politische Beurteilung ist, und weil es eine Aufgabe ist, die die Regierung so oder so wahrnehmen muss, bitte ich Sie hier jetzt konsequenterweise diese Stossrichtung auch zu streichen.

Standespräsident Campell: Weitere Kommissionsmitglieder? Ich erteile nun das Wort Grossrätin Noi-Togni.

Noi-Togni: Also ich gratuliere Herrn Peter Peyer, dass er nicht das so geschluckt hat, in der Kommission. Also ich rege mich schon immer wieder auf wegen dieser Angelegenheit oder ähnlichen Angelegenheiten. Also ich meine, entweder hat man eine Kantonsverfassung oder man hat keine. Da muss man sich einmal entscheiden. Sogar die Bundesverfassung erlaubt es nicht den Regierungsmitgliedern irgendeine Propaganda zu machen bei Abstimmungen, bei Volksabstimmungen allgemein. Also, ich denke, ich sehe es nicht in der Aufgabe von Regierung in der Kantonsverfassung. Ich lese ziemlich fleissig und von Art. 38 bis zum Art. 48 steht es steht, dass die Regierung darf als Exekutivgremium. Bitte, es darf ja nicht sein, dass bei irgendeiner Kampagne die Regierung macht als Exekutivmitglied für irgendeine gegen eine Initiative oder dafür auch, also es kommt nicht in Frage. Das ist staatsrechtlich nicht in Ordnung.

Und auch moralisch ist es nicht in Ordnung. Vielleicht haben wir auch in unserem Kanton Leute, die doch zugestimmt haben, die unterschrieben haben oder dieser Meinung sind, es muss nicht die Regierung das bekämpfen oder bevorzugen.

Kunfermann: Ich habe nur eine Frage. Soll die Regierung aktiv bekämpft werden? Also soll die Regierung auch finanziell da mitmachen? Also dann habe ich auch hohe Bedenken.

Kappeler: Wir Grünliberale, wir haben grösste Mühe mit dem Vorschlag, wie er da steht gemäss Botschaft, und zwar es bedeutet natürlich faktisch, dass wir alles Andere dem Steuerstandort unterordnen und das kann es nicht sein. Irgendwo eine Verhältnismässigkeit müsste dann schon gewahrt sein und wenn der Text so eins zu eins umgesetzt wird, muss die Regierung bei jeder Gelegenheit, wenn auch nur ein minimer negativer Einfluss entsteht für den Steuerstandort Graubünden, muss sie ein Anliegen, eine Initiative, eine eidgenössische bekämpfen. Deshalb sind wir ganz klar auch für Streichen des Artikels.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Frau Regierungsrätin?

Regierungsrätin Janom Steiner: Ja, zur Klärung einiger offener Fragen. Selbstverständlich verstehen wir unter aktiv bekämpfen nicht, dass wir irgendwelche Kampagnen mitfinanzieren oder uns finanziell in Kampagnen engagieren. Also wir haben das, wir wurden ja bereits mehrfach, oder wurden wir immer wieder mal angefragt, ob denn der Kanton sich auch an irgendwelchen Kampagnen finanziell beteiligt. Wir haben dies immer verneint. Das wird auch in Zukunft so sein, selbst wenn Sie diesen Zusatz aufnehmen. Also kein finanzielles Engagement. Grossrätin Noi, es widerspricht in keinem Fall, weder der Bundesverfassung, noch der Kantonsverfassung, dass man aktiv informiert über Auswirkungen einer Initiative und sonst müssten Sie mir jetzt den Artikel nennen, dem wir durch ein aktives Bekämpfen von schädlichen Initiativen widersprechen würden. Selbstverständlich wird sich die Regierung an die übergeordnete Gesetzgebung halten. Selbstverständlich wird sich die Regierung auch an die umfassende bundesgerichtliche Rechtsprechung in diesem Bereich halten. Wir haben zusammen mit unserem Kanzleidirektor in der Regierung mehrfach dieses Thema besprochen. In der letzten Zeit hat das Bundesgericht hier eine Öffnung gemacht. Man ist nicht mehr ganz so streng im Bereich der Behördenpropaganda. Man sagt jawohl, Regierungen dürfen aktiv informieren, sie dürfen sich in Abstimmungskampagnen eingeben und das hat man jetzt in letzter Zeit auch gesehen. Auch Bundesräte, andere Regierungen engagieren sich in Abstimmungskämpfen, immer aber in Achtung der Bundesverfassung, immer auch in Achtung natürlich der bundesgerichtlichen Rechtsprechung hierzu. Sie können sicher sein, dass wir diese bundesgerichtliche Rechtsprechung sehr genau verfolgen, weil wir wissen auch, was es für Konsequenzen haben könnte, wenn wir uns mal nicht daran halten und es ein knappes

Abstimmungsergebnis geben könnte. Das könnte man dann anfechten und dann, wenn uns dann ein Gericht sagt, das war unzulässige Behördenpropaganda, müsste man damit rechnen, dass ein Abstimmungsergebnis nicht mehr Gültigkeit hat. Also, Sie können davon ausgehen, dass wir die Grenze kennen werden.

Grossrat Peyer, ja natürlich kann man sagen, es ist immer eine politische Wertung. Das kann man vielleicht schon so sehen. Und selbstverständlich hat jede Initiative auch immer eine politische Stossrichtung, sie wird entsprechend auch von Parteicouleur getragen oder eben nicht getragen. Aber es geht uns hier wirklich um Initiativen, die unseren Wirtschaftsstandort, unseren Steuerstandort empfindlich, empfindlich stören und hier vielleicht, Grossrat Kappeler, es geht nicht um kleine Beeinträchtigungen. Letztlich hat jede Vorlage, jede Initiative hat ganz klar irgendwo auch finanzielle Auswirkungen. Aber es gibt Initiativen, die erhebliche und massive Auswirkungen haben auf einen Kantonshaushalt, auf einen Steuerstandort. Wir sprechen von solchen Initiativen, die eine wirklich erhebliche Auswirkung auf unseren Standort Graubünden hätten. Dort wollen wir uns aktiv eingeben. Und ja, ich kann es auch sagen, oder Sie haben einen kleinen Vorgeschmack bekommen bei der Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Wir haben das in der Regierung besprochen, inwieweit soll und darf ich mich in den Abstimmungskampf einbringen oder nicht. Ich habe mich relativ aktiv eingebracht, auch auf nationaler Ebene, das war abgesprochen. Es ist in diesem Sinne zu verstehen. Es ist aber mehr auch eben eine Aufforderung an die Regierung, wirklich auch bei solchen Abstimmungen, die unseren Kanton treffen könnten und zwar hart treffen könnten, dass wir dort auch aktiv an vorderster Front solche Initiativen bekämpfen. So ist das zu verstehen. Sonst müssten wir, wenn es um jeden Franken geht, müssten wir uns bei jeder Initiative irgendwann melden, weil finanzielle Auswirkungen haben die meisten. Aber es geht darum, wo wir als Wirtschaftsstandort Graubünden empfindlich getroffen werden. Wir waren der Auffassung, das wäre bei der Pauschalbesteuerung der Fall gewesen. Auch da haben sich die Geister natürlich getrennt, aber ich habe mich dort im Abstimmungskampf stark gemacht, das haben Sie mitbekommen, es ist so zu verstehen. Und wir dachten dies sei eine Stossrichtung, die uns zu aktivem Handeln auffordert, die uns auch jeweils in Erinnerung ruft, dass man aktiv sein muss. Wir wollen kein zweites Mal überrascht werden von negativen Abstimmungsausgängen, die uns dann hart treffen und uns möglicherweise dann dem Vorwurf aussetzen, die Regierung habe nichts unternommen. Also darum, in diesem Sinne ist diese Stossrichtung zu verstehen und ich würde beliebt machen, dass Sie uns diesen Auftrag erteilen, auch als Erinnerung, um Schaden von unserem Wirtschaftsstandort Graubünden abzuwenden.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Schlussrunde. Nein, Grossrätin Noi-Togni wünscht das Wort.

Noi-Togni: Nur ganz kurz. Begriffe sind Begriffe. Wörter haben eine Bedeutung. Informieren dürfen Sie ganz

sicher, aber aktiv bekämpfen, zwischen aktiv bekämpfen und informieren gibt es einen grossen Unterschied.

Regierungsrätin Janom Steiner: Ja, Grossrätin Noi, ja, Begriffe sind Begriffe, aber diese werden auch durch das Bundesgericht ausgelegt. Ich werde Ihnen gerne die Praxis des Bundesgerichtes zum Lesen geben und so verstehen wir die Auslegung der Behördenpropaganda, so wie sie das Bundesgericht versteht, wir werden uns daran halten.

Caviezel (Chur): Frau Regierungsrätin, Sie haben gesagt, wir sollen es aufnehmen als kleine Erinnerung. Ich möchte eine andere Erinnerung machen und zwar an meine Kollegen von der SVP. Denken Sie vor dem Abstimmen noch einmal daran, dass Sie mal eine Initiative lanciert haben zum Thema Behördenpropaganda. Einfach eine kleine Erinnerung.

Standespräsident Campell: Ich erteile nun dem Sprecher der Minderheit, Grossrat Peter Peyer, das Wort.

Peyer: Sprecher Kommissionsminderheit: Ohne die Initiativen inhaltlich zu werten, aber sie haben immer auch ein Abgrenzungsproblem. Wäre die Goldinitiative angenommen worden, wäre das für Graubünden wahrscheinlich erheblich einschneidender gewesen als eine Annahme der Pauschalbesteuerunginitiative. Aber ob Sie für die eine oder die andere Initiative auf dem Bundesplatz frieren wollen, das überlasse ich Ihnen. Das ist Ihr Entscheid. Ich sage nur, es gehört nicht in die Stossrichtung. Deshalb stossen wir jetzt alle Stossrichtungen in die gleiche Richtung, sind wir konsequent, dann folgen Sie hier der Minderheit.

Standespräsident Campell: Ich erteile nun das Wort dem Sprecher der Kommissionsmehrheit.

Marti; Kommissionspräsident: Ratskollege Peyer hat gesagt, dass tut die Regierung sowieso und deshalb solle man konsequent bleiben und diese Stossrichtung eben nicht aufnehmen, weil sie es sowieso tut. Diese Haltung kann man natürlich vertreten. Wir haben aber in der Kommission das anders verstanden. Also, wir haben es in der Kommission so verstanden, dass eben die Regierung das nicht automatisch tut, dass sie dazu, ja meine lieben Freunde, die Kommission hat das so verstanden, dass die Regierung das nicht automatisch tut, dass sie dazu eine Legitimation anfragt und deshalb diese Stossrichtung aufgenommen hat. Wenn die Regierung das, und, glaube ich, es ist eben nicht so, sie macht das nicht einfach so automatisch. Da hat sich offensichtlich eine neue Praxis etwas eingeführt, dass man vermehrt gezwungen wird, dazu Stellung zu nehmen und jetzt geht es doch darum, dass dies auch abgeseget wird. Und so versteht es die Mehrheit der Kommission. Und aus diesem Grund, glaube ich, ist eine Klärung, gerade wenn man diese Diskussion jetzt verfolgt, ist eine Klärung wahrscheinlich zielführend. Denn ich glaube, wir wollen alle, dass die Regierung informiert. Wir wollen alle, dass die Regierung aufzeigt was für Konsequenzen auf Graubünden zukommen. Und hier hat die Legitimation nun

dazu zu erfolgen. Und deshalb hat die Kommission ja gesagt. Also es ist nicht so, wie Sie sagen, Herr Peyer, dass wir hier schon diesen, also ich kann mich nicht erinnern an x Fälle, wo die Regierung bei Initiativen sehr prononciert Stellung bezogen hat. Ich kann mich nicht daran erinnern. Und ich meine ja auch, wenn man die letzten Abstimmungen gesehen hat, wäre es vielleicht hie und da auch sehr wichtig gewesen für Graubünden. Und wenn die Regierung verspricht, dass sie das sehr sorgfältig machen wird, dass sie keine Gelder aufwirft, dann kann diese Klärung wirklich dazu beitragen, dass wir einen Schritt vorankommen. Ich meine, dass deshalb, dass Sie dieser Stossrichtung zustimmen dürfen.

Standespräsident Campell: Ich erteile nun das Wort Regierungsrat Trachsel und dann Grossrat Pult.

Regierungsrat Trachsel: Also ich werde mich, nachdem ja eigentlich die Kommissionsminderheit und -mehrheit gesprochen haben, nicht zur Sache, was Sie stimmen sollen, äussern. Ich versuche das zu sagen, was ich in der Kommission gesagt habe und die Kommissionsmitglieder können mich dann korrigieren. Also, die Regierung nimmt dann Stellung, wenn der Kanton Graubünden im Besonderen betroffen ist. Also bei der Goldinitiative ist der Kanton Graubünden wie die anderen Kantone betroffen. Da hätten wir höchstens in dem Sinn Stellung genommen, dass wir gesagt hätten, die Finanzdirektoren sind für oder gegen die Initiative und dann hätte meine Kollegin gesagt, sie stimme mit den Finanzdirektoren, nicht im Namen des Kantons. Und hier war der Grund, wir haben diesen Bericht gemacht in der Annahme, dass wir ihn in der Oktobersession behandeln. Wir wären dann mitten in diesem Abstimmungskampf gewesen und wir wollten das aktiv kommunizieren, dass wir bei dieser Initiative als Kanton Stellung nehmen, weil wir besonders betroffen sind. Darum ist hier nur das aufgeführt, weil wir eigentlich befürchtet haben, wenn wir dann in die Oktobersession gehen und meine Kollegin sich eben geäußert hätte, dass man uns den Vorwurf gemacht hätte, nicht darüber zu sprechen. Das war der Grund und so habe ich es auch in der Kommission begründet. Ich glaube, soweit ich das noch weiss, das war in etwa meine Begründung in der Kommission.

Pult: Also es tut mir leid, jetzt muss ich auch ein bisschen besserwischerisch sein. Aber, dass die Kommission glaubte, die Regierung müsse vom Parlament die Legitimation haben, um das zu tun, was sie getan hat während die Kommission getagt hat, scheint mir dann schon ein bisschen, das ist dann wirklich dicke Post, wenn das die einzige Begründung ist. Und ich möchte Sie daran erinnern, ich bin jetzt seit sechs Jahren Parteipräsident der SP. Während diesen sechs Jahren gab es unter anderem mal die Abstimmung über die Steuergerechtigkeitsinitiative unserer Partei. Und damals hat sich der damalige Finanzdirektor, Martin Schmid, sehr aktiv dagegen ausgesprochen. Ich stand auf der anderen Seite. Wir haben die Klinge gekreuzt. Ich habe ihm nie vorgeworfen, dass er das gemacht hat. Ich habe einfach seine Position bekämpft und er hat meine bekämpft. Das hielt ich für demokratisch legitim. Aber jetzt zu sagen, erst

dank diesem Entscheid, den wahrscheinlich die Mehrheit jetzt treffen wird, ist die Regierung überhaupt legitimiert. Wenn sie der Meinung ist, dass eine Initiative gegen die Interessen des Steuerstandorts gehe, erst dann dürfe sie aktiv werden, ist ja offensichtlich eine etwas, sorry, lächerliche Argumentation angesichts des Anschauungsbeispiels, dass ja stattgefunden hat während den Kommissionsberatungen. Also sollten wir auch ehrlich zu einander sein. Ihnen passt das einfach ideologisch da drin zu haben, uns passt das nicht, deshalb stimmen sie dafür und wir dagegen. Wir glauben aber, dass wir in diesem Fall mal auch die sachliche Richtigkeit auf unserer Seite gehabt hätten. Aber letztlich wird es nicht entscheidend sein. Wir werden noch ein paar Mal die Klinge kreuzen in steuerpolitischen Angelegenheiten.

Koch (Igis): Kollege Caviezel hat uns direkt angesprochen. Da möchte ich doch noch kurz eine Antwort geben. Und zwar ist es so, die Initiative Behördenpropaganda statt Volkssouveränitäten aus dem Jahre 2008 wurde tatsächlich von der SVP Schweiz lanciert. Sie müssen da aber die Leute hinter Ihnen in die Verantwortung nehmen, denn das war vor der Parteispaltung. Das war noch die alte SVP Graubünden. *Heiterkeit* Aber, leider muss ich auch diese in Schutz nehmen, da die SVP Graubünden damals mit deutlichem Mehr die Initiative abgelehnt hat.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Kommissionsmehrheit zustimmen will, drücke die Taste Plus, wer der Kommissionsminderheit zustimmen will, die Taste Minus, wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben den Antrag der Kommissionsmehrheit mit 62 gegen 28 mit 6 Enthaltungen gutgeheissen.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 62 zu 28 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zum letzten Punkt. Punkt 5 bei den Steuern. Kommissionspräsident?

• Die Gewährung von Steuererleichterungen ist als Instrument der einzelbetrieblichen Förderung weiterzuführen.

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Ich habe mich schon gefreut, dass für einmal Grossrat Pult das Schlusswort gehabt hat und nicht die Kommissionmehrheit, wie es sonst üblich wäre. Nun, zu dieser Stossrichtung habe ich keine Wortmeldungen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zu Punkt 13.1, Marke graubünden. Kommissionspräsident.

Angenommen

Stossrichtung Marke graubünden (Kapitel VII.13.1.)

• Die Regionenmarke graubünden als Instrument der Standortförderung weiterentwickeln. Dabei wird darauf geachtet, dass die Entwicklung nicht nur im Marken-Segment «Ferien & Freizeit» (Tourismus), sondern auch in den Segmenten «Kultur», «Transporte», «Wirtschaft», «Bildung & Forschung» sowie «Produkte» erfolgt.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ergänzen der Stossrichtung wie folgt:

Die Regionenmarke graubünden als Instrument der Standortförderung weiterentwickeln. Dabei wird darauf geachtet, dass die Entwicklung nicht nur im Marken-Segment «Ferien & Freizeit» (Tourismus), sondern auch in den Segmenten «Kultur», «Transporte», «Wirtschaft», «Bildung & Forschung», «Gesundheit» sowie «Produkte» erfolgt.

Marti; Kommissionspräsident: Die Kommission hat hier einfach noch das Wort Gesundheit ergänzt. Ratskollege Bleiker hat schon einmal darauf aufmerksam gemacht, dass Aufzählungen nicht ganz unproblematisch sind. Ich möchte das in diesem Sinne auch bestätigen. Das hat eine gewisse Schwierigkeit, dass wir hier eine Aufzählung haben. Dennoch haben wir versucht, sie zu vervollständigen. Vielleicht ist sie jetzt nicht vollständig. Vielleicht können Sie da eine gewisse Grosszügigkeit walten lassen, dass man diese Aufzählung nun hier so entgegennimmt wie sie steht. Aber sie ist wahrscheinlich auch nicht vollständig.

Standespräsident Campell: Weitere Meldungen zur Marke graubünden? Wenn nicht, ist auch dieser Punkt angenommen.

Angenommen

Standespräsident Campell: Ich schaue jetzt auf die Uhr und wir sind einfach sensationell. Es ist eine Minute vor 19.00 Uhr und wir hören hier auf. Wenn wir so weiterfahren, bringen wir das Programm morgen gut über die Runden. Es ist folgende Anfrage eingegangen: Anfrage Deplazes betreffend vermehrter Einsatz von Holz bei kantonseigenen und durch den Kanton subventionierten Bauten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Regierung, ich wünsche Ihnen einen ganz schönen Abend. Bis morgen 08.15 Uhr. *Bella saira e grazcha fich.*

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

- Anfrage Deplazes betreffend vermehrter Einsatz von Holz bei kantonseigenen und durch den Kanton subventionierten Bauten.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Duri Campell

Der Protokollführer: Domenic Gross